Nr. 246. 20. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

1878 — 1903.

Den Kämpfern des Socialistengesetzes!

Dieser Tag gehört den Alten, denen, die mit dabei waren, deren Mut, Zähigkeit, Klugheit den frechen, sinnlosen Versuch in zwölfjährigem Befreiungskampf überwand, den Gedanken in Ketten zu schlagen und das ungestüme, unzerstörbare Reifen der Zukunft mit plumpen Händen zu würgen. Dieser Tag gehört den Alten! Es ziemt sich für die Jüngeren, für die neue Generation, still beiseite zu treten und bescheiden zu hören, was unsre Führer der Heroenzeit uns zu erzählen und zu lehren haben. Der Humor lächelnder Erinnerung umflimmert heute wohl die Berichte von harter Pein, die einst so bitter empfunden ward, die klaffende Wunde ist zu einem mahnenden, aber nicht mehr schmerzenden Mal vernarbt. Sie alle stehen heute hoch und triumphierend über den Tagen, da sie gehetzt und geächtet und gequält wurden. Denn sie sind Sieger geblieben. Ihr Werk, unter dem sie begraben werden sollten, ist zu herrlicher Größe gediehen. Ihre Propheten-Zuversicht hat sie nicht getäuscht. Niemals hatten sie, auch im tiefsten Elend nicht, nur einen Augenblick an dem Recht und der Wahrheit ihrer großen Sache gezweifelt. Die Sache mußte sich durchringen, wenn auch die Kämpfer selbst auf dem wilden Wege hinsinken würden. Dieser starke Glauben an die Sache, diese heilige Religion der Ueberzeugung hat den Kämpfern des Socialistengesetzes das Glück geschaffen, daß sie heute am Gedenktag scheinbarer Zerschmetterung ein Siegesfest feiern dürfen.

Es ist ein finsterer, hoffnungsloser Gedanke, daß der einzelne Mensch nach einem Leben voll Bedrängnis und Schmerz plötzlich auf immer verschwindet. Der Tod erscheint, in der Zersplitterung des individuellen Einzeldaseins, wie ein furchtbarer, blind rasender Zerstörer. Die religiösen Beschwichtiger solcher Seelennöte ersannen darum jene Erlösung im Jenseits, in dem alles sein wird von eitel Freude und strahlende, ewige Reinheit. Der moderne Mensch, der moderne Gedanke, der in der proletarischen Klasse kulturbauend wirkt, kennt besseren Trost. In dem ewigen Leben und Wachsen der Arbeit der gesamten Menschheit, in dem Jenseits auf Erden, erkennt er die Unsterblichkeit des Geschlechts, an der auch der einzelne, sofern er ehrlich, wie immer ruhmlos, mitgearbeitet hat, seine Unsterblichkeit findet. Für den Menschen, der in dem gewaltigen Kulturprozeß der Entwicklung zur freien, allumfassenden Humanität sein Tagewerk redlich geleistet, für den giebt es keinen Tod, kein Verschwinden. Mag man die Socialisten als Träumer und Narren verspotten, oder als Verbrecher und Gemeinschädlinge verfolgen, daß sie an der Wahrheit und den Sieg ihrer Sache glauben, das macht sie unverwundbar und führt sie zum Sieg. Das ist die religiöse Empfindung des nicht nur äußerlich sich nennenden, sondern innerlich erfüllten Socialdemokraten, daß er nicht leben möchte, wenn er nicht durchdrungen wäre von der Idee, daß alle die Mühsal seiner Arbeit nicht umsonst sei, daß einst die hellere Zeit kommen werde, für die er gekämpft. Von dem Triumph der Zukunft nur erhält die schmerzende Gegenwart Licht, Inhalt und bedeutungsvollen Sinn.

Glaubt an den Sieg und ihr werdet siegen! Kaum ein geschichtliches Ereignis lehrt so eindringlich die Macht der Ueberzeugung, die auf dem Grunde wissenschaftlicher Erkenntnis ruht, war das deutsche Socialistengesetz. Dieselben tapferen, unbeugsamen Männer, die ihrer Ueberzeugung einer übermächtigen Welt von Feinden zum Trotz den Weg bahnten, haben es erlebt, wie aus der kleinen verfolgten Schar von Ketzern die stärkste Macht ward, auf deren Ueberwindung oder Zerrüttung im Ernst niemand mehr rechnet.

So ward es erwiesen, daß der opfernde Kampf um die Zukunft des Volks, der Völker kein nutzlos Thorenwesen ist. Auch die Tausende, die unter dem Joch des Socialistengesetzes rangen, die Weitbekannten wie die Namenlosen, die das heutige Gedenkfest nicht mehr mitfeiern können, sie leben dennoch in ihrem Werk; in der Größe und Gewalt der socialistischen Bewegung, so wie sie sich entwickelt hat, webt die Unsterblichkeit ihrer Arbeit und Opfer, sie bleiben an unsrer Seite, in der Schlacht der Geister unsre Mitkämpfer . . .

Der Tag gehört den Alten. Sie sollen uns schlicht berichten, wie es war und ward. Die Jugend aber, die morgen das Alter sein wird, mag sorgen und wachen, daß sie dereinst auch aus reinen Händen das übernommene Pfand überantworte. Zum zweitenmal raubt prometheischer Trotz den Götzen das ängstlich gehütete Feuer: wärmendes Herdfeuer allen Menschen bringen, das will der Socialismus. Die Menschheit kämpft, um aus der in Greueln und Flüchen zerstampften Erde eine Heimat zu gestalten. Aber die Götzen treten nicht willig ihre eifersüchtige, enge und grausame Herrschaft ab. Man muß sie zwingen, bewältigen. Im Socialistengesetz hatte die ältere Generation jenen prometheischen Trotz gelernt, ohne den niemals eine große Sache zum Siege geführt ward. Daß diese Leidenschaft zum Großen und Höchsten nie ermatte, sei das Gelöbnis, mit dem wir Jüngeren den Dank an die abstatten, die sich opferten, damit ihr Werk lebe:

Wen Du nicht verläßest, Genius,
Nicht der Regen, nicht der Sturm
Haucht ihm Schauer übers Herz.
Wen Du nicht verläßest, Genius,
Wird dem Regengewölk,
Wird dem Schlossensturm
Entgegen singen,
Wie die Lerche,
Du da droben.

Das Schmachgesetz.

Fünfundzwanzig Jahre sind vergangen seit dem Tage, an dem das Socialistengesetz erlassen wurde. Am 21. Oktober 1878 wurde die schmachvolle Handlung des deutschen Reichstags Gesetz, die in der Socialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse Deutschlands durch ein Ausnahmegesetz schimpflichster Art der brutalen Polizeiwillkür auszuliefern. Was die Polizei durch sinnlose, blindwütige Verbote von Zeitungen, Vereinen, Gewerkschaften und durch Vernichtung nach Tausenden zählender Einzelexistenzen sowie durch das mit dem Socialistengesetz gezüchtete Spitzeltum vorbereitete, wurde später von der Justiz durch von Klassenhaß diktierte unglaublich harte Strafurteile vervollständigt.

Eine Flut von Erinnerungen aus jenen Tagen stürmt auf uns ein. Die Organisationen zerstört, die Kassen leer, die Genossen eingeschüchtert, die Agitatoren ausgewiesen, die Partei-Organe verboten, jeder einigermaßen bekannte Genosse auf Schritt und Tritt von Spitzeln verfolgt — kurz, es war eine Zeit, in der das Parteileben gelähmt und die Aktionsfähigkeit der Partei in Frage gestellt erschien.

Wir sagen ausdrücklich **erschien**. Denn nachdem der erste Schrecken überwunden, richtete die Partei sich auf den durch das Schandgesetz geschaffenen Zustand ein und sehr bald fand mutige Entschlossenheit, getragen von einer Opferwilligkeit ohnegleichen, Mittel und Wege, die Agitation und Propaganda für die Partei in intensiverer Weise als je zuvor trotz Socialistengesetz zu betreiben.

Wir pfiffen auf das Gesetz, und haben die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien und der Regierung, die Socialdemokratie durch Polizei und Justiz zu ersticken, gründlichst zerschlagen. Wie die herrschenden Klassen und ihre Polizei- und Justizorgane in der socialistengesetzlichen Zeit gewirtschaftet haben, davon legen folgende Zahlen Zeugnis ab.

Nur allein in Berlin sind nach oberflächlicher Berechnung

293 Personen

ausgewiesen, von Haus und Hof vertrieben worden. Von Berlin, Hamburg-Altona, Leipzig, Frankfurt a. M., Offenbach, Stettin und Spremberg sind infolge Verhängung des kleinen Belagerungszustandes

893 Personen,

davon 304 verheiratet mit 973 Kindern, in die Verbannung gejagt worden.

Zeitungen und sonstige Druckschriften sind

1299

verboten worden. Die erste in Berlin herausgegebene Verbotsliste enthielt — sehr bezeichnend für das Unterdrückungsgesetz — an der Spitze das Verbot der Gedichtsammlung von Leopold Jacoby „Es werde Licht".

Gewerkschaften, Unterstützungs-, Vergnügungs- und politische Vereine sind

352

aufgelöst worden.

Und nun die Ehrentafel der auf Grund des Socialistengesetzes verhängten Freiheitsstrafen. Auch hier können nur annähernde Zahlen gegeben werden, da es nicht möglich ist, alle Opfer der Prozeß-Epidemie, die durch das Schandgesetz zu jener Zeit über Deutschland hereingebrochen war, genau festzustellen.

Die vorhandenen Ziffern zeigen, daß

611 Jahre 6 Monate 23 Tage Strafhaft und
119 Jahre 5 Monate 18 Tage Untersuchungshaft

zu verzeichnen sind.

Zusammen also

731 Jahre und 6 Tage

Gefängnis mußten die Arbeiter Deutschlands erleiden, damit die Bourgeoisie ihre Rachegelüste an der machtvoll vorwärtsdringenden Arbeiterklasse befriedigen konnte.

Jedoch nicht nur dieser, den brutalen Mißbrauch ihrer Macht bezeugenden Thaten unsrer Feinde denken wir heute, sondern wir erinnern uns auch der selbstverständlich erfolglosen Anstrengungen der Reaktion, die Arbeiter durch Lockungen aller Art der socialdemokratischen Partei zu entfremden.

Als man gewahr wurde, daß die Socialdemokratie nicht daran dachte, sich durch das Ausnahmegesetz in ihrer agitatorischen Wirksamkeit beirren zu lassen, und die Wahlerfolge der Partei dies unwiderleglich bewiesen, versuchte man es statt mit der Peitsche des Socialistengesetzes mit dem Zuckerbrot der Versprechungen!

Es war im Jahre 1881. Bei der Reichstagswahl hatte die vom Hofprediger Stöcker, Professor Adolf Wagner und andern ins Leben gerufene „Berliner Bewegung" eine Rolle gespielt. Diese Leute glaubten die Partei mit socialen Reformen ködern zu können. Von der damaligen Regierung wurden die darauf gerichteten Anstrengungen gutgeheißen, wie aus dem Verhalten des Ministers v. Puttkamer und offiziösen Zeitungsartikeln hervorging.

Als bei der Reichstagswahl im Oktober 1881 die Genossen Bebel und Hasenclever im IV. und VI. Berliner Wahlkreis mit Fortschrittlern zur Stichwahl standen, knüpfte Stöcker mit den Berliner Genossen Verhandlungen an, die den Zweck hatten, gegen bestimmte Zusicherungen unsrerseits die Konservativen bezw. Socialreformer zu veranlassen, in der Stichwahl für die socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Später wollten die Konservativen dann auch im Reichstage für die Aufhebung des Socialistengesetzes stimmen.

Das Stöckersche Anerbieten führte zu einer Verhandlung, die in dem Redaktionslokal des „Deutschen Tageblatts" in der Leipzigerstraße stattfand.

Das Liebesgirren der socialreformerischen Täuberiche fand bei den socialdemokratischen Teilnehmern an der Konferenz kein williges Gehör. Trotz aller Bemühungen der Herren Wagner, Stöcker, Diestelkamp 2c. fand sich niemand bereit, die uns zugemutete Erklärung abzugeben. Als alle Lockungen an dem socialdemokratischen Block zersplitterten und die Herren sahen, daß es „mit dem Abschwören der Revolution" — so etwa lautete das Schlagwort — nichts sei, wurde der Vorschlag gemacht, den Parteiführern die Angelegenheit zu unterbreiten und deren Meinung über die Sache zu hören. Dies geschah, und das jähe Ende des verflucht gescheidten Plänchens, die Socialdemokratie in das Stöcker-Wagnersche Garn zu locken, zeigt sich in einer am 16. November 1881 veröffentlichten Erklärung der Genossen Bebel und Liebknecht.

Wir glauben das Andenken an den 21. Oktober 1878 nicht besser feiern zu können, als durch die Feststellung, daß die Socialdemokratie so wenig wie heut vor 25 Jahren gewillt war, den Boden des revolutionären Klassenkampfes zu verlassen.

Das für die Partei und für die Geschichte des Socialistengesetzes wichtige Aktenstück lautet:

„Die Mitteilungen des „Reichsboten" in Bezug auf die Unterhandlungen, welche anläßlich der Stichwahlen im vierten und sechsten Berliner Wahlkreis zwischen den Führern der Konservativen und Socialreformern (den Herren Prof. Wagner, Hofprediger Stöcker, Diestelkamp 2c.) einerseits und Angehörigen der socialdemokratischen Partei andrerseits stattgefunden haben, veranlassen uns zu folgender Darlegung:

Donnerstagmittag, den 10. November, erschienen hier in Dresden zwei unsrer Berliner Parteigenossen und teilten uns mit, daß zwischen ihnen und den Führern der Konservativen und Socialreformern Unterhandlungen wegen der bevorstehenden engeren Wahlen in Berlin stattgefunden und zu folgendem Resultat geführt hätten:

Wir die Unterzeichneten nebst Hasenclever sollten folgende Erklärung unterschreiben:

„Wir erklären:

1. Daß wir die arbeiterfreundliche Absicht der deutschen Reichsregierung in ihrer Reformpolitik anerkennen;

2. daß wir ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den socialreformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten;

3. daß wir hoffen, nach dem Worte eines unsrer Reichstags-Abgeordneten (?), durch energische sociale Reformen die Revolution zu überwinden."

Als Preis für die Unterzeichnung dieser drei Punkte wurde uns geboten:

1. Die oben erwähnten Führer der Konservativen und Socialreformer wollten dafür eintreten, daß ihre Parteigenossen im vierten und sechsten Berliner Wahlkreis bei der Stichwahl am 12. November für uns stimmten;

2. erboten sie sich alsdann, folgende Gegenerklärung zu unterzeichnen:

„Dagegen erklären wir, daß, wenn die deutschen Socialisten auf gesetzlichem Wege innerhalb der bestehenden Staatsordnung die Reform erstreben, wir für die Aufhebung des Socialistengesetzes im gegebenen Falle stimmen werden."

Weiter wurde uns mündlich mitgeteilt: Weigerten wir uns, auf diesen Vertrag einzugehen, so würden die erwähnten Führer die Losung ausgeben: Stimmenthaltung, und dann sei unsre Niederlage in Berlin gewiß.

Wir haben darauf entschieden und bestimmt mündlich erklärt:

1. Daß wir jeden Schacher und Stimmenkauf von uns wiesen; daß wir lieber dreitausend ehrlich gewonnene Stimmen als 30000 erkaufte haben wollen; daß wir nicht in der Lage seien, die mit Erlaß des

Socialistengesetzes inaugurierte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung: Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle auf notwendige Lebensbedürfnisse, Vermehrung der Militärlasten, Innungsgesetz und dergleichen als arbeiterfreundlich anzuerkennen.

2. Daß wir nie abgelehnt — wie unsre Haltung und Erklärungen noch zuletzt gegenüber dem Unfallgesetz gezeigt —, Reformvorschläge der Reichsregierung ernsthaft zu prüfen, zu versuchen, sie unsren Wünschen entsprechend umzugestalten und, wenn sie unsrem Standpunkt entsprächen, zu acceptieren, daß wir es aber ablehnen müßten, mit Parteien gemeinsame Sache zu machen, die in ihren Bestrebungen reaktionär und darum arbeiterfeindlich seien.

3. Daß wenn mit Punkt 3 die Annahme ausgesprochen sein sollte, als wollten wir eine gewaltsame Revolution, dies eine ganz willkürliche Annahme sei. Wir hatten stets erklärt, daß planmäßige, gründliche und ganze Reformen der gewaltsamen socialen Revolution, die andernfalls eine notwendige Folge unsrer politischen und ökonomischen Entwicklung sei, vorbeugen könnten und wir nicht verantwortlich seien für Dinge, die nicht in unsrem Willen und in unsrer Macht liegen, sondern von dem Willen und der Macht unsrer bisherigen Gegner abhängen.

Mit dieser Antwort reisten unsre Parteigenossen nach Berlin zurück. Das Wahlresultat ist bekannt. — — —

Dresden, den 16. November 1881.

A. Bebel. W. Liebknecht."

Das Wahlresultat ergab die Wahlen der Fortschrittler. Die Mandate gingen verloren — aber der Schild der Partei blieb blank und rein —, ihn stets so zu erhalten ist die vornehmste Aufgabe der Partei. Daß es ihr Wille ist, hat der diesjährige Dresdener Parteitag bewiesen.

Indes nicht nur bei Gelegenheit der Wahlen ist von den Gegnern der Versuch gemacht worden, im Trüben zu fischen. Einige Zeit, nachdem das damalige Partei-Organ in Berlin und seine auf die Lebensdauer von einem Tage beschränkten Nachfolger im Jahre 1878 unterdrückt waren, wurde in Berlin unter dem Titel „Der Volksfreund" ein Blatt herausgegeben, das in „Arbeiterfreundlichkeit" machte. Man hatte einen in der Partei nicht unbekannten Mann, den vor dem Socialistengesetz als Redakteur der „Berliner Freien Presse" thätigen Buchdrucker Dolinski als Redakteur gewonnen und glaubte durch dieses „Arbeiterorgan" die Arbeiter Berlins in das königlich preußische Reformlager hinüberführen zu können. Das nötige Geld kam aus Regierungsfonds. Lange vegetierte dieser „Volksfreund" nicht. Gegen die polizeilich abgestempelte Arbeiterfreundlichkeit machte sich in der Arbeiterschaft ein so gesundes Mißtrauen geltend, daß — da die Polizei nicht gern umsonst, man könnte hier auch sagen für die „Katz", Geld ausgiebt — der „Volksfreund" eines Tags verschwunden war.

Inzwischen war von den Parteigenossen das „Berliner Volksblatt" — der Vorläufer des im Jahre 1890 zum Centralorgan der Partei berufene „Vorwärts" — geschaffen worden, welches tapfer half, dem polizeilichen „Volksfreund" den Garaus zu machen!

Genau so erging es den früheren Parteigenossen Körner und Finn, die sich als schwarz-weiß-rote Socialreformer etablierten, um die Berliner Arbeiter „vernünftig" zu machen.

Was die schon damals für das Wohl der Arbeiter schwärmende „socialreformerische" Regierung und ihre mit Polizeigeld gespeisten Verbündeten erreichten, das beweisen die Wahlerfolge unter dem Socialistengesetz. Die Partei hat die schweren Opfer, die das Socialistengesetz Tausenden von Parteigenossen auferlegte, glänzend überwunden; sie war nach dem Fall des Gesetzes stärker als zuvor!

Das Leben und Wachstum der Partei unter der Herrschaft des Socialistengesetzes zeigt sich am deutlichsten in der andauernden Zunahme der bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen.

Am 10. Januar 1877 — der letzten Wahl vor Erlaß des Gesetzes — wurden bei der Hauptwahl 486 843 socialdemokratische Stimmen abgegeben und 12 Mandate erobert.

Am 20. Februar 1890 — der letzten Wahl unter dem Gesetz — erhielten wir 1 427 289 Stimmen und 35 Mandate.

Das Gesetz lag zerfetzt am Boden, die Socialdemokratie aber war in unaufhaltsamem Vorwärtsdrängen an die Spitze der politischen Parteien in Deutschland getreten.

Und seit 1890 von nahezu $1^1/_2$ Millionen auf über 3 Millionen Stimmen — auch darin zeigt sich ein gut Stück der Schulung, die das Socialistengesetz uns gebracht hat.

Heut an seinem Jubiläumstage feiern wir das zu einem Monument der Schande für seine Väter gewordene Gesetz als ein unvergängliches Wahrzeichen für die sieghafte Unüberwindlichkeit der deutschen Socialdemokratie.

Paul Singer.

Aus den Tagen, wo das Socialistengesetz ward und ins Leben trat.

Eindrücke und Erinnerungen von Ed. Bernstein.

Am Sonntag, den 2. Juni 1878, saß Schreiber dieses nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr mit einem der damaligen Redakteure der „Berliner Freien Presse", L. Schapira, zu Hause beim Schachspiel, als ein Dienstmann sich melden ließ und meinen in der Verwaltung der „Berliner Freien Presse" angestellten Schwager und Hausgenossen Bamberger zu sprechen verlangte. Auf die Frage, um was es sich handle, antwortete er: „Ich wollte man bloß wissen, ob wir nu wieder keine Extrablätter ausgeben, wo doch alle andren Zeitungen welche haben." — „Wozu Extrablätter?" fragten wir erstaunt. — „Na, sie haben doch auf den Kaiser geschossen!" — „Was? Auf den Kaiser?" — „Jawohl, und diesmal haben se'n getroffen."

In zwei Minuten waren Bamberger, Schapira und ich auf der Straße und eilten von unsrer Wohnung in der Franzstraße durch Annenstraße, Roßstraße und Breitestraße dem Opernplatz zu. Je mehr wir uns diesem näherten, um so mehr Leute begegneten uns. Vor dem kaiserlichen Schloß aber wogte eine ungeheure Menschenmenge, durchsetzt mit einem ganzen Bataillon von Schutzleuten. Aus Extrablättern erfuhren wir zunächst nur die nackte Thatsache des Attentats und daß der Thäter ein Dr. Nobiling sei, der Unter den Linden 18 wohnte. Da uns eine Persönlichkeit dieses Namens ganz unbekannt war, athmeten wir ziemlich beruhigt auf, denn die Hetze, die dem Hödelschuß vom 11. Mai gefolgt war, steckte uns allen noch in den Knochen. Auch wußten wir, wie wenig daran gefehlt hatte, daß Bismarck schon auf Grund jenes Schusses sein ersehntes Ausnahmegesetz erhielt. Unsre Beruhigung steigerte sich noch, als die an verschiedene Leute gestellte Frage, ob man denn von den Motiven des Thäters etwas wisse, schließlich von einem anscheinend unterrichteten Mann dahin beantwortet wurde, ein Bruder des Dr. Nobiling sei auf dem „Großen Kurfürst" (eine deutsche Panzerfregatte, die am 31. Mai 1878 im Aermelkanal von einem deutschen Kriegsschiffe, dem „Kaiser Wilhelm", in Grund gebohrt worden war) mit zu Grunde gegangen. Das gab eine leidlich begreifliche Erklärung der politisch völlig sinnlosen That, und so nahmen wir es nur humoristisch auf, als ein aus dem Schloß herauskommender Gardelieutenant einigen nach dem Attentäter fragenden Leuten im echten Kasernenton die Antwort gab: „Der Mann ist ein Socialdemokrat." Wir wußten, welches damals der politische Horizont des Offizierskasinos war, und gingen, als wieder herauskommende Extrablätter auch nichts Bestimmtes über das Motiv der That zu melden wußten, dem Tiergarten zu.

Als wir nach einem längeren Spaziergang gegen Abend zurückkehrten, erwartete uns ein andres Bild. Das erste Extrablatt, das uns jetzt in die Hände fiel, enthielt die, wie sich später herausstellte, frech erlogene Wolffsche Depesche, daß Nobiling bekannt habe, Socialdemokrat zu sein und Mitschuldige zu haben. Und ein andres Extrablatt — ich glaube, es war vom „Berliner Tageblatt" — wußte zudem auch schon, daß man bei Nobiling viele socialistische Zeitungen und Broschüren gefunden habe.

Nun war's ernst. Von dem Bedürfnis getrieben, Genossen zu sprechen, gingen wir ins Café Central in der Jerusalemer Straße, das damals viel von Socialisten bürgerlicher Abstammung oder Lebensstellung besucht wurde, und in dem namentlich Johann Most Stammgast war und sich gern von echten und unechten Akademikern anstaunen ließ.

Aber Most war schon der Hödel-Hetze zum Opfer gefallen und saß im Chemnitzer Gefängnis, und auch sonst waren von den socialistischen Stammgästen wenige im Café erschienen. Die wenigen, die sich trafen, verbrachten den Abend mit Ausmalungen der Dinge, die da kommen würden. Inwieweit wir das Richtige trafen, vermag ich nicht mehr zu sagen. Wahrscheinlich werden wir den nun folgenden Wutausbruch von Presse und Publikum ebenso unterschätzt haben, wie wir von der Polizei Schlimmeres gewärtigten, als sie wenigstens zunächst zum besten gab.

Hätte am 3. Juni die Hochlöbliche alle Redakteure und Verwaltungsbeamten der „Berliner Freien Presse" verhaftet, die Druckerei geschlossen und die bekannteren Agitatoren der Partei ebenfalls hinter Schloß und Riegel gesteckt, es hätte kein Hahn danach gekräht. Die Presse, die liberale sowohl wie die konservative, geberdete sich wie besessen. Von bürgerlichen Blättern machte einzig die Berliner „Volks-Zeitung" eine Ausnahme. Ihr Redakteur, Aron Bernstein, der bis dahin die Socialdemokratie aufs bitterste und mit unglaublich spießbürgerlichen Argumenten bekämpft hatte, lenkte plötzlich ein und rechtfertigte von neuem das Wort Varnhagens über ihn: „Bernstein, immer ausgezeichnet, wenn es das Recht zu verteidigen gilt." Um so schändlicher benahmen sich die liberalen Zeitungen „Berliner Tageblatt", „Tribüne", und die damals noch ziemlich verbreitete pseudo-demokratische „Staatsbürger Zeitung". Die unerhörtesten Verdächtigungen und die albernsten Lügen, die nur ein Reportergehirn ersinnen konnte, fanden in jenen Blättern willige Aufnahme. So arg trieben insbesondere einzelne Reporter ihr denunziatorisches Lügenhandwerk, daß es in der That selbst der Polizei zu arg wurde. Als etwa 14 Tage nach dem Attentate in meiner Abwesenheit bei mir gehaussucht wurde, meinte der die Haussuchung leitende Polizeihauptmann zu meinem Vater, der zu ihm von der denunziantischen Verlogenheit eines Reporters W. gesprochen hatte: „Ach, der W. ist noch immer nicht der schlimmste, der B. lügt noch viel unverschämter." Und das stellte sich bei näherer Untersuchung als durchaus zutreffend heraus.

Man muß aber nun nicht glauben, daß die Polizei etwa glimpflich mit uns umging. Sie trieb es nur nicht ganz so schlimm wie Presse, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Aber sie leistete doch auch ihrerseits genug Skandalöses in Brutalisierungen und Terrorisierungen. Eine der Nichtswürdigkeiten, auf die sie sich verlegte, war die politische Einschüchterung der Gastwirte. Auf ihr Betreiben verschwand plötzlich aus all den vielen kleinen Wirtschaften, wo die Arbeiter verkehrten, die „Berliner Freie Presse", das damalige tägliche Organ der Socialdemokratie in Berlin. Und was der Terrorismus der Polizei nicht that, das besorgte der Terrorismus der Hauswirte, so daß die „Berliner Freie Presse" in der ersten Woche nach den Attentaten um mehr als den vierten Teil ihrer Abonnenten verlor, bei der damaligen Auflage ein Verlust, der ihre Fortexistenz ernsthaft in Frage stellte.

Aber bald sollte sich zeigen, daß der von Polizei, Hauspaschas ꝛc. ausgeübte Druck auf eine Gegenkraft stieß, die ihm kräftig entgegenwirkte und sein Ziel vereitelte. Die Berliner Arbeiter waren damals viel weniger zahlreich, viel weniger organisiert und viel stärker ökonomisch gedrückt als heute. Aber doch nahmen sie es bald wieder in ihrer Art mit der Polizei auf. Sie zeigten den Gastwirten so deutlich, daß wer die Arbeiterkundschaft haben wolle, auch das Arbeiterblatt halten müsse, daß ein Wirt nach dem andern die „Freie Presse" von neuem bestellte. Erst angeblich nur für sich und um das Blatt etwa dem einen oder andren Gast, der es verlangte, geben zu können; es dauerte aber nicht gar lange, so lag die böse Zeitung fast überall wieder offen aus. Der Polizei aber wurde erklärt: Du bietest uns keinen Ersatz für die Arbeiterkundschaft, also kannst Du es uns auch nicht verargen, wenn wir ihr, von der wir abhängen, zu willen sind.

Politische Verfolgungen können heutzutage immer nur Personen, nicht aber die Masse treffen. Und so hatten im Verhältnis unter der Attentatshetze die bürgerlichen und die halbbürgerlichen Elemente in der Partei (Redakteure, Agitatoren ꝛc.) in mancher Hinsicht erheblich mehr zu leiden, als das Gros der Arbeiter.

Ueber die Schmach der massenhaften Denunziationen und die noch größere Schmach der grausamen Verurteilungen wegen angeblicher Majestätsbeleidigung im Attentatssommer ist schon soviel geschrieben worden, daß ich hier auf das Kapitel nicht weiter eingehen will. Nur eine Scene will ich erwähnen, die es vielleicht schärfer illustriert als alles andre, und die mir ewig im Gedächtnis bleiben wird.

Es war am Morgen nach der Hinrichtung Hödels, die durch Säulenanschlag dem Volke zur Lehre und Beherzigung bekannt gegeben wurde. Ich habe einige Leute einen Anschlag studieren gesehen, war daraufhin näher getreten, las das Ding nun auch und dachte mir mein Teil. Da hörte ich plötzlich, wie jemand uns anschrie: „Was habt ihr da zu stehen? Wollt ihr euch etwa unglücklich machen? Haltet den Mund und schert euch eurer Wege!"

Es ist mir, als vernähme ich die Worte in diesem Augenblick wieder. Sie kamen aus dem Munde einer hageren Frau aus der Arbeiterklasse oder dem Kleinbürgertum. Ich hatte nicht Zeit, ihre Psychologie zu studieren, denn die Sprecherin hielt sich nicht weiter auf, sondern ging selbst ungesäumt ihres Weges weiter. Aber aus dem Ton ihrer Worte hatte etwas wie Entsetzen geklungen. Was hatte diese Frau erfahren? Wie tief mußte sie von der Gefahr, in der sich die ihr fremden Männer befanden, durchdrungen sein, daß sie ihnen, die einen amtlichen Anschlag lasen, gerade als ständen sie an einem Abgrund, zurief: „Wollt ihr euch unglücklich machen? Macht, daß ihr fortkommt!" Und keiner von denen, an die die Worte gerichtet waren, hielt es für angemessen, über sie auch nur zu lächeln.

Nach einigen hingeworfenen Bemerkungen, daß die Frau eigentlich recht habe, ging man auseinander. Mit Unbekannten zu politisieren, hatte niemand Lust.

Das war die Psychologie der ersten Monate nach den Attentaten! Und in diese schmachvolle Zeit fiel der Wahlkampf für den neuen Reichstag.

Es war ein harter Kampf, in Berlin kaum weniger mit Schwierigkeiten verbunden als wie in der Provinz. Wir hatten nur sehr wenige Säle zur Verfügung, die Organisation der Partei ließ noch in gar mancher Hinsicht zu wünschen übrig, und bei der Flugblatt-Verbreitung hatten wir mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wo die Hauswirte dahinter kamen, daß Leute von uns Flugblätter austrugen, ließen sie sie aus dem Hause herausstreiben, je nachdem sogar polizeilich sistieren. Obendrein riskierten wir bei jedem Flugblatt, daß es auf Betreiben der Staatsanwaltschaft polizeilich konfisziert wurde. Wir mußten daher darauf bedacht sein, die Verbreitung so schnell zu besorgen, daß sie beendet war, ehe die Konfiskation verfügt wurde. Es war thatsächlich schon eine Wahl unter ausnahmegesetzlichen, das heißt außergesetzlichen Zuständen.

Aber die Situation erzog sich ihre Kämpfer und ihre Kampfmethode. In jenen Tagen wurden rein aus dem gegebenen Bedürfnis heraus, d. h. ohne daß wir an einen weiteren Zweck dachten, die Grundlinien eines Organisationsapparats ausgearbeitet, der als eine Vorschule für das spätere Ausnahmegesetz gute Dienste geleistet hat. Die sechs Wahlkreise von Berlin — die Vorortkreise zählten noch kaum —, waren einem sechsköpfigen Central-Wahlkomitee unterstellt, von dessen Mitgliedern jedes einen Wahlkreis zu leiten und wieder zunächst eine kleinere Anzahl Genossen als Stab von Gehilfen unter sich hatte; jeder Gehilfe hatte eine Anzahl Vertrauensmänner und jeder Vertrauensmann seine Hilfsmannschaften bereit zu halten. Sollte ein neues Flugblatt verbreitet werden, so wußte bis zum Tage der Verbreitung nur das Central-Wahlkomitee davon; die Gehilfen bekamen bloß Auftrag, ihre Vertrauensmänner zu irgend einem ihnen noch mitzuteilenden Zweck zusammenzuberufen, und wurden erst im letzten Moment davon unterrichtet, um was es sich handle. Dann arbeitete der Apparat so schnell, daß die Polizei im für sie günstigsten Falle höchstens einzelne Posten des Flugblattes erwischte. So übten die Behörden höchstselbst in ihrem Verfolgungseifer die Socialdemokraten für den Kampf unter dem Socialistengesetz ein.

Von gleichen äußeren Bedingungen des Kampfes zwischen Socialdemokratie und bürgerlichen Parteien war dagegen fast in keiner Hinsicht die Rede. U. a. versagte der Berliner Magistrat uns Abschriften der Wählerlisten, die er den Fortschrittlern willig ausstellen ließ. Das hatte damals, wo das Berliner Partei-Organ im ganzen etwa 12 000 Abonnenten zählte und unsre Organisation noch jung war, viel mehr zu besagen, als etwa heute. Es mag hierbei eingeflochten werden, daß wir in den Jahren 1875/76 bis ins Jahr 1877 hinein so gut wie gar keine Organisation in Berlin gehabt hatten. Alle Versuche, einen socialdemokratischen Verein irgend welcher Art ins Leben zu rufen, scheiterten daran, daß jede Neuschöpfung, mochte sie eine Form haben, welche sie wollte, unrettbar als Fortsetzung des gerade zuletzt verbotenen Vereins wieder verboten ward. Da verfiel eines Tages der Berliner Vertrauensmann der Partei, der unverwüstliche August Heinsch auf die Idee, statt sich zum xtenmale mit Polizeidirektion und Staatsanwaltschaft herumzuschlagen, einmal in die Höhle des Löwen zu gehen und mit der maßgebenden höchsten Instanz einen Versuch zu machen. Er organisierte eine Arbeiterdeputation beim Minister des Innern, Grafen Eulenburg, und führte sie selbst dem Minister vor. Das war für die damalige Zeit, wo die Partei im Parlament ganz abseits des Geschäftsverkehrs zwischen Regierung und Volksvertretung stand, wo jede nennenswerte Mitarbeit positiver Art an Gesetzgebung und Verwaltung ausgeschlossen schien, wo wir allesamt „Reichsfeinde" waren, eine ganz unerhörte Neuerung. Indes, sie hatte Erfolg. Der Minister verteidigte zwar seine Polizei so gut er konnte, aber der jovialen Dialektik Heinsch' gelang es doch, ihn in die Ecke zu jagen, d. h. ihn zu Erklärungen zu bewegen, durch die er faktisch die Polizei desavouierte, und unsre nächste Vereinsgründung, der „Verein zur Wahrung der Interessen der werkthätigen Bevölkerung Berlins", wurde nicht verboten! Er war indes wesentlich noch in den Kinderschuhen, als die Attentate erfolgten, die Polizei mit erneuter Vernichtungswut über unser Agitationswerk herfiel. Das Kind der erfinderischen Kombinationsgabe unsres August Heinsch sollte seinen Vater, der am 7. März 1878 der Proletarier-Krankheit erlegen war, nicht lange überleben.

Für einen der Berliner Wahlkreise, und obendrein einen der größten, gelangten wir indes doch in den Besitz der Wählerlisten, allerdings auf Kriegspfaden. Wir mußten sie uns jedoch selbst abschreiben, und zwar hatte das heimlich zu geschehen, wofür uns obendrein nur einige Nachmittagsstunden und eine Nacht zur Verfügung standen. Auch durfte, weil die Existenz eines kleinen Beamten in Frage stand, nur ein beschränkter Kreis von Leuten um die Sache wissen. Aber sie ward in wünschenswertester Weise besorgt, die aufgewendete Mühe machte sich sehr gut bezahlt, und das Geheimnis ist getreulich bewahrt geblieben.

Wie die ernsten, so warfen auch die humoristischen Momente des Kampfes mit der Polizei, den die Socialdemokratie unter dem Socialistengesetz in so wirksamer Weise führen sollte, damals ihre Schatten voraus. Von den humoristischen Episoden, welche die unter so erschwerenden Umständen betriebene Verteilung der Wahlflugblätter zeitigten, mag hier eine erzählt werden; die Polizei figuriert in ihr freilich nur in plagiierter Gestalt. Ein Berliner Hauswirt hat einen Flugblattausteiler erwischt, brutal am Kragen gepackt, auf die Straße geschleppt und ruft nun nach der Polizei. Ein auf der andern Seite der Straße in einiger Entfernung auf und abgehender Mann eilt herbei und fragt ihn, was es giebt. „Dieser Mensch hier hat in meinem Hause socialdemokratische Flugblätter verbreitet." — „So? Das ist ja ein netter Kunde, den wollen wir mal gleich in Sicherheit bringen." — „Was, Sie sind selbst...?" — „Hier, meine Karte," erklärt der Angefragte mit Würde und zeigt auch eine Karte, die der Hausthrann vor Ehrfurcht nicht näher zu betrachten wagt, packt den Delinquenten am Arm, empfiehlt sich und bringt ihn in das nächste — Parteilokal. Es war der kontrollierende Vertrauensmann der Partei.

Das Wahlresultat, wie es uns am Abend des Wahltages (30. Juli 1878) vorlag, erfüllte uns mit sehr gemischten Gefühlen. Wohl hatte sich unsre Stimmenzahl in Berlin gegen die Wahlen vom 10. Januar 1877 fast verdoppelt — sie war von 31 494 auf 56 147 gestiegen. Aber von den beiden Wahlkreisen, die wir 1877 erobert, war der eine, der sechste Berliner Wahlkreis, schon im ersten Wahlgang verloren gegangen, der andre — Berlin IV — den Tücken einer Stichwahl ausgesetzt. Und welche Enttäuschungen brachten uns die ersten Telegramme aus der Provinz. Fast nur Mandatsverluste. Gerade die Wahlkreise, die für bombensicher gehalten, waren verloren gegangen. So vor allem Chemnitz. 1877 war Most dort gegen den Fortschrittler Franz Duncker, der doch immerhin etwas vorstellte, glänzend durchgedrungen. Jetzt hatte man ihm einen geistig unbedeutenden Pelzfabrikanten, eine politische Null, gegenübergestellt, und wir rechneten auf einen um so größeren Erfolg. Wir wußten eben noch nicht, daß uns gegenüber die Nullen, namentlich wenn sie das erste Mal kandidieren, die gefährlichsten Kandidaten sind. Aber die Hiobsbotschaft aus Chemnitz meldete, daß die Null vierzig Prozent mehr Stimmen erhalten hatte als Most. Nur zwei Sitze hatte die Partei im ersten Wahlgang behauptet, deren Zahl sich bei den Stichwahlen auf neun hob. Zu den sieben in der Stichwahl errungenen Sitzen gehörte auch Berlin IV. Der Jubel in Berlin-Ost am Stichwahltage spottete jeder Beschreibung, der Andrang zu dem Gartenlokal in der Andreasstraße, wo das Endresultat verkündet und gefeiert wurde, war so groß, die Fülle so erdrückend, daß eine Weile der siegreiche Kandidat, Genosse F. W. Fritzsche, es für gut hielt, sich neben die Polizei am Eingange des Lokals zu postieren und der Gewaltigen bei Abwehr des Menschenstroms kräftig Hilfe zu leisten!

Der Attentatsschrecken und die unter seinem Einfluß vorgenommenen Wahlen hatten im Lande Preußen den Liberalen den letzten Funken von Widerstandskraft gegen Bismarcks Ausnahmegesetz-Politik ausgetrieben. Lasker setzte etliche Abschwächungen des Regierungsentwurfs durch, von denen die meisten nur formal waren und für die Polizeipraxis wirkungslos blieben, nur eine oder zwei wirkliche Abmilderungen waren. Es muß übrigens zugestanden werden, daß die Art und Weise, wie die Polizei sich gleich in den ersten Tagen des Gesetzes über alle Begriffsabgrenzungen hinwegsetzte, die der Reichstag am Regierungsentwurf vorgenommen hatte, selbst für viele unter uns überraschend kam. Bei den letzten Besprechungen, denen der Schreiber dieses in Deutschland damals beigewohnt hat, war eine weniger gewaltthätige Anwendung des Gesetzes vorausgesetzt worden, als wie sie in Wirklichkeit geübt werden sollte.

Als das Gesetz in Kraft trat und nun die Gewaltschläge hageldicht auf die Partei herniederjausten, weilte ich nicht mehr auf deutschem Boden. Der aus Gesundheitsgründen sich im Süden aufhaltende unvergessene Karl Höchberg, der in den nun folgenden schweren Tagen der Partei so hilfreich zur Seite stand, hatte mich aufgefordert, ihm als Sekretär für die Redaktion der von ihm herausgegebenen „Zukunft" zu begleiten, und ich hatte dem Ruf Folge gegeben. Aber wenn die Polizeischläge mich auch nicht persönlich trafen, so versetzten sie mich darum doch nicht minder in Erregung. Besondere Umstände trugen sogar noch dazu bei, ihren Eindruck auf mich erheblich zu verschärfen. Vieles sah ich im Ausland womöglich noch schwärzer an, als es in Wirklichkeit war. Es drangen eben nur Nachrichten von Unterdrückung, Beraubung, Brotlosmachung, Aechtung auf uns ein; sie betrafen die intimsten Kampfgenossen, die besten Freunde — man kann sich vorstellen, wie sie auf uns wirken mußten, die wir in einem einsamen Häuschen auf einem Berge bei Lugano unser Domizil aufgeschlagen hatten, und manchmal, wenn die Gotthardstraße durch Schneestürme verlegt war — die Gotthardbahn war

noch im Bau — bis zu einer Woche ohne jede briefliche oder Zeitungsnachricht über Maßregelungen blieben, von denen konfuse Telegramme Mailänder Zeitungen berichtet hatten.

Lugano ist ein altes Flüchtlingsnest; es besitzt unter andrem ein Haus, in dem im Laufe der Jahre nach einander vier sehr berühmte Verschwörer gewohnt haben: Langiewicz, der Pole, Kossuth, der Ungar, Mazzini, der Italiener, und Bakunin, der Russe. Zur Zeit, wo wir dort wohnten, beherbergte es nur einen Flüchtling von Ruf: den französischen Kommuneflüchtling Benoit Malon, mit dem wir natürlich in engen Verkehr traten. In einem Café traf man dann noch freiwillige und unfreiwillige Exilierte minderer Qualität sowie ehemalige italienische Verschwörer, die sich in Lugano angesiedelt hatten und total verbürgerlicht waren. Als ich nach Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin einem sprachkundigen Angehörigen der letzteren Gruppe, dem Professor Ippolita Pederpolli, den bekannten Aufruf zu lesen gab, den unsre ersten Berliner Ausgewiesenen erlassen hatten, rief er mit seiner Stentorstimme, die durch das ganze Café hindurch bis auf den Marktplatz hinaus ertönte: Troppo moderato, cavo amico, Troppo moderato!*) Ich hätte gewünscht, daß man seine Stimme bis in gewisse Amtsstuben in Berlin hörte.

Eines begriff ich damals nicht und schrieb darüber auch an einen einflußreichen Parteigenossen, der aber von der Idee nicht viel hielt: nämlich warum niemand in Deutschland den passiven Widerstand in radikalerer Form zur Anwendung brachte. Die Ausweisungen bei völligem Fehlen jeder Gefahr, wie sie der Wortlaut des Belagerungszustands-Paragraphen des Socialistengesetzes verlangt, hatten unzweifelhaft auch viele Nichtsocialisten stutzig gemacht. Aber die ganze Niedertracht dieser brutalen Maßregel war dem Publikum doch nicht zum Bewußtsein gebracht worden. Sie war u. a. an Leuten verübt worden, die niemals bestraft waren und deren gesetzlicher Heimatsort eben das Berlin war, aus dem man sie ohne Urteil und Anklage verjagte. Wie, wenn einige oder wenigstens einer von ihnen unter Betonung dieses Umstandes der Ausweisung nicht Folge gab und erklärte: „Von diesem Fleck Erde, dem einzigen, wo ich zu Hause bin, lasse ich mich nicht verjagen", und sich mit dieser Erklärung immer wieder von neuem wegen Bannbruchs prozessieren ließ? Das mußte nach meiner Ansicht den tiefsten Eindruck auf alle machen, die noch einen Funken Rechtsgefühl besaßen. Würden die Richter es wagen, einen solchen Appell an das elementarste Rechtsempfinden mit hohen Freiheitsstrafen zu belegen? Den Versuch sollte man, so meinte ich, wenigstens machen. Aber die Stimmung in Deutschland war dieser Anschauung wenig günstig. Wir sind ja schließlich auch ohne Derartiges ausgekommen. Unter bestimmten Umständen würde ich jedoch die Idee trotzdem wieder aufnehmen.

*) Zu gemäßigt, lieber Freund, zu gemäßigt!

Der passive Widerstand kann in einer Weise geübt werden, daß er dem Verfolger weher thut, wie die meisten Versuche aktiver Gegenwehr.

Waren wir in einzelnen Punkten mit dem Verhalten der Partei in Deutschland nicht ganz einverstanden, so konnten wir uns jedoch noch weniger mit der Art befreunden, wie der nach seiner Freilassung nach London übergesiedelte Most bald auf die Partei losschlug und sich in einen immer unsinnigeren Revolutionarismus halb selbst hinein räsonnierte, halb von andern hineintreiben ließ. Wie andre versuchten auch wir, auf Most belehrlich einzuwirken, aber ihm war nicht zu raten. Immer mehr stellte sich die Notwendigkeit heraus, ein Organ im Auslande zu schaffen, das wirklich die Stimme der Partei sein würde.

Wie dann im Herbst 1879, nachdem wir im Frühjahr nach Zürich übergesiedelt waren, mit Höchbergs Hilfe der „Socialdemokrat" gegründet wurde, das ist an andrer Stelle — in der Denkschrift „Fünfundzwanzig Jahre Kampf und Sieg" — erzählt worden, und braucht hier nicht wiederholt zu werden. Die Geschichte des „Socialdemokrat" überhaupt erzählen, hieße aber die ganze Geschichte der Partei unter dem Socialistengesetz erzählen, so eng ist sie mit dieser verknüpft. Und das verbietet sich im Rahmen einer kurzen Erinnerung von selbst. So will ich mich am Schluß darauf beschränken, aus dem „Socialdemokrat" einen kleinen Nekrolog des Schandgesetzes aufzuwärmen. Als das Bismarcksche Ausnahmegesetz sein zehntes Jahr zurückgelegt hatte, da glaubte der „Socialdemokrat" dies Machwerk einer brutalen Regierungsmethode nicht eindrucksvoller verspotten zu können, als indem er in einer erdichteten Festrede einen Bismarck-Gläubigen das als erfüllt schildern ließ, was das Socialistengesetz hatte bewirken sollen, was aber mit dem wirklich Erreichten in schreiendem Kontrast stand. Nachdem er die socialistische Agitation vor Schaffung des Socialistengesetzes im Jargon der Reptilienpresse geschildert, fuhr dort der Pseudo-Festredner fort:

„Wie anders ist dies heute, meine teuren Festgenossen, nachdem das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der deutschen Socialdemokratie in zehnjährigem Bestande seine segensreichen Wirkungen ausgeübt! Die verhetzende Agitation ist von der Oeffentlichkeit, ja wir dürfen sagen von dem Boden unsres Vaterlandes verschwunden, die Wühlerei hat, wie der große Historiker Heinrich von Treitschke in seiner unvergeßlichen Streitschrift „Der Socialismus und der Meuchelmord" —, die bis in die fernsten Zeiten als ein leuchtendes Denkmal tiefer geschichtlicher Erkenntnis bewundert werden wird — im Sommer 1878 mit prophetischem Blick voraussagte, „ihren Reiz für die Masse verloren, sobald die Freuden der Feste und Aufzüge, der öffentlichen Schreierei und Prahlerei aufhörten", und die Führer sind, genau wie er verkündete, in ihrer großen Mehrzahl ihrer heroischen — nämlich das Gegenteil davon — Natur treu geblieben und haben, „sobald sie den Ernst der Staatsgewalt fühlten, unter den wahlverwandten Gemütern der Londoner Schwefelbande einen sicheren Unterschlupf gesucht". Sie toben draußen in ohnmächtiger Wut, während drinnen im Reich Recht und Ordnung, Glück und Zufriedenheit herrschen. Das „strenge Verbot der socialistischen Vereine und Schriften" hat in der That „den ehrlichen und denkenden Freunden des Volkes wieder den Zugang verschafft zu dem Ohre der Massen", das ihnen damals fast ganz verschlossen war — nachzulesen in Treitschke: Der Socialismus und der Meuchelmord. Hunderttausende deutscher Arbeiter lesen mit Begeisterung die von edlen Fabrikanten gegründete „Deutsche Arbeiter-Zeitung" und schöpfen aus ihr Belehrung und Anfeuerung zu unverdrossener Thätigkeit in der Werkstatt und musterhafter Führung außerhalb derselben. . . . Sie haben ihr Vaterland wieder lieb gewonnen, das Vertrauen auf die warmherzige Fürsorge der Regierenden ist in ihr Gemüt zurückgekehrt, sie haben sich von der Partei der Hetzer losgesagt, und als im vorigen Jahre die Regierung unter dem Ruf: Das Vaterland ist in Gefahr, der Erbfeind steht vor der Thür! das Volk an die Wahlurne rief, da zeigte es sich, daß der Erbfeind im Innern siegreich überwunden war und jeden Anhang im Volke verloren hatte. Kaum daß hier und da von verbissenen Grämlingen einige Hundert Stimmen für die einst so starke Partei aufgebracht wurden, im ganzen erhielt dieselbe aber keine siebentausend von sieben Millionen der im Reiche abgegebenen Stimmen. Preisen wir daher den großen Staatsmann, der dies wohlthätige Gesetz ins Leben gerufen, und der den Nörglern, die dessen Wirksamkeit in Zweifel stellten, vor versammeltem Reichstage am 17. September 1878 mit den Worten entgegentrat: „Ich glaube auch nicht an die Fruchtlosigkeit unsrer Versuche, von der man immer spricht; wir haben gar nicht nötig, in Deutschland zu den drastischen Mitteln wie in Frankreich zu greifen, aber Frankreich ist von dem Vorort des Socialismus sehr erheblich zurückgetreten auf einen Standpunkt, mit dem die Regierung und die Gesellschaft es aushalten kann. Wodurch denn? Etwa durch die Ueberzeugung? Nein! Durch gewaltsame Repressalien. . . .

Die Gewaltkur war gewiß bedauerlich, aber sie war notwendig geworden, und heute erfreut sich Arm und Reich, Hoch und Niedrig ihrer heilsamen Wirkungen. . . ."

So durfte der „Socialdemokrat" in seiner Jubel-Nummer vom 20. Oktober 1888 die Väter des Socialistengesetzes verhöhnen. Mögen es sich alle gesagt sein lassen, die etwa ein Gelüste verspüren, das Experiment heute zu wiederholen, heute, wo die Arbeiterklasse sich zu einer ganz andern Zahl, socialen Bedeutung und Reife entwickelt hat wie 1878, dem Jahre der wilden und doch so impotenten Socialistenhatz. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober.

Finanzvorschläge des Reichskanzlers.

Die Konferenz der bundesstaatlichen Finanzvertreter hat Montag und Dienstag beraten. Ueber den Inhalt ihrer Beratungen giebt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" nur diese dürftigste Mitteilung:

„Die Verhandlungen der zur Erörterung von Finanzfragen hier eingetroffenen bundesstaatlichen Vertreter haben unter Vorsitz des Reichskanzlers am Montag begonnen. In einer einleitenden Ansprache drückte Graf Bülow seine Genugthuung über das bereitwillige Eingehen der Bundesregierungen auf die Einladung zu diesen Besprechungen aus, **wies auf die ungünstige Lage der Reichsfinanzen hin, die einen weiteren Aufschub der allseitig als unabweisbar erkannten Reform nicht thunlich erscheinen lasse,** und unterbreitete mehrere auf seine Anregung ausgearbeitete Vorschläge zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten der näheren Prüfung. Diese Vorschläge wurden sodann durch den Staatssekretär des Reichs-Schatzamts eingehend begründet. Frhr. v. Stengel wird als Stellvertreter des Reichskanzlers in den Reichsfinanz-Angelegenheiten den Vorsitz bei den Beratungen führen, sofern der Reichskanzler persönlich durch andre Amtsgeschäfte daran verhindert ist."

Der Jammer der Reichsfinanzen ist freilich nun schon Jahre alt und im letzten Etat ist man zu verfassungswidrigen Zuschußanleihen gelangt, um den Etat zu flicken. Es ist auch zuzugeben, daß eine Reform „allseitig als unabweisbar" erkannt ist. Aber was für eine Reform?

Graf Bülow, so sagt die offiziöse Auslassung, hat „mehrere Vorschläge zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten" unterbreitet und zur höheren Ehrung des reichskanzlerischen Finanzgenies wird hinzugefügt, Graf Bülow habe diese Vorschläge selbst angeregt und ausarbeiten lassen. Welcher Art aber die Vorschläge sind, erfährt man nicht.

Immerhin wird von neuem bestätigt — woran freilich niemand, der die Finanzgedanken der Regierungen kennt, je zweifeln konnte —, daß von dem Versuch einer wirklichen Gesundung des Reichsfinanzwesens keinerlei Rede ist. Der ganze Jammer gilt dem Uebel, daß die Bundesstaaten mit einigen Millionen jährlich an den Ausgaben des Reiches beteiligt sind. Die Bundesstaaten behaupten, daß sie diese Störung ihrer eignen Landesfinanzen nicht ertragen könnten. Thatsächlich aber haben die Bundesstaaten selbst diese Störung verursacht, indem sie ihre Vertreter im Bundesrate Reichsausgaben in solcher Fülle bewilligen ließen, daß trotz der gewaltigen Einnahmen des Reiches Ebbe in die Reichskasse kam. Außerdem ist die Klage der Bundesstaaten zumeist weit übertrieben, denn im laufenden Etat beträgt die Gesamtsumme, die sie dem Reiche zu geben haben, 24 Millionen Mark, wovon auf das finanziell leistungsfähige Preußen allein 15 Millionen kommen, so daß die kleineren Staaten nicht allzuviel zu tragen haben. Wenn die Bundesstaaten dennoch über Verwirrung ihrer Finanzverhältnisse klagen, so haben sie das ungeheuer einfache Mittel, **die Ausgaben des Reiches für Militär, Marine und Weltpolitik, nur ein wenig einzuschränken.** Dann wäre ihnen sofort geholfen und es bedürfte nicht der neuen Finanzheilkünste des Grafen Bülow und der Ministerkonferenz. —

Massen-Zeugniszwang.

Die Justizbehörden in Leipzig haben sich manches Jahr einer gewissen Zurückhaltung in reaktionären Maßnahmen befleißigt. Neuerdings ist das ganz anders geworden. Zu den schroffen Majestätsbeleidigungs-Urteilen der letzten Tage will anscheinend die Leipziger Justiz noch höheren Ruhm im deutschen Rechtsstaat ernten.

Wir berichteten jüngst, daß wegen eines Artikels der „Leipziger Volkszeitung" Anklage erhoben ist nicht nur gegen den verantwortlichen Redakteur Seger, sondern unbegreiflicherweise auch gegen den politischen Redakteur des Blattes Jäckh, in dem man den Verfasser des Artikels vermutet, ohne zur Bestätigung der Vermutung die nötigen Beweismittel zu haben. Um den Verfasser zu ermitteln, wurde Zeugniszwang gegen andre Redakteure und Geschäftsbeamte der „Leipziger Volkszeitung" angedroht. Und thatsächlich scheint diese unerhörte Drohung jetzt zur Durchführung gebracht zu werden. Für Dienstagvormittag wurden vor den Untersuchungsrichter des Landgerichts zum Zwecke der „Befragung" geladen: Die Redakteure Pollender, Jilge, Dr. Morgenstern, Wagner, der Geschäftsführer Seyferth, der Faktor Lehmann, der Kassierer Horn, die Comptoiristen Wittig, Sauer, Borkmann, Gaschütz, Haferkorn, der Buchhändler Hennig und die Expedienten Piller und Grenz.

Die „Leipziger Volksztg." bemerkt zur Mitteilung dieser Massenladung: „Die Zeit der Vernehmung liegt zwischen 9 und 11 Uhr vormittags. Da also morgen vormittag von 10 bis 11 Uhr **das gesamte Comptoirpersonal auf dem Landgericht** anwesend sein wird, muß während dieser Zeit **das Comptoir der „Volkszeitung" geschlossen** gehalten werden."

Aber nicht diese Störung des Geschäftsbetriebes ist das wesentlichste, sondern die Zumutung, daß die Redakteure und die im gleichen Betriebe beschäftigten Geschäftskollegen Aussagen über Vorgänge in der Redaktion machen und gegebenenfalls einen ihrer Freunde verraten sollen. Es versteht sich, daß keiner der Beteiligten, mag der Sachverhalt liegen wie immer, dem Untersuchungsrichter irgend etwas mitteilen wird. Will dieser dann den Zeugniszwang fortführen, so wird dieser Fall die Empörung über den Zeugniszwang um so mächtiger entfachen und endlich dazu führen, daß diese mittelalterliche Inquisition durch die Gesetzgebung beseitigt wird.

*

Ferner wird uns berichtet:

Das Zeugniszwangs-Verfahren gegen den Redakteur der „Pankower Zeitung" nimmt seinen Fortgang. Es handelt sich dabei bekanntlich um die von dem Blatte gebrachte Mitteilung, daß die Gemeinde versehentlich 15 500 M. zu viel an Kreissteuern gezahlt habe. Die Mitteilung an sich war richtig, doch wurde vom Gemeindevorstand angenommen, daß die Redaktion des Lokalblattes nur durch den Vertrauensbruch eines Beamten in den Besitz der Nachricht gekommen sei, und der Amtsvorsteher that zunächst sein mögliches, um auf dem Wege mehr oder minder gemütlichen Zuredens den Redakteur zur Preisgabe seines Gewährsmannes zu veranlassen. Dies gelang nicht und so wurden denn Gewaltmaßnahmen angewendet. Gestern hatte der Redakteur Salis eine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter zu bestehen, in der dieser an ihn das Verlangen stellte, den Ueberbringer der für den Pankower Gemeindevorstand so unangenehmen Nachricht namhaft zu machen. Als der Redakteur erklärte, daß die Erfüllung eines solchen Verlangens sich nicht mit den Pflichten eines Redakteurs vertrage, **verurteilte ihn der Richter zu 300 M. Geldstrafe event. 6 Wochen Haft** und kündete ihm **weiter an,** daß **die Zeugniszwangshaft über ihn verhängt werde,** wenn er binnen zehn Tagen nicht den Namen seines Gewährsmannes preisgebe. Da wohl nicht zu erwarten ist, daß der Redakteur dem Verlangen des Untersuchungsrichters nachkommt, so darf angenommen werden, daß Deutschland auch in diesem Fall das Schauspiel einer modernen Folterung erlebt.

*

Auch das Zeugniszwangs-Verfahren gegen den früheren Redakteur der „Hilfe", **Hildebrandt, dauert fort.** Dieses Verfahren wurde eingeleitet, weil die „Hilfe" im Februar dieses Jahres einen Erlaß an die Rektoren der Volksschulen im Regierungsbezirk Potsdam veröffentlicht hatte. Hildebrandt wurde deshalb in der ersten Hälfte September in Zeugniszwangshaft genommen, nachdem ein Disciplinarverfahren gegen die unbekannten Ueberbringer des Erlasses eingeleitet worden war. Hildebrandt **befindet sich seitdem in Zwangshaft,** d. h. jetzt über **fünf Wochen!**

Der „Verein Thüringer Presse", der am Sonntag seine diesmalige Jahresversammlung in Erfurt abhielt, protestierte, wie wir im Anschluß an obige Mitteilungen anführen möchten, gegen das Zeugniszwangsverfahren und sandte dem inhaftierten Hildebrandt ein Sympathietelegramm.

* * *

Deutsches Reich.

Polizei-Inspektor Krieter in Magdeburg,

der Organisator der Geheimbunds-Prozesse von 1887 nimmt am 1. November seinen Abschied. Also wird uns aus Magdeburg berichtet. Gerade jetzt. Die Nachricht ist geeignet, nachdenkliche Erinnerungen wachzurufen. Krieter war der Verfasser der ominösen Broschüre: „Die geheime Organisation der Socialdemokratie, nach autoritativen Quellen bearbeitet", die seitens der Regierung als Unterlage zur Inscenierung der berüchtigten Geheimbundsprozesse gemacht wurde. Die „autoritativen Quellen" Krieters waren die — **Spitzel** Heinrich und Speck, die die geheimen Zusammenkünfte erst entrierten und dann getreulich für Geld der Polizei Bericht erstatteten. Auf Grund der Angaben dieser Spitzel wurden am 7. Februar 1887, kurz vor den Faschingswahlen, 36 Genossen plötzlich verhaftet. Der Zweck, dadurch ein ungünstiges Wahlresultat zu erreichen, wurde thatsächlich erreicht.

Später wurde 46 Genossen der Prozeß gemacht wegen angeblicher Geheimbündelei und Verbreitung des „Socialdemokrat". Ueber 30 der Angeklagten, darunter der alte 63jährige Veteran Bremer, wurden verurteilt zu 4 bis 9 Monaten Gefängnis. Auch Speck erhielt 6 Monate zudiktiert, wurde jedoch auf Betreiben Krieters (durch Fürsprache bei Puttkamer) bereits nach acht Tagen begnadigt! Als dieser Ehrenmann, der Dutzende von Familien unglücklich gemacht, wieder zur Fabrik kam, drohten sämtliche Arbeiter, die Arbeit niederzulegen. Auch die Beamten wollten mit dem Judas nichts gemein haben und so wurde er entlassen. Auf Betreiben Krieters wurde er dann Magistratsbote, mußte aber auch bald infolge der Haltung des Publikums abgehen und ist heute noch (infolge hoher Protektion) Fahrer bei der elektrischen Straßenbahn in Magdeburg. — Die 31 Angeklagten, darunter die Genossen Klees, Bremer, Dieck, Ritsch, Lankau wurden am 12. und 13. Mai 1887 zu insgesamt **164 Monaten Gefängnis** verurteilt. Sie hatten zudem fast insgesamt sieben Jahre Untersuchungshaft erdulden müssen. Der Schneider Habermann starb darin an der Schwindsucht. Obwohl nachgewiesenermaßen die Krietersche Broschüre ein reines Phantasieprodukt war, nichts enthielt als platte, erdichtete Allgemeinheiten, diente sie doch im Prozeß als einziges Beweisdokument!

Zwei Jahre später war das Fiasko des Ausnahmegesetzes vollendet. Und als besondere Antwort auf den Prozeß darf das Ergebnis der Reichstagswahl von 1890 betrachtet werden: Es wurden abgegeben für v. Vollmar 17 261 gegen 11 438 Stimmen bei der vorigen Wahl 1887! Vollmar siegte im ersten Wahlgang und da er in München annahm, siegte bei der Nachwahl Bock gar mit 18 455 Stimmen, also eine Zunahme von über 7000 Stimmen! Mit dem Ueberschuß der Wahlgelder wurde noch in demselben Jahre die „Volksstimme" gegründet. —

Jetzt geht sang- und klanglos Krieter in Pension. Er und sein System sind tot. Magdeburg ist Hochburg der Socialdemokratie. Daß sich die 25jährige Feier des Socialistengesetzes heute gerade verkettet mit dem Ende eines Mannes, der ein „großes" Werkzeug dieses Gesetzes gewesen, ist eine besondere Ironie des Schicksals. —

Etatsberatung in der bayrischen Kammer.

In München begann am Dienstag die Etatsberatung und damit die Debatte über die allgemeine politische Lage. Als Redner der in der Kammer der Abgeordneten herrschenden Partei, des Centrums, sprach an erster Stelle Abg. Schädler. Er sprach zunächst über die Veränderungen im Ministerium, er sprach wie ein Gebieter zu seinen Dienern:

„Blickt man zum Ministerpodium, so kann man sagen: es fehlt manch teures Haupt. Der frühere Kultusminister Landmann, der wegen nervöser Ueberreizung seine Entlassung genommen, erfreut sich guter Gesundheit. Crailsheim ist Minister in ruhender Aktivität, sein Rücktritt läßt das Centrum vollständig kühl. Crailsheims Weggang hilft über viele Schwierigkeiten fort; denn der nachhaltige Widerstand, den er leistete, hätte zu heftigsten Verwicklungen unfehlbar geführt; wir stellen nicht die Frage, ob es nicht besser wäre, wenn auch **noch die letzten Stützen** des Crailsheimschen Geschäftsministeriums **nachfolgten,** wir verlangen auch kein Parteiministerium, obwohl kein Grund dafür denkbar ist, daß die Vergebung der Minister-Portefeuilles ein liberales Privileg sein soll, wir sind aber auch nicht Ministertrabanten und in das neue Ministerium nicht verliebt, wir warten dessen Thaten ab und nehmen dann unsre Stellung. Durch Schaffung eines Verkehrsministeriums wird die Kraft des Ministerpräsidenten von Podewils frei für die großen Aufgaben auf staatsrechtlichem und allgemeinem Gebiet. Wir erwarten, daß er das Schwergewicht seiner Arbeiten auf die Pflege der Beziehungen zum Reich legt. Es trat manchmal zu wenig an die Oeffentlichkeit, daß und wie bedeutend Bayerns Einfluß im Reich ist."

Weiter führte Dr. Schädler aus: Aus Anlaß des Falles Dippold sei er von neuem veranlaßt, **auf eine lex Heinze hinzuwirken.** Aber nicht nur die Kinder müssen geschützt werden, **eine andre Pest bedrohe die heranwachsende Jugend: der Unglaube, der durch staatlich besoldete Hochschullehrer groß gezogen werde.** Seit Jahren werde das katholische Volk provoziert, in seinen heiligsten Gefühlen gekränkt und geschmäht. Redner polemisiert scharf gegen den Evangelischen Bund. Die Liberalen hätten die Religion in die Politik hineingebracht. Heute müsse der religiöse Katholik Politik treiben, denn man trete seine Rechte mit Füßen, aber in diesem Kampf habe man nur noch **mit der äußersten Linken** zu thun. Den Liberalen sei das Rückgrat gebrochen, in kurzem würden sie ausgeschaltet sein.

Für die Liberalen sprach Abg. Wagner. Auch er berührte zunächst den Wechsel im Ministerium: Die Agitation des Centrums gegen Crailsheim sei unbegreiflich gewesen, denn er sei seinen Wünschen in weitestem Maße entgegengekommen. Freilich sei er ein parteiloser Geschäftsminister, kein ultramontaner gewesen. Durch seine Entlassung sei die Begehrlichkeit des Centrums unerhört angewachsen. Aus dem Verhalten der ultramontanen Presse habe man den Schluß ziehen müssen, daß der Sturz in **einem Druck des Centrums** seinen Grund habe. Das

sei bis jetzt nicht ausreichend widerlegt, es wäre jedenfalls zu bedauern, denn noch sei das Centrum zwar im Landtage, aber nicht im Lande ausschlaggebend, es danke seine Macht nur einer systematischen Unterdrückung der Wahlfreiheit, Beichtstuhl und Kanzel allein ermöglichten diese Erfolge. Auch sie seien Freunde der katholischen Kirche und widersprächen entschieden dem Satz, daß katholisch und ultramontan gleich sei. Die Liberalen verwahren sich gegen den Vorwurf, Störer des konfessionellen Friedens zu sein. Es herrsche heute ein Jesuitengeist, der durch Aufhebung des Gesetzes kaum verschärft werden könne. Gewiß könne auch beim Evangelischen Bund manches nicht gebilligt werden, aber er sei keine politische Partei, sonst würde er seitens der Liberalen ebenso bekämpft werden wie das Centrum. —

Sodann gab Ministerpräsident Freiherr von Podewils folgende Erklärung über die Gründe des Rücktritts des früheren Ministerpräsidenten Grafen Crailsheim ab: Als Grund für die Ministerkrisis wurden seiner Zeit in einer offiziösen Mitteilung Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung gewisser Angelegenheiten bezeichnet. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen die Frage, ob der Vorsitzende im Ministerrat zu gewissen Handlungen ohne vorherige Fühlungnahme mit andren Ministern befugt sei. Diese hielten für die fragliche Handlung mit Rücksicht auf deren große Bedeutung eine solche vorherige Kollektivberatung für um so entschiedener geboten, als kurz vorher eine allerhöchste Verordnung für alle wichtigeren Angelegenheiten gemeinsame Beratung im Ministerrale besonders vorgesehen hatte. Wenn die Differenz auf dem Gebiete der formellen Geschäftsbehandlung sich bewegte, standen keineswegs formale Bedenken von untergeordneter Bedeutung, sondern das wichtige und entscheidende Interesse in Frage, ob das Selbstbestimmungsrecht der Ministerkollegen in Fragen ihres Ressorts, in Angelegenheiten, die sie mit ihrer politischen Verantwortung zu decken hatten, gewahrt geblieben sei. Die Lage erfuhr eine unerwartete Verschärfung dadurch, daß Graf Crailsheim sein Entlassungsgesuch einreichte, ohne mit den übrigen Ministern sich zu benehmen, ehe die Angelegenheit erledigt war. Die Krisis hat damit zu jener Lösung gedrängt, die sie durch Genehmigung des Entlassungsgesuchs gefunden hat. Eine Veränderung in den Regierungsgrundsätzen ist infolge des Personenwechsels nicht eingetreten. Das Ministerium will die guten Beziehungen zwischen Bayern und dem Reiche auf Grundlage der Verfassung sorgfältig pflegen und sich bei der Geschäftsführung nicht von Parteirücksichten, sondern ausschließlich durch die Interessen der Krone und des Landes leiten lassen.

Die Debatte wird fortgesetzt. —

Kasernen-Enthüllungen

eigner Art kamen bei einer Verhandlung vor dem Ober-Kriegsgericht Magdeburg ans Licht. Uns wird darüber berichtet: Der Unteroffizier Ferd. Koller von der 11. Compagnie des Infanterie-Regiments 66 in Magdeburg war seiner Zeit wegen Diebstahls, Unterschlagung und verleumderischer Beleidigung zu einem Jahr Gefängnis, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden. Er hatte eine Hose eines Kameraden und ein Tricothemd, dem Fiskus gehörig, gestohlen. Als er acht Tage im Gefängnis saß, ließ er sich plötzlich vorführen und gab aus freien Stücken allerlei Interna aus der Kaserne zu Protokoll.

So berichtete er dem Untersuchungsrichter, daß ein Feldwebel Waterstraat sowie der Vicefeldwebel Steinbach Soldaten gemißhandelt hätten. Sergeant Brüggemann habe lange Zeit hindurch Petroleum der Kaserne zu Privatzwecken benutzt usw. K. gab an, diese Denunziationen aus Pflichtgefühl zu machen. Damals sah das Kriegsgericht diese Angaben als wahrheitswidrig an und erkannte auf obige Strafe.

Jetzt aber hat sich herausgestellt, daß der K. damals die Wahrheit gesagt, denn es haben inzwischen eine ganze Anzahl Bestrafungen vorgenommen werden müssen, ferner mußte Vicefeldwebel Steinbach zur Disposition gestellt und der Sergeant Brüggemann wegen Unterschlagung und Verdacht des Meineids verhaftet werden! Es war also offensichtlich der Angeklagte zu Unrecht verurteilt worden.

Zur Verhandlung am Montag waren 22 Zeugen, meistens Reservisten, geladen. Durch diese wurde festgestellt, daß Vicefeldwebel Steinbach den Musketier Schulz wegen angeblichen schlechten Schießens dadurch **mißhandelte**, daß er ihm befahl, **das Gewehr mit den Zähnen festzuhalten und dabei „auf allen Vieren" im Schnee herumzukriechen!!** Kaum war diese Aussage gemacht, da ließ der Verhandlungsleiter urplötzlich wegen Gefährdung der militärischen Disciplin die Oeffentlichkeit ausschließen! (Was die übrigen Zeugen noch an Enthüllungen brachten, bleibt daher einstweilen noch Geheimnis.) Erst nach fast siebenstündiger Verhandlung wurde folgendes **Urteil** gefällt: Der Berufung des Angeklagten wird stattgegeben, das erste Urteil wird, soweit es sich auf die verleumderische Beleidigung bezieht, **aufgehoben**, da dem Angeklagten der **„Wahrheitsbeweis** zu 99 Prozent geglückt" sei. Nur für den Hosen- und Hemdendiebstahl wurde er zu fünf Wochen Mittelarrest, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse verurteilt. Fünfzehn Wochen saß der Angeklagte in Untersuchungshaft, aber nur eine wurde ihm trotz der 99 Proz. Wahrheitsbeweis angerechnet, angeblich, weil er nach Meinung des Gerichts nicht aus Pflichtgefühl, sondern aus niederen Motiven die Angaben gemacht habe.

Der wohlverwahrte Zar.

Der Herrscher aller Reußen weilt noch in Darmstadt bei seinen Verwandten. In Italien wollte man den Vertreter des russischen Blutsystems nicht empfangen, er muß sich statt des sonnigen Südens des herbstlichen Deutschlands erfreuen; immerhin mag er sich in Darmstadt gemütlicher fühlen als — in der eignen Heimat, wo allerlei Gefahren den nervös ängstlichen Gewaltigen auf dem Thron umlauern.

Auch in Darmstadt sorgt man natürlich gut für die Absperrung des Herrschers. Der „Mainzer Volkszeitung" wird darüber mitgeteilt:

„Die Ueberwachung des Schlosses Wolfsgarten, wo die Fürsten ihren Aufenthalt haben, ist eine ziemlich umfangreiche. Eine Gendarmeriepostenkette (in Civil) von ca. 30 Mann, welche dem Kreisamt Offenbach unter Leitung des Herrn Kreisamtmann Emmerling untersteht, der in Egelsbach Wohnung genommen hat, hält die Umgebung und Eingänge um das Jagdschloß besetzt. Zur Verstärkung der Posten und Ausübung des Sicherheitsdienstes zur Nachtzeit ist ein zu Egelsbach stationiertes Infanterie-Detachement von ca. 50 Mann unter Befehl der Herren Oberlieutenant Freiherr Röder v. Diersburg und Oberlieutenant v. Schrötter kommandiert. Den ständigen Patrouillendienst bei Tag und Nacht versieht ein 80 Mann starkes Detachement des zweiten Leib-Dragoner-Regiments Nr. 24 unter Kommando des Herrn Rittmeisters v. Mackensen. Die Begleitung bei Ausflügen ist einer fünf Mann starken Kriminalabteilung des Polizeiamtes Darmstadt übertragen."

Ausland.

Soldatenmißhandlungen und Militärreaktion in der Schweiz.

Zürich, 18. Oktober. (Eig. Ber.)

Am 25. Oktober haben die Stimmberechtigten der Schweiz über die Ergänzung einer „Lücke" des Strafgesetzes in folgendem Sinne abzustimmen: „Artikel 48 bis: Wer Militärpflichtige zu einer Dienstpflichtverletzung, welche den Thatbestand eines durch die Militärgerichte des Bundes zu beurteilenden Verbrechens oder Vergehens bilden würde, anstiftet oder verleitet, oder anzustiften oder zu verleiten versucht, wird, je nach der Schwere des Vergehens, mit Geldbuße oder mit Gefängnis bestraft. Unter die Bestimmungen dieses Artikels fällt auch die im Auslande begangene Handlung." Ein vollendeter Knutschukparagraph, der dadurch nicht besser wird, daß der Entwurf ursprünglich noch viel schlimmer und dehnbarer war. Die Vorlage ist ein unverhülltes Klassengesetz, das die bürgerlich-kapitalistische Mehrheit der Bundesversammlung gegen das arbeitende Volk gemacht hat und das die herrschende radikale Geldsackspartei während der Referendumsbewegung in der Presse und in den Versammlungen verteidigt und dem Volke mundgerecht zu machen sich bemüht. Die Tendenz des Gesetzes ist eine durchaus reaktionäre; es will die Freiheit der Kritik in Wort und Schrift an den Handlungen und Excessen der Offiziere, die den besitzenden Klassen angehören, einschränken oder in der dem Volke eignen etwas derberen und kräftigeren Form unmöglich machen und so das Klassenregiment auch in dieser Richtung sichern. Die weitaus größte Zahl der Offiziere sind Fabrikanten, Fabrikdirektoren, Unternehmer aller Art, ferner Herrenbauern sowie die Söhne dieser Kreise, und da werden nun die Gewohnheiten, die Ausdrücke und die Behandlung gegenüber den Arbeitern in der Fabrik usw. übertragen auf die Kaserne, auf das ganze Verhältnis vom Offizier zu dem Soldaten. Es sind also die Klassengegensätze, die die Einheit der schweizerischen Milizarmee so stark gefährden und sie sind auch die Erklärung für die Soldatenmißhandlungen, die in ihrer brutalen, excessiven und mannigfaltigen Form würdige Seitenstücke zu den bezüglichen Excessen der stehenden Heere sind.

Die socialdemokratische Partei des Staates Zürich hat auf die Volksabstimmung über das „Maulkrattengesetz" hin, wie die erwähnte Vorlage zutreffend getauft wurde, eine vom Genossen Paul Brandt verfaßte Broschüre herausgegeben, in der eine ganze reiche Kollektion von seit 1898 vorgekommenen Soldatenbeschimpfungen und -Mißhandlungen vorgeführt sowie die Korruption in der eidgenössischen Militärverwaltung dargestellt und kurz kritisch beleuchtet wird. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Missethaten von Offizieren, vom Lieutenant angefangen bis zum Oberst hinauf, nur ausnahmsweise wird auch über Ausschreitungen von Unteroffizieren berichtet. Wir erfahren da von geschmackvollen Ausdrücken, wie „Saubande", „Lausbuben", „Lümmel", „fule Hung" (faule Hunde), „trauriger Simpel" und „Schweinekerl". Ein Soldat, der Ohrfeigen erhalten und dazu bemerkt hatte: „Ich bin kein Hund!" mußte verschiedene Male hintereinander hersagen: „Ich bin ein Hund!" Die Austeilung von Ohrfeigen an die Soldaten ist überhaupt kein seltener Vorgang mehr. Dazu kommen nach den berüchtigten Mustern der stehenden Heere die Püffe, Säbelhiebe, Hiebe mit der Reitpeitsche. Zwei Soldaten mußten auf Befehl des Offiziers mit Sack und Pack über eine steile Wiesenböschung auf den Kopf springen und auf dem Bauch rückwärts, die Füße voraus, wieder hinaufkriechen. In Bern wurde auf Befehl des Lieutenants ein Rekrut mit Schmierseife eingeschmiert, mit Reisbürsten abgerieben, mit ein paar Eimern kalten Wassers begossen und dann ins Bett gebracht. Am andren Tage mußte der Mißhandelte ins Lazarett. Auch die Fälle der Ausschreitungen von Offizieren gegen den Bürger im Civil sind nicht mehr selten. Es ist der überhebende, anmaßende und unerträgliche Säbelraßlergeist, der sich in den Soldatenmißhandlungen und Excessen aller Art bekundet und der nun auch noch durch das Maulkrattengesetz vor der unangenehmen Kritik geschützt werden soll. Die vollste Freiheit der Kritik an solchen Vorgängen ist aber um so dringender notwendig, als die so excedierenden Offiziere in der Regel nur äußerst gelinde, nachsichtig und unwirksam bestraft und sie derart zu neuen Excessen geradezu ermuntert werden.

Im Zeichen des Klassenkampfes bekämpft sehr richtig die schweizerische Socialdemokratie das Maulkrattengesetz als ein faules Produkt der Klassengesetzgebung, und die ganze Situation läßt die Hoffnung darauf zu, daß am 25. Oktober die große Mehrheit der Stimmberechtigten den Wechselbalg seinen Vätern, den Beschützern entarteter Offiziere, vor die Füße werfen wird.

Belgien.

Ueber den Ausfall der Kommunalwahlen liegen bisher folgende Nachrichten vor: In Brüssel haben die Socialdemokraten einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In der Vorstadt Schaerbeek siegte das socialistisch-liberale Kartell, in Ganshoven desgleichen. In Wauthier-Braine siegten die Socialdemokraten mit 110 Stimmen Mehrheit. In Familleureux kam die socialistische Liste durch, in Godarville wurden 3 Socialdemokraten und 2 Katholiken gewählt, in Seraing erlitten die Socialisten eine Niederlage, in Bastogne wurden alle Katholiken geschlagen und durch Liberale ersetzt. —

Ueber Unruhen bei den Kommunalwahlen wird aus Brüssel vom Dienstag gemeldet: In Quaregnon bei Mons kamen am Sonntagabend anläßlich der Kommunalwahlen Unruhen vor. Als einer der Ruhestörer von der Gendarmerie verhaftet wurde, ergriffen seine Genossen für ihn Partei. Sie warfen die Fenster des Rathauses ein und versuchten vergeblich, dessen Thüren zu sprengen. Aus Mons wurde berittene Gendarmerie requiriert, die die Unruhen bald unterdrückte. In der Nacht wurde ein Arbeiter in dem Dorf durch unbekannt gebliebene Personen angegriffen und durch einen Dolchstich getötet.

Italien.

Protest gegen den beabsichtigt gewesenen Zarenbesuch. In Molinella hat der gesamte Gemeinderat am 14. Oktober gegen zwei Stimmen einen scharfen Protest gegen den Zarenbesuch beschlossen, dem russischen Proletariate seine Sympathien ausgedrückt und den Wortlaut seines Protestes dem „Avanti" übermitteln lassen. —

Amerika.

Neue Marineforderungen. Die „Morning Post" meldet aus Washington: Marinesekretär Moody beabsichtigt, dem Kongreß eine Forderung von 102 000 000 Dollar für Marinezwecke für das nächste Jahr zur Bewilligung zugehen zu lassen. —

Landtagswahl.

Für Berlin wird dem Freisinn **konservative Wahlhilfe** zugesagt. Die „Post" fordert die freikonservativen Wähler auf, zunächst die Wahlmänner ihrer Partei zu wählen. „Dies geschieht in der Voraussetzung, daß, wenn bei der Wahl der Abgeordneten es zu einer Stichwahl zwischen Freisinnigen und Socialdemokraten kommen sollte, **selbstverständlich** die Wahlmänner, welche im ersten Wahlgange für die beiden konservativ-nationalen Kandidaten gestimmt haben, **den Ausschlag zu Gunsten der Freisinnigen geben.**" Dem Richter-Freisinn wird die Hilfe, die seiner würdig!

Die Verhinderung der Nachprüfung der Wählerlisten scheint an manchen Orten unter dem Vorwand der Auslegung betrieben zu werden. In Breslau machte der Magistrat erst am Sonntag durch ein kleines, unauffälliges Straßenplakat bekannt, daß vom Montag, den 19., bis zum 21. Oktober die Wählerlisten ausliegen. Da die Zeitungen frühestens am Montagabend die Bekanntmachung weiter verbreiten konnten, wurde zum mindesten ein Tag noch von den drei gesetzmäßigen Tagen unterschlagen.

In Bochum stellten die Nationalliberalen **die bisherigen Abgeordneten wieder auf.** Man wies auf die seitens der Socialdemokratie drohenden Gefahren hin. Das Centrum proklamierte Wahlenthaltung.

Die Breslauer Kartell-Liberalen, die das letzte Mal nur mit socialdemokratischer Hilfe siegten, wenden sich energisch gegen Gerüchte, als ob sie bereit seien, einen Socialdemokraten ins Kartell aufzunehmen. Die Breslauer „Volkswacht" bemerkt zu diesem Verhalten:

„Unsre Genossen werden daraus die Erkenntnis ziehen, daß sie ihre Stimmen in keinem Stadium des Kampfes den Herren aufdrängen, die überall mit Abscheu den Verdacht eines Bündnisses mit uns ablehnen. Wir müßten unsre Würde verloren haben, wenn wir an solche Volksmänner noch eine einzige Stimme verschwendeten. Statt dessen wollen wir alles aufbieten, um Pseudoliberalen wie Konservativen zu zeigen, daß auch wir auf dem Plane sind, **trotz** aller Wahlrechtschikanen."

Die Liberalen können sich also darauf gefaßt machen, aus **eigner** Kraft zu — sterben. —

Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Lohnbewegung der Rohrer. Die Rohrer hatten bereits **vor** einiger Zeit ihren Arbeitgebern einige minimale Aufbesserungen ihres alten Tarifs zur Bewilligung unterbreitet. Von den 16 in Betracht kommenden Firmen haben sich indessen bis jetzt nur 5, die der Arbeitgeber-Organisation nicht angehören, zur vollen Anerkennung der Forderungen bereit erklärt. Da bei letzteren Firmen vollauf Beschäftigung ist, um fast die gesamten Rohrer Berlins zu plazieren, so nahm die gestrige Rohrerversammlung von der offiziellen Proklamierung eines Streiks Abstand. Dahingegen gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die Versammlung erklärte sich mit dem Verhalten der Lohnkommission einverstanden. Die Rohrer versprechen von morgen (Mittwoch) ab nur dort zu arbeiten, wo die Forderungen der Organisation anerkannt sind. Die Lohnkommission ist ermächtigt, mit den Ringfirmen auf deren Wunsch **zu** unterhandeln.

Versammlungen.

Centralverband der Maschinisten und Heizer. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Sonntag in Vogts Rittersälen ihre Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Kassierer Paschen den Kassenbericht vom verflossenen Quartal. Die Einnahmen beliefen sich auf 3665,05 M., die Ausgaben auf 3457,12 M., so daß 207,93 M. Ueberschuß erzielt wurden. Hierzu kommt ein alter Bestand von 8583,08 M. Am Ende des Quartals war demnach ein Kassenbestand von 8791,01 M. vorhanden. Unter den Ausgaben sind 2290,45 M. für die Centralkasse. — Gegen die Kassenführung wurden keinerlei Einwendungen erhoben. Eine längere Diskussion fand über den Arbeitsnachweis statt. Hierzu wurde beschlossen, daß in Zukunft nicht wie bisher alljährlich, sondern alle Vierteljahr anschließend an den Kassenbericht der Bericht vom Arbeitsnachweis gegeben werden soll. Darauf erstattete Siewert Bericht von der Gewerkschaftskommission. Er wies besonders auf den Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie hin, sowie auf das Bestreben der Handelsangestellten zur Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses, das, wie Redner ausführte, von allen Arbeitern und Arbeiterfrauen dadurch unterstützt werden sollte, daß sie ihre Einkäufe stets vor 8 Uhr abends besorgen. Im Anschluß an den Bericht teilte der Kassierer Paschen mit, daß von der Aussperrung in der Metallindustrie nur zwei Mitglieder des Verbandes der Maschinisten und Heizer betroffen sind, trotzdem eine große Anzahl in solchen Betrieben arbeitet, die für den Aussperrungsbeschluß der Fabrikantenvereinigung in Betracht kommen mußten. — Die Beschwerdekommission, über deren Thätigkeit Hesse berichtete, hat nur wenige und unbedeutende Fälle zu erledigen gehabt. — Die Generalversammlung nahm schließlich noch folgende Anträge an: Alle Beschwerden, die sich auf den Arbeitsnachweis beziehen, sollen in Zukunft dem Kuratorium des Arbeitsnachweises unterbreitet werden; interne Beschwerden dagegen dem Vorstand der Ortsverwaltung. Damit tritt die bisherige Beschwerdekommission außer Funktion. Die Aenderung wurde dadurch veranlaßt, daß der Arbeitsnachweis nach der Gormannstraße verlegt worden ist und sich somit dem Statut des Centralvereins für Arbeitsnachweis anpassen mußte. — Des weiteren wurde beschlossen, daß der Vorstand Todesanzeigen nur von den Angehörigen der verstorbenen Mitglieder entgegennehmen soll und nur schriftlich oder mündlich, nicht telephonisch.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am 8. d. M. ihre regelmäßige Generalversammlung ab. Dem vom Vorsitzenden Genossen Lamms gegebenen Vorstandsbericht sei entnommen, daß der Schule im verflossenen Quartal 45 Damen und 324 Herren als Mitglieder angehörten, von denen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation 130 Personen angehörten, 139 waren nur gewerkschaftlich, 14 nur politisch organisiert. Nach dem vom Kassierer Genossen Königs gegebenen Kassenbericht betrug die Gesamt-Einnahme im letzten Vierteljahr 175 Mark 77 Pf., die Gesamt-Ausgabe 322 Mark 25 Pf., so daß am 1. Oktober ein Kassenbestand von 2569 Mark 65 Pf. zu verzeichnen war. Der Bibliothekar Genosse Riedlinger berichtet, daß an den 16 Abenden, an denen die Bibliothek geöffnet war, insgesamt 139 Bände von 69 Mitgliedern ausgeliehen wurden. Neu angeschafft wurden 6 Bände, so daß die Bibliothek 1573 Bände umfaßt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer und den Bibliothekaren Decharge erteilt. In der sich an den Vorstandsbericht schließenden Debatte wurde gewünscht, einmal über deutsche Litteratur lesen zu lassen. Dittmar giebt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß es so schwer halten solle, für die Schule geeignete Lehrer zu bekommen. Der Vorstand solle sich einmal gründlich mit der Angelegenheit befassen und sich vielleicht an die Abgeordneten ꝛc. wenden. Vom Vorsitzenden wurde zugesagt, in den Sitzungen, welche gemeinsam zwischen Vorstand und Zehner-Kommission stattfinden, die Sache zu erörtern. Als Revisoren wurden die Genossen Treu und Geithner wiedergewählt. Unter „Verschiedenes" wurde angeregt, mit dem „Giordano-Bruno-Bund" in Verbindung zu treten, um den Mitgliedern den Besuch der geplanten Vorstellung „Letzte Menschen" zu ermöglichen.

Der socialdemokratische Wahlverein für Groß-Lichterfelde-Lankwitz hielt am Mittwoch seine ordentliche Generalversammlung ab. Den Bericht des Vorstandes gab Genosse Hopf, den Kassenbericht Genosse Senft. Die Mitgliederzahl ist von 179 im Vorjahre auf 205 gestiegen. Leider mußten eine Anzahl Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Der Vorsitzende wies noch auf das reiche Agitationsfeld für den Verein hin, indem bei der Reichstagswahl 1798 socialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Die Bibliothek wurde nur in 36 Fällen in Anspruch genommen. In der Diskussion forderte Genosse Platz zur regeren Agitation für die politische Organisation auf, während Genosse Boxheimer die minimale Benutzung der Bibliothek, die äußerst reichhaltig sei, rügte. In den Vorstand wurden gewählt: Wenzel als 1. Vorsitzender, Platz 2. Vorsitzender, Boxheimer Kassierer, Geisen-Kersting Schriftführer, Fritsch Beisitzer, Revisoren: Senft, Lehmann und Lubasch. Lokalkommission: Theurig, Pius. — Als Delegierte zu den Kreisversammlungen wurden Geisen-Kersting und Wetzler gewählt. Beschlossen wurde die Wieder-Einführung der Haus-Kassierung. Als Bezirksführer fungieren: Zepmeisel, Kloß, Lubasch, Augustin, Rauhut, Menzel, Wolf, Pius, Schulz, Wölfling, Lehmann, Hintenburg, Richter und Wolter. Die vom Vorstand aufgestellte Wahlmännerliste wurde acceptiert. Ueber die Neuwahlen zur Gemeindevertretung bezw. den Wahlanfechtungs-Prozeß, der siegreich für die Parteigenossen ausgefallen ist, referierte in großen Zügen Genosse Wenzel. Als Kandidaten wurden die Genossen Wenzel und Hopf nominiert; Genosse Wetzler, der ebenfalls vorgeschlagen war, lehnte mit Rücksicht auf seine Berufspflichten ab. Nachdem Genosse Kersten noch darauf hingewiesen hatte, den Wirt Wolff in Lankwitz, der sein Lokal den dortigen Genossen stets zur Verfügung stelle, zu berücksichtigen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Pankow. In dem Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins am 13. Oktober cr. in der Sonntagnummer befindet sich ein Druckfehler. Als Beisitzer wurden die Genossen Stechert und Woinke, als Vertrauensmann Kubig gewählt. Die Genossen Eichler, Fengler und Riebke wurden nicht Beisitzer, sondern Revisoren.

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Das Socialistengesetz in Oestreich.

Nicht bloß die Socialdemokratie Deutschlands, sondern auch die Oestreichs wurde durch das Ausnahmegesetz vom 21. Oktober schwer getroffen. Natürlich nicht direkt. Die Schüsse Hödels und Nobilings veranlaßten in Oestreich keine Aera der Verfolgungen gegen uns. Auch die Anforderungen an unsren Geldbeutel, die aus der Socialistenhatz in Deutschland entsprangen, waren gering. Höchst selten verirrte sich ein Flüchtling über die schwarzgelben Grenzpfähle, der Unterstützungen östreichischer Parteigenossen in Anspruch nahm. Wem das Leben in Deutschland unmöglich gemacht wurde, der wandte sich nach der Schweiz oder nach dem Westen, Frankreich, Belgien, England, Amerika, nicht nach Oestreich.

Es war in ganz andrer Weise, daß der hohe Wogengang in Deutschland auf uns zurückwirkte.

Diese östreichische Arbeiterbewegung war im eminentesten Sinne ein Kind der Deutschen. Und sie hatte 1878 die Nabelschnur noch nicht völlig zerrissen, die sie an die Mutter band. Wohl war Oestreich 1866 aus dem deutschen Bunde hinausgeworfen worden, aber nichtsdestoweniger fühlten sich die Deutschen Oestreichs noch lange nicht bloß als Angehörige der deutschen Nation, sondern auch als engverbunden mit dem staatlichen Leben Deutschlands. Noch 1869 auf dem Eisenacher Kongreß tagten Oestreicher und Reichsdeutsche als Delegierte zusammen und organisierten eine gemeinsame Partei mit dem Sitz der Parteileitung in Braunschweig und der Kontrollkommission in Wien. Erst die Verfolgungen der östreichischen Behörden, die alle Mitgliedschaften der von Braunschweig aus geleiteten Partei verboten, zerrissen das organisatorische Band zwischen der deutschen und der östreichischen Socialdemokratie. Aber das geistige Band blieb bestehen und der „Volksstaat“, später „Vorwärts“ wurde auch von uns Oestreichern als Centralorgan angesehen, dem gegenüber unsre eigne Presse bloß die Bedeutung einer Lokalpresse bekam. Unsre geistige Leitung war in Leipzig und wir standen ihr vielleicht weniger selbständig gegenüber, als die deutschen Genossen selbst.

Und nun kam das Socialistengesetz und zermalmte die Organisation und die Presse unsrer Bruderpartei. Damit vernichtete es auch unsren Leitstern, ratlos und haltlos standen wir da, fast betäubt über die anscheinende Widerstandslosigkeit, mit der die so gewaltige, von uns geradezu verehrte deutsche Socialdemokratie die auf sie heruntersausenden Schläge über sich ergehen ließ. Selbstverständlich erwartete niemand von uns, die deutschen Genossen würden der Gewalt mit Gewalt begegnen. So klug waren wir auch, ein solches Beginnen für ein selbstmörderisches zu halten. Aber wir erwarteten, die Partei werde sich doch ein neues Organ des Protestes, der Brandmarkung, des Kampfes im Auslande schaffen. Aber alles blieb still. Was unter der Decke spielte, wie viel Arbeit da geleistet, wie viele Opfer da gebracht und innere Kämpfe ausgefochten wurden, davon ahnten wir nichts. Wir hatten die Empfindung, jene Partei, der unser felsenfestes Vertrauen gegolten, sei zusammengebrochen ohne auch nur den Versuch zu machen, sich aufzubäumen, und sie gedenke stillschweigend das schwere Joch zu tragen, das ihr auferlegt worden. Mutlosigkeit erfaßte die einen, tiefer Grimm die andren.

Der Grimm der letzteren wurde noch gesteigert, als Most im Sommer 1879 die „Freiheit“ herauszugeben begann, die wir mit Jubel begrüßten, die aber in den leitenden Parteikreisen Deutschlands auf eine sehr ablehnende Haltung stieß. Die Gründe dafür kannten wir nicht, wir sahen nur die Wirkung, und die brachte uns in Oestreich, ebenso wie Most selbst, in zunehmenden Gegensatz zu der eben noch von uns so hochgehaltenen deutschen Socialdemokratie. Als endlich im September 1879 diese ein offizielles Organ in Zürich, den „Socialdemokrat“ herauszugeben begann, war der Gegensatz schon so vertieft, daß für einen großen Teil der östreichischen Socialdemokratie das Band, das sie an die deutsche gekettet hatte, thatsächlich bereits zerrissen war. Ohne Bedenken folgten sie Most bei seinem weiteren Entwicklungsgange, der ihn aus den Reihen der Socialdemokratie heraus in die des englischen Emigrantenanarchismus führte. Je weniger Anklang Most in Deutschland selbst damit fand, um so größer sein Bemühen, die Oestreicher zu sich herüberzuziehen. Und er hatte nur zu viel Glück dabei. Wir „Gemäßigten“, die wir den Zusammenhang mit der deutschen Partei aufrecht hielten, kamen bei der erfolgenden Spaltung in die Minorität.

Most-Peukert beherrschten die socialistische Bewegung in Oestreich, und in dem Bedürfnis, sich an Radikalismus zu überbieten, trieben sie schließlich in die Bahnen des Verbrecher-Anarchismus, der mit Raub, Mord und Brandstiftung den Emancipationskampf des Proletariats zu führen suchte. Die Lockspitzelei fand hier einen dankbaren Boden.

Das Ergebnis war die Verhängung des Ausnahmezustandes über Wien im Jahre 1884, der zu einem völligen Zusammenbruch des Radikalismus führte. Die Auflösungen der Vereine, Verbote der Zeitungen, Verhaftungen und Ausweisungen erreichten in Wien mit einem Schlage, was das Socialistengesetz in Deutschland nie erreichte: das gänzliche Aufhören der Bewegung für einige Zeit.

So hatten die Rückwirkungen des deutschen Socialistengesetzes die Socialdemokratie Oestreichs schwerer getroffen als die Deutschlands selbst.

Aber auch in Oestreich konnte es nur vorübergehend die proletarische Bewegung aufhalten. Wie in Deutschland trug auch in Oestreich die Aera der Verfolgungen dazu bei, die Ausdehnung der Bewegung zu beschleunigen. Hier wie dort war sie vor dem Socialistengesetz auf einige Industriecentren beschränkt gewesen. Durch die Ausweisungen wurden gerade die energischesten und intelligentesten unsrer Vorkämpfer gezwungen, sich in Gegenden niederzulassen, die noch wenig von socialistischer Aufklärung berührt waren. So wurde unsre Lehre in das ganze Land hinausgetragen, und als sich unsre Partei in Deutschland und in Oestreich zu Ende der achtziger Jahre wieder freier zu bewegen vermochte, da hatte sie eine weit breitere Basis gewonnen, als vor dem Socialistengesetz der Fall gewesen.

Und das Gleiche vollzieht sich heute in Rußland. Ehedem war die revolutionäre Bewegung fast ganz auf Petersburg beschränkt, wo sie leichter überwacht und niedergeschlagen werden konnte. Das Verschicken der unruhigen Köpfe in die Provinz verschickte damit auch deren Ideen dahin, und dank dem erhebt sich heute die socialistische Bewegung im ganzen Lande und wächst den russischen Machthabern über den Kopf. Denn man kann nicht überall in dem Riesenreiche eine geschulte politische Polizei, Gendarmen und Soldaten haben.

So erweisen sich die gegen uns gerichteten Verfolgungsmaßregeln selbst als ein Teil jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Eine Bewegung, die in derselben Richtung wirkt, in der die gesellschaftliche Entwicklung geht; eine Bewegung, die eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist, wird von allem gefördert, was ihr passiert; auch was uns anscheinend am meisten schädigt, schlägt am Ende zu unsren Gunsten aus. Das Socialistengesetz hat zur Verbreitung des Socialismus gewaltig beigetragen, nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch in Oestreich, wie wir gesehen; ebenso in England und Amerika, wo die aus Deutschland Vertriebenen die besten Pioniere der socialistischen Bewegung wurden. Wenn heute in Amerika eine gewaltige socialistische Bewegung heranwächst, dann darf man nie vergessen, daß sie zum Teil auf der unermüdlichen Arbeit derer beruht, denen das Socialistengesetz die Heimat geraubt.

Wer in einen Feuerbrand hineintritt, löscht nicht damit die Flamme, sondern bewirkt nur, daß die Funken weit umher stieben und die Flamme weiter tragen. Das und nichts andres hat Bismarck mit seinem plumpen Tritt am 21. Oktober 1878 geleistet.

K. Kautsky.

Die Anfänge des „Vorwärts“.

Es war um die Zeit der zweiten Verlängerung des Socialistengesetzes, im Frühjahr 1884, als das „Berliner Volksblatt“, der Vorläufer des „Vorwärts“, ins Leben gerufen wurde. Das Kesseltreiben gegen die Socialdemokratie stand wieder in voller Blüte, nachdem der Puttkamersche Kniff, durch eine stellenweise „mildere Praxis“ einen Keil in die Bewegung zu treiben, vollkommen mißglückt war. Trotz der ungünstigen Situation war aber die Gründung eines Blattes notwendig geworden, denn die Reaktionäre hatten ein pseudosocialistisches Blatt ins Leben gerufen, den „Volksfreund“, der mit geschwollenen Phrasen gegen die Bourgeoisie die Arbeiter für das System Bismarck-Puttkamer zu gewinnen suchte. Diesem demagogischen Treiben mußte entgegengetreten werden. Eine Preßkommission wurde eingesetzt, und diese beschloß die Gründung des „Berliner Volksblatt“, das in der Badingschen Buchdruckerei hergestellt werden sollte. Die Leitung der Redaktion wurde mir übertragen, ich konnte aber nur für die Dauer der Reichstagssession zusagen. Denn nach Schluß des Reichstages wäre ich zweifellos aus Berlin ausgewiesen worden. Wilhelm Hasenclever arbeitete auch für das neue Blatt.

Ich verfaßte den Prospekt und als dieser, der Situation angepaßt, unbeschlagnahmt blieb, konnte man hoffen, auch mit dem Blatte selbst die tausend Klippen des Socialistengesetzes zu umschiffen. Immerhin blieb der Versuch sehr schwierig, aber er gelang, trotzdem er mit sehr bescheidenen finanziellen Mitteln unternommen werden mußte. Die „Bureaus“ des neuen Blattes waren sehr der Situation entsprechend; sie bestanden aus zwei kleinen Parterrezimmern in der Zimmerstraße. Im vorderen Zimmer hauste Genosse Ewald und waltete seines Amtes als Expedient; im hinteren Zimmer saß die Redaktion. Sie bestand neben meiner Person aus dem ehemaligen Lieutenant und späteren „Naturprediger“ Guttzeit, den man berufen hatte, weil ein direkter Parteigenosse der Ausweisung gewärtig sein mußte, wenn man ihn in die Redaktion berief, wie dies so später auch mit Rödiger aus Gera geschah. Doch hatte ich mich dafür verbürgt, daß der Inhalt des Blattes den Parteiinteressen angemessen sein werde.

Das Blatt hatte schwer zu kämpfen, denn es war nur vier Seiten stark und konnte nicht mit der Tagespresse konkurrieren. Dazu verlangten die Leser unerbittlich noch den Abdruck der Lotterielisten auf dem beschränkten Raum. Ohnedies lag die ganze Arbeitslast im Anfang auf mir allein, denn der „Naturprediger“ und Philosoph Guttzeit — da er tot ist, kann man es sagen — war ein an sich vortrefflicher Mensch, aber in einer Redaktion zu gar nichts zu gebrauchen. Es sind in den mehreren Monaten, die er als „Redakteur“ in der Zimmerstraße zubrachte, keine dreißig Zeilen von ihm gedruckt worden. Auch zum „Verantwortlichen“ taugte er nicht. Als die erste Vorladung kam, fragte er, wie er sich verhalten solle. Ich riet ihm, die Auskunft über Verfasser usw. zu verweigern. Guttzeit aber meinte, er müsse doch auf dem Polizeipräsidium „die Wahrheit sagen“. Schließlich meinte er im Gefühl seiner Unzulänglichkeit, die Partei möge ihn doch als Agitator anstellen; er als Vegetarier brauche nur die nötige Quantität Aepfel und Schrotbrot dazu.

Die Preßkommission stellte in der Person des Journalisten Horn einen tüchtigen Mitarbeiter an, um mich zu entlasten. Später wurde auch Kurt Baake engagiert, der damals von Breslau kam. Horn wurde durch Cronheim ersetzt, das Blatt wurde vergrößert und machte Fortschritte. Da man nach Ablauf der Reichstagssession, als ich Berlin verlassen mußte, keinem direkten Parteigenossen die Leitung am Orte übertragen konnte, so ward ein Hauptgewicht auf auswärtige Mitarbeiterschaft gelegt; Hasenclever, der sich sehr um das Blatt annahm, und ich lieferten die Leitartikel.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß der verstorbene Genosse Wilhelm Eichhoff die Redaktion in dem Moment, als Rödiger einige Tage nach seinem Eintritt in die Redaktion aus Berlin ausgewiesen wurde, bis zum Eintritt eines neuen Redakteurs, übernahm.

Aus diesen kleinen Anfängen und unter solchen Schwierigkeiten ist das Unternehmen entstanden, das jetzt den Namen „Vorwärts“ trägt.

W. Blos.

Ein bewegtes Jahr.

Es war nicht das erstemal, als im August 1884 unser Generalfeldpostamt uns mit der erfreulichen Nachricht beehrte, daß zwei Kisten „Porzelain“ unsrer harrend in Worms lagern. Wenn dieses hohe Amt befahl, dann mußten die Knechte hören, und sie thaten es gerne, nur hatten wir den Wunsch, daß die hohen Aufträge nicht gar zu oft kommen mögen.

Solch zerbrechliche Waren mußten schnell und vorsichtig expediert werden, deshalb wurden mit dieser Mission stets die zuverlässigsten Genossen betraut. Für diesmal war unser „Fallstaff“ — es war sein Spitznamen wie wir alle solche hatten — dazu ausersehen. „Unser Fallstaff“ war ein eigenartig Menschenkind, hätte ihn ein widerwärtig Schicksal nicht auf den dreibeinigen Schusterbock verschlagen, so wäre er vielleicht ein Dichter geworden, er hat stets gedichtet, seine Verse waren und sind noch heute, denn er lebt und dichtet auf besonderen Wunsch immer noch, nicht die schlechtesten gewesen. Er war der ruhigste, aber auch der fetteste unter uns allen. Ihser Ideal coupierte auch sein Herz bis auf die letzte Falte, deshalb blieb er vorläufig auch selbstverständlich unbeweibt.

Der Befehl, die beiden Kisten in Worms zu holen, wurde ihm sofort nach Empfang zugestellt und nach 15 Minuten dampfte er schon vergnügt nach Worms. Nach zwei Stunden hatte er das kostbare Porzelain zu Schiff gebracht, um damit gen Ludwigshafen zu steuern. Im Hinterzimmer eines großen Verkehrslokals, wo sich täglich allerlei Marktgüter stauten, fanden auch unsre Porzelainkisten vorläufig Platz. Um die elfte Abendstunde entleerten sich, wie das in einer sittsamen Kneipe üblich war, die Wirtsräume. Nur einzelne wenige hielten stand. Als diese sich ganz allein fühlten, verschwanden sie im Nebenlokal. Mit unheimlicher Ruhe, als gelte es einen Kassenschrank auf ungesetzliche Weise seines Inhalts zu entleeren, wurden die Kisten geöffnet. Das „Porzelain“ war wohlverpackt, wurde mit

Feldpost-Abenteuer.

Der Transport des „Socialdemokrat“ über die deutsche Grenze war je länger je mehr eine ungemein schwierige Aufgabe. Alle die romantischen Geschichten von den Gipsfiguren, den Sardinenbüchsen ꝛc., in deren Inneres angeblich die verbotene Litteratur hineingepackt und so über die Grenze geschafft wurde, sind natürlich freie Erfindungen der Reporterphantasie. Man braucht bloß die Menge des wöchentlichen Transportes, das relativ so hohe Gewicht des Papieres und die sociale Stellung der uns zur Verfügung stehenden Adressaten solcher Sendungen ins Auge zu fassen, um zu begreifen, daß nur unter dem Aufgebot größter Selbstlosigkeit Woche für Woche das Werk gelingen konnte. Es handelte sich ja nicht — wie zum Beispiel in den vierziger Jahren bei der bürgerlich-liberalen Bewegung — um Kaviar für eine Handvoll Feinschmecker, sondern um die Befriedigung großer Massen; und es war eine Proletarier-Partei, der die geschäftlichen Verbindungen mit den großen Firmen fehlten. Trotz alledem gelang das Werk 12 Jahre lang — und was noch keine revolutionäre Bewegung irgend eines Landes fertig gebracht hat: das im Ausland erscheinende revolutionäre Partei-Organ war, allen Verfolgungen zum Trotz, schließlich sogar zu einer Einnahmequelle für die Partei geworden.

Welche Summe von Opfern an Freiheit, Glück und Gesundheit von den unzähligen Namenlosen bei diesem Dienste für die Partei gebracht werden mußte, davon soll hier nicht die Rede sein; wir wollen hier aus dem schweren Kampfe ein paar heitere Episoden herausgreifen.

Genosse Belli in Stuttgart, früher in Zürich, dessen Verdienste um die socialdemokratische „Feldpost“ bereits an andrer Stelle hervorgehoben wurden und der zu dutzendmalen bei diesem Dienste seine Haut furchtlos für die Partei zu Markte trug, teilt uns aus seinem reichen Schatze seiner Erfahrungen ein paar Erlebnisse mit, die auch unsern Lesern gefallen dürften.

Eine schlaue Haussuchung.

Wurde da mal gemunkelt, auf der Bodensee-Insel Reichenau bei Konstanz lagert bei dem Schreiner Grießer eine Ladung der verbotenen Ware. Plötzlich erscheinen ein Amtsrichter mit Gendarmen ꝛc., um Haussuchung zu halten. Wohnung und Werkstatt werden besetzt. Die Fenster gingen nach Süden auf den Bodensee hinaus. Die Sonne schien herein und das störte den suchenden Amtsrichter. Er befahl, die Rouleaux herunterzulassen. Dadurch gelang es einem der Söhne des Hauses unbemerkt hinauszukommen. Er schlich auf den Speicher. Dort lagerten drei Ballen, die er nun einfach zum Speicherloch hinauswarf. Den heruntergelassenen Rouleaux war es aber zu danken, daß das Herunterfallen der Ballen dem Herrn Amtsrichter unbemerkt blieb.

Der Junge lud dann die Ballen auf einen Nachen und fuhr auf den See hinaus. Die Herren suchten stundenlang und fanden nichts.

Hinter dem Hause war ein Hügel mit Gartenhäuschen und prächtiger Aussicht; allda waren auch noch einige Colli eingegraben. Gr. lud die Herren dorthin zu einem Trunk Wein ein als Belohnung für die Strapazen und um ihnen Gegend und Ausblick zu zeigen. Später ließ er die Herren mal wissen, daß sie eigentlich auf dem Braten gesessen hätten. Als die Gesetzeshüter wieder fort waren, kam auch der Junge wieder vom See zurück und die Sache wurde dann ohne Anstand fortgeschafft.

* * *

Meine Verhaftung.

Eines schönen Tages erhielt ich den Besuch eines Bekannten aus Immenstaad. „Du,“ sagte er mir, „gestern bist Du in Friedrichshafen verhaftet worden. Ich war gerade dort, als der Dampfer von Romanshorn landete. Der Wachtmeister, ein Freund von mir, nahm einen aussteigenden Herrn fest. Ich fragte ihn, was er da für einen Fang gemacht habe? — „Na, keinen schlechten! meinte er. Jetzt haben wir endlich den lange gesuchten Belli, der alle Grenzen mit seinem socialdemokratischen Schriftenschmuggel unsicher macht. — „So, so,“ sagte ich, „Du, das ist aber der Belli nicht, denn den kenne ich zufällig.“ — „Doch, doch,“ meinte der Wachtmeister, „der Verhaftete protestiert zwar auch dagegen, daß er Belli heißen soll, aber es stimmt ganz genau mit dem Signalement, auch ist uns gemeldet, daß er heute kommt.“

Nach kurzer Zeit wurde der Fall aufgeklärt und der Pseudo-Belli konnte wieder gehen.

* * *

Mißglückte Spionage.

Mein Nachbar in Kreuzlingen hatte einen Lehrjungen, der mit einem Polizisten in Konstanz verwandt war. Der Polizist instruierte den Jungen, sich mit meinem Jungen ins Benehmen zu setzen, um allemal zu erfahren, wann und wohin ich verreise. Daß auf dem Bahnhof in Kreuzlingen ein Schweizer Beamter den Auftrag hatte und auch unschweizerisch genug war, es zu thun, allemal Meldung an die Konstanzer Polizei zu machen, wenn ich dort einstieg, das wußte ich. Ich ließ nun dem Jungen sagen, daß ich am Donnerstag nach Romanshorn und dann Friedrichshafen fahre. Ich kaufte auch in Kreuzlingen ein Billet nach Romanshorn. Daß das hinübergemeldet wird, das wußte ich ja und es wurden auch richtig zwei Polizisten nach Friedrichshafen beordert, um mich dort in Empfang zu nehmen. Ich stieg in Kreuzlingen ein und verließ in Münsterlingen, der ersten Station nach Kreuzlingen, den Zug, um zu Fuß wieder nach Hause zurück zu gehen. Fuhr aber dann entgegengesetzt über Schaffhausen ins Elsaß, wo ich die schon vorausgesandte Ware glatt distribuierte.

In Friedrichshafen hatte man mich natürlich vergebens erwartet. Am Abend ging mein Junge an den Konstanzer Hafen, um die Gesichter der zwei ausgesandten Späher zu sehen. Diese wußten freilich, als sie mit dem Schiff kamen, dem sie erwartenden Wachtmeister nichts andres zu berichten, als: „er isch nit kumma“.

* * *

Der hilfsbereite Polizist.

In Waldsee im schwäbischen Oberland saß ich einmal in einer Brauerei und machte meine Pakete, den Rest, den ich noch hatte, fertig zur Post. Da kam ein Polizeier mit einer Bestellung an den Wirt. Er unterhielt sich mit mir und ich zahlte ihm einen Schoppen und fragte ihn aus über einige Firmen, mit denen ich angeblich Geschäfte machen wollte. Ich war natürlich Reiseonkel. Dann fragte ich ihn, wo die Post sei und als er sah, daß ich etwas schwer zu schleppen hatte, nahm er die Hälfte der Sachen selbst und trug sie mit bis an den Postschalter. Ich danke diesem Wackern heute noch.

* * *

Ein Schlauberger im Polizeirock.

Auf einer Rückfahrt nach gethaner Arbeit promenierte ich auf dem Perron in Radolfzell und erwartete den Verbindungszug. Ein Konstanzer Schutzmann, Kurz hieß der gute Mann, that dasselbe. Er musterte mich fortgesetzt und als ich einstieg, kam er auch mir in mein Coupé nach. Hier betrachtete er mich nochmals von unten bis oben. Endlich faßte er sich ein Herz und fragte mich: „Nicht wahr, Sie sind Herr Belli?“ Ich bejahte und dann meinte er: „Mit Ihnen ist etwas nicht in Ordnung. Ich glaube, es hat etwas im Fahndungsblatt gestanden. Sie sind ein socialistischer Agater, jetzt weiß ich nicht, soll ich Sie verhaften oder nicht.“ Ich sagte ihm nun: „Herr Kurz, das ist sehr einfach. Wenn wir nach Konstanz kommen, dann ist dort, wie immer, wenn ein Zug ankommt, der Wachtmeister auf dem Perron. Da fragen Sie ihn dann eben, was zu thun sei mit mir.“ — Damit war der Biedere zufrieden. Der Wachtmeister war auch richtig am Perron. Kurz stieg schnell aus und ging auf ihn zu. Ich stieg aber auf der andern Seite auch schnell hinaus, ging den Zug entlang neben dem Geleise hinauf und war am Ende des Zuges dann gleich auf Schweizer Gebiet, während die zwei Polizisten wie toll den Bahnhof absuchten.

* * *

Auf der Bahn signalisiert.

Eines schönen Tages gab ich auf einer Güterhalle einer elsässischen Station zwei Kisten auf und schrieb eben auf dem Bureau die Frachtbriefe dazu, da kam ein Gendarm angeritten, stieg ab und begab sich ins Nebenzimmer zum Bahnmeister. Durch die offene Tür hörte ich, wie er die Meldung machte, daß ich unterwegs sei und man vermute, daß ich Waren aufgeben werde. Wenn ich komme, solle man mich festhalten. Als er herauskam, fragte der Assistent auch noch nach der „Affair“ und ich frug mit. Als er uns erzählt hatte, was er wußte, forderte ich ihn auf, den Kerl unbedingt nicht entwischen zu lassen. „Dafür habe ich gesorgt“, sagte er triumphierend und ging. Leider wurden diese beiden Kisten an den Ankunftsorten in Kaufbeuren und in Frankfurt beschlagnahmt. Nachträglich hat man es also doch gemerkt, daß ich der Gesuchte gewesen sein mußte.

* * *

Adressen versehen und als der Mond eine Stunde später mit aufgeblasenen Backen neugierig auf uns herabglotzte, verdufteten die nächtlichen Gesellen einer nach dem andren schwer mit Paketen beladen durch das Hinterhaus. Die ersten Eisenbahnzüge brachten den über das ganze Reich verstreuten Eigentümern bereits die Sendungen. Vom Empfang des oberpostamtlichen Befehls bis zur völligen Expedition waren kaum 24 Stunden verflossen, selbst von den Kisten war keine Spur mehr vorhanden. Alles ging glatt, wir waren seelenvergnügt.

Es mußte im großen Expeditions-Mechanismus wieder einmal ein Rädchen gebrochen sein, denn schon des folgenden Tages wurde uns eine weitere Sendung signalisiert. Unmittelbar darauf folgte aber die betrübende Nachricht, daß Verrat im Spiele sei. Wir versuchten zwar mit der größten Vorsicht die Rettung der Sendung, aber das Porzelain war diesmal verloren, wir mußten es leider schwimmen lassen, die Polizeiers angelten es bereits. Das war zwar recht schlimm, aber es war noch nicht das schlimmste. Es begannen nunmehr die Nachforschungen nach dem Adressaten, zugleich aber auch nach den zuvor bereits expedierten Kisten; unser „Fallstaff" bescheinigte nämlich den Empfang der letzteren als „Friedrich Meyer". Die polizeiliche Spur führte nach Ludwigshafen, allwo solche Schandthaten „ortsbehördlich bekannterweise" schon öfters vorgekommen sein sollten. In ihrem unergründlichen Scharfsinn begannen Polizei und Gendarmerie nunmehr zu haussuchen; wo sollten sie anders suchen als bei dem „Friedrich Meyer"; deren gab es aber mehrere; sie hatten deshalb alle das Vergnügen, behaussucht zu werden, als aber bei den Friedrichen nichts, gar nichts entdeckt wurde, ging's an die übrigen Meyer, mit dem gleich negativen Erfolge. Ganz zuletzt machte die findige Polizei aber doch eine Entdeckung bei einem der Meyers resp. bei dessen Ehefrau. Als die ärmste nämlich der grünberockten kgl. bayrischen Gendarmen ansichtig wurde und diese ihr bedeuteten, daß sie eine Haussuchung vornehmen wollten, geriet das arme Weib in furchtbare Angst, in ihrem Schreck wehklagte sie und gestand reumütig ihre Schuld. Des Hausherrn ungetreue Dienstmagd hatte ihr nämlich „Seefe aufgedrungen", die der Herrschaft gestibitzt worden sei, sie überantwortete unaufgefordert den verdutzt dreinschauenden Gendarmen das Vierpfundpaket und bat reumütig um Gnade, da sie ja nur von dem gottvergessenen Weibsbild in das Unglück gestürzt worden sei. Seife hatten die bewaffneten Vollstrecker des famosen Ausnahmegesetzes allerdings nicht gesucht, da sie aber nichts andres, namentlich nichts Verbotenes fanden, begnügten sie sich gerne mit der „Seefe". Die Aermste wurde später zwar nicht wegen Verbreitung verbotener Druckschriften, sondern wegen Hehlerei bestraft, sie konnte sich glücklich preisen, als sie nachweisen konnte, daß sie und die ganze Familie völlig sozzenrein waren, ansonsten wäre ihre Strafe gewiß etwas härter ausgefallen.

Inzwischen rochen wir Lunte, daß man unsrem Fallstaff auf den Fersen war. Eine Bierhebe glaubte nämlich unsre nächtliche Expedition bemerkt zu haben und denunzierte uns, sie wollte sich an ihrem Herrn rächen. Es galt für uns zunächst, den Wirt zu schützen, der zweifellos seine Konzession eingebüßt hätte. Er war kein Genosse, umsomehr hielten wir uns verpflichtet, ihm Unannehmlichkeiten vom Halse zu halten. Der einzige Weg bot sich uns dadurch, daß Fallstaff ausreißen mußte. Dieser sträubte sich zwar ganz entschieden dagegen, er wollte nicht als Feigling gelten, indes der Bien mußte! Ein halbes Jahr irrte unser armer Freund in der Schweiz und den deutschen Vaterländern, dem größten Verbrecher gleich, umher. Unglücklicherweise fanden um jene Zeit beständige Razzias auf den Herbergen nach Complicen des Frankfurter Rumpf-Mörders statt. Ebenso sorgenvoll, wie er des Abends sich zur Ruhe gebettet, erwachte Fallstaff des Morgens. In wehmütigen Briefen bestürmte er uns um die Erlaubnis, wiederkommen zu dürfen; wir versagten es ihm. Schließlich traf er nächtlicherweile ohne unsren Konsens, aber zu unsrem größten Schrecken ein. Wir einigten uns und des andren Morgens trabte der Missethäter freudigen Herzens zum Staatsanwalt nach Frankenthal und zugleich selbstverständlich ins Loch. 90 Tage harrte er resigniert seines Urteils. So lange brauchte der Ankläger nämlich, um zu konstatieren, daß Fallstaff der einzige und alleinige Verbrecher war. Endlich kam der Tag der Erlösung, nur zu zwei Monaten wurde er verknurrt, er hatte also einen Monat zu viel gebrummt; da er dem Staate nichts schenken wollte, so nahm er in seiner urwüchsigen Gutmütigkeit an, daß er nunmehr für den zu viel abgemachten Monat aufs neue sündigen dürfe, und er hat's gethan, er hat dem Staatsanwalt mit Zinsen und Zinseszinsen Vergeltung geübt.

Wir wurden zu jener Zeit von unsrer Polizei viel geplagt, aber wir übten nach besten Kräften Revanche. Wenn alles bei uns recht sauber war, dann wurden unsre Polizeier auf den Trab gebracht. Wenn sie so Tag und Nacht in Aufregung waren, die Zugänge der Stadt, die Postschalter und Briefkasten bewachten und nichts fischten, dann stellten sie ermüdet ihre undankbare Arbeit ein, und nun begann stets unsre Thätigkeit. Da auch die Post vielfach in Konnex mit der Polizei arbeitete, so bedurfte es bei Verbreitungen von Kreuzbandsendungen eines außergewöhnlichen Mittels. So waren die Flugschriften ꝛc. in Couverts und Streifbändern bald mit dem Aufdruck eines Krieger- oder landwirtschaftlichen Vereins, bald mit der Firma der badischen Anilin- und Sodafabrik oder eines andren ordnungstreuen Unternehmens gehüllt, es klappte fast immer, aber stets entleerte die bürgerliche Presse einen großen Kübel sittlicher Entrüstungsjauche über die elenden Missethäter. Die gemißbrauchten Firmen verwahrten sich hoch und teuer, daß sie mit solch freventlichem Inhalt nichts gemein hatten. Alle wollten sie kein Verständnis dafür haben, daß wir im Krieg mit der Gesellschaft standen, der von dieser mit gemeinen Mitteln gegen uns geführt wurde, sie wollten nicht begreifen, daß wir im Kampfe um unser heiliges Recht all jene Mittel benutzten, die uns zur Propaganda als geeignet schienen, die aber namentlich unsren Zweck förderten, das infamste aller Ausnahmegesetze allgemein verächtlich zu machen und zu Fall zu bringen.

Es wurde immer toller. Polizei und Gendarmerie reichten nicht mehr aus. Aus den guten jungen Bürgern und Bürgersöhnen wurde eine Hilfspolizeitruppe gebildet, die in der Jagd auf Rotwild gedrillt wurde. Das Abzeichen war eine blauweiße Armbinde. Selbstverständlich traten nunmehr mit diesem polizeilichen Massenaufgebot auch Massenhaussuchungen ein, aber sie waren stets ohne jeden Erfolg. Früher als es den polizeilichen Arrangeuren lieb war, erkaltete das Feuer der freiwilligen Polizei, sie schämten sich ihrer Aufgabe und begannen sich zu drücken.

Unser Heim war stets polizeirein, nur eine Stelle hatten wir, die niemals bei einer Razzia vergessen wurde, die uns aber immer Bauchzwicken verursachte, das war bei unserm „Fallstaff". Er hatte mittlerweile selbständig eine Schusterei angefangen. In einem auf einen großen Garten mündenden Hinterhause hämmerte und pfriemte er drauflos. Es war eine Lust ihm zuzuschauen, wenn bei der Razzia ein ganzes Rudel ordentlicher und unordentlicher Polizeier in seiner Klause einschneite. „Der dicke Fallstaff" saß alsdann vergnügt, als tanzten Elfen um ihn, auf seinem Holzthron, er hatte es mit der Arbeit so wichtig, daß er keinen Moment den seinen Raum bis auf den diskreten Strohsack durchwühlenden Belästigenden widmen konnte. Ein centnerschwerer Berg von alten zerrissenen Schuhen und Stiefeln lagerten um ihn, auch diese wurden einer peinlichen Untersuchung unterzogen, dabei teilweise ihres Staubes entledigt. Als schließlich die Schnüffler schmutzig und bestaubt des Junggesellen Wohnung von außen schlossen, dann drehte er ihnen lustig eine Nase, er hatte alle Ursache dazu. Unter seinem Thron war nämlich der Fußboden ausgehöhlt und ein Lager von „Verbotenem" errichtet; es war zuweilen sehr umfangreich, eine Entdeckung hätte uns schwere Stunden bereiten müssen.

Das interessanteste Bild boten unsre Versammlungen. Da jede öffentliche Regsamkeit verboten war, so mußten wir im geheimen tagen. Unser beliebtester Versammlungsplatz war eine Stelle am Ufer des Rheins; dort wo jetzt der Hafen mit seinen großen Anlagen errichtet ist, waren damals noch Löcher und Gräben, die mit ausgehöhlten Weidenstämmen bewachsen waren. Eine sumpffreie Stelle wurde ausgewählt. Zuvor erhielt die Polizei in der Regel eine vertrauliche Mitteilung, daß an einem entgegengesetzten Ende der Stadt etwas vorgehe, wir waren von der Seite aus ungeschoren. Wenn Finsternis eingetreten, dann erst rückten die Obleute mit ihren Gruppen aus den verschiedensten Richtungen kommend, in aller Stille heran. Hier entwickelte sich mehrere Jahre lang und stets ohne Störung, ein Stück Ludwigshafener ja vorderpfälzischer Parteigeschichte. Einstmals, es war bei dem die Gemüter erregenden Dampfersubventionsstreites, wurde die Stelle sogar an einem Sonntagnachmittag mit Erfolg benutzt. Ruhig wie wir gekommen, verließen wir stets vergnügt unsren Weidenstumpf.

Etwas ungemütlicher wickelten sich die sogenannten öffentlichen Versammlungen ab. Jahrelang war uns auch hier jede öffentliche Bethätigung rücksichtslos verboten. Wir halfen uns dabei so gut es ging mit dem Frage- und Antwortspiel. An einem Ende des Lokals nahm der Referent Platz, am entgegengesetzten Ende ein Wißbegieriger, der an den Referenten laute Anfragen stellte. Die vorher kartenspielenden Gäste wurden ruhig, der befragte Genosse konnte seine Antwort derart geben, daß auch die übrigen Zuhörer, die mit Vergnügen die Karten beiseite legten, den Ausführungen lauschen konnten. Eine solche Unterhaltung bleibt mir in steter lebhafter Erinnerung, es war in Oggersheim. Der alte Schädler (Vater des jetzigen Centrumsabgeordneten) waltete dort als einer der Gestrengsten seines Amtes als Polizeikommissarius. Die von uns einberufene Versammlung war selbstverständlich verboten. Wir erwirkten indes von Schädler, daß die große Anzahl der Versammelten sich in dem Saale zu einem gemütlichen Beisammensein niederlassen durften. Ich lies mich in Ermangelung eines andren Platzes auf dem Klavier nieder. Von dem entgegengesetzten Ende des Saales wurde ich gefragt, was ich von dem unterdrückten Centrum und den nahe bevorstehenden Reichstagswahlen halte. Kopf an Kopf drängte sich die Masse, unter ihnen selbstverständlich der alte Schädler. Ich begann zu erzählen, aber es war von außen her noch etwas unruhig. Da hob der Kommissarius in seiner ganzen Würde mit schneidender Stimme zu befehlen an: „Ruhig da draußen, wer nichts hören will, soll verduften!" Und es trat eine wundervolle Ruhe ein, just als wäre es eine wirkliche Versammlung. Etwa 3/4 Stunden hatte ich zur Beantwortung der Frage verwendet, donnernder Beifall lohnte mein „Tischgespräch". Es hätte kein Hahn nach diesem geselligen Zusammensein gekräht, wenn nicht andern Tages die liberale Presse in einer Notiz der hohen Behörde kund und zu wissen gethan hätte, daß wir Ordnung und Gesetz umgangen und die Polizei verhonipelt hätten. Schädler wurde darob zur Verantwortung seiner Haltung an die Regierung nach Speyer berufen. Er versicherte mir später allen Ernstes, daß er nie mehr ein solches Tischgespräch dulden werde, denn er habe am grünen Tisch eine lange Nase erhalten. Wir haben darob dem Alten, der sich jahrelang schwer an uns versündigte, gern alle Sünden vergeben. Ich kam schon um deswillen mit einem blauen Auge davon, als mir ja der Schutz der kgl. bayrischen Behörde in meinem frevelhaften Thun zur Seite stand.

Je näher wir der Reichstagswahl entgegenrückten, um so mehr spitzten sich die Dinge zu. Ganz besonders war das in Ludwigshafen der Fall, wo jede Spur einer Versammlung unterdrückt wurde. Der Pächter zu den „Drei Mohren" stellte uns zu jeder Zeit seinen Saal bereitwilligst zur Verfügung. Fast jede Woche beriefen wir eine neue Versammlung ein, jedesmal erfolgte kurz vor dem Termin das prompte Verbot derselben. So nahte denn der letzte Sonntag vor der Wahl heran, an dem wir wiederum auf nachmittags drei Uhr eine Wählerversammlung einberiefen. Ein freisinniger Buchdrucker stellte uns des Morgens seine Typen und Maschine — eine Handquetsche — zur Verfügung, wir schusterten auf derselben, so gut es eben ging, selbstverständlich im Auftrage von „Hottingen-Zürich", höchst eigenhändig ein kleines Flugblatt zusammen, in dem wir feierlichen Protest gegen die maßlose Vergewaltigung der Regierung einlegten. Plötzlich kam der als Posten von uns aufgestellte Genosse atemlos hereingestürzt und machte uns die wenig erfreuliche Mitteilung, daß soeben Militär in die Stadt einrücke. Richtig vernahmen wir alsbald den unheimlichen dumpfen Massenschritt; ein Bataillon der Landauer Infanterie zog feldmarschmäßig, mit scharfen Patronen ausgerüstet, an uns vorüber. Auf einem öffentlichen Platze wurden die Schießprügel in Pyramiden gestellt. Patrouillen ordneten sich zum Ausmarsch. Wir aber druckten, wenn auch etwas beklommen, ruhig weiter. Des Mittags traf noch ein weiterer Trupp Soldaten ein. Die Lage war nun, dessen waren wir uns bewußt, sehr ernst. Um drei Uhr sollte unsre verbotene Versammlung beginnen, der Saal war aber längst schon mit Militär besetzt. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in der Umgebung, besonders auch in Mannheim, die Nachricht von dem Ludwigshafener Belagerungszustand, denn es war thatsächlich ein solcher. Nach vielen Tausenden strömte die Volksmasse mit Kind und Kegel in die Stadt. Die Hauptstraße, in der sich auch die „Drei Mohren" befanden, war von einem vieltausendfachen Menschenknäuel besetzt. In der nächsten Straße war das Militär gegen uns aufgestellt. Pünktlich um drei Uhr holten wir unsren Kandidaten Genossen Dreesbach aus Mannheim ab, er war damals von einer schweren Erkrankung soweit hergestellt, daß er in Decken gewickelt den Transport gerade noch mit Mühe aushalten konnte. Als der Wagen die Rheinbrücke und das Ludwigshafener Gebiet passierte, da ertönte ein vieltausendstimmiges Hoch auf unsern Kandidaten und die Socialdemokratie. In lauten Verwünschungen erging sich das Volk und zwar fast ausnahmslos über die Polizei bis hinauf zum Polizeiminister. Nunmehr flatterten auch unsre des Morgens hergestellten Flugblättchen, von den Dachstuben herabgeworfen, zu vielen Tausenden in den Lüften. Langsam nur konnte sich unser Wagen durch die Menge bewegen. Wir fuhren ruhig durch die Hauptstraße der Vorstadt Friesenheim zu. Die ungeheure Volksmenge wälzte sich nach. Hinter diesem Menschenstrom marschierte das Militär mit gefälltem Bajonett. Wir befanden uns in höchster Aufregung. Wohl hatten wir unser heiliges Recht für uns, allein auf der andern Seite war die brutale Gewalt; es wurde uns mitgeteilt, daß es in Friesenheim zum Zusammenstoß kommen sollte, was gleichbedeutend mit einem furchtbaren Blutbad gewesen wäre. Da ohnedies unser Zweck, gegen die Regierungsgewalt zu protestieren, erreicht war, so machten wir an der Peripherie der Stadt eine Wendung und alsdann Halt! Hier erhoben wir unsren kranken Kandidaten im Wagen, mit dem Aufgebot all seiner Kräfte sprach er mit durchdringender Stimme zu der Menge, die einzig richtige Antwort am folgenden Wahltage zu geben, sich nunmehr nach allen Richtungen ruhig zu zerstreuen und jeder Provokation aus dem Wege zu gehen. Noch ein die Lüfte durchzitterndes Hoch und unsre Ordnungsmannschaften traten in Thätigkeit, die Masse löste sich auf, unser Kandidat fuhr erschöpft in geschlossenem Wagen auf Umwegen nach Mannheim zurück. Für uns — die Ohrenzeugen — begann aber nun ein schwer Stück Arbeit. Wir mußten dafür sorgen, daß die Soldateska keine Arbeit bekam, und es gelang uns dies im vollkommensten Maße. Als das Militär in Friesenheim eintraf, war der Ort von Arbeitern frei wie ausgestorben. Enttäuscht zog das Militär wieder heimwärts. Des Abends gegen 9 Uhr wurden die verkehrsreichsten Straßen ohne allen Grund militärisch abgesperrt, die von Mannheim zurückkehrenden Theaterbesucher vom Militär in seinem Thatendrange in rohester Weise belästigt. Unsre Vertrauensleute eilten von Wirtschaft zu Wirtschaft, die alle besetzt waren, zur Mäßigkeit mahnend, daß nicht etwa der Alkoholteufel uns einen Strich durch die Rechnung mache. Unser Bemühen war von Erfolg gekrönt. Verhaftungen wurden wohl in großer Zahl vorgenommen, Gefängnisse und Wachtlokale reichten nicht aus, all die Herbeigeschleppten ohne Geschlechts- und Standesunterschied zu fassen, aber keiner der Unsrigen war dabei. Groß war die Niederlage der Ordnungsgesellschaft, als sie andern Tages nicht eine einzige der vielen Verhaftungen aufrecht erhalten konnte, als nicht einmal ein Grund für ein Strafmandat vorlag. Erst des Nachts um 2 Uhr trennten wir uns, im Schweiß bis auf die Haut durchnäßt, um unser Heim aufzusuchen. Des andern Abends hatten wir in die Vorstadt Blumenheim eine Versammlung einberufen, auch sie war selbstverständlich verboten. Das Militär folgte uns wie Tags zuvor. Allein der Ortsbürgermeister erwartete das Militär an der Ortsgrenze und protestierte gegen dessen Einrücken, er wolle, sagte er, Frieden in seiner Gemeinde haben, der werde aber vom Militär gestört werden. Nachdem das Militär noch etwa zwei Stunden die Landstraße belagert hatte, zog es mißmutig wieder nach Ludwigshafen zurück. Des andern Tags fand die Reichstagswahl statt. Das Resultat war ein für uns günstiges, unsre Stimmenzahl hatte sich gegen all unsre Erwartung vermehrt, wir kamen in die Stichwahl!

Wir hatten nun das Vergnügen, unser Militär noch weitere zehn Tage, bis zur Stichwahl zu beherbergen, aber ruhig wickelten sich die Dinge nunmehr ab. Hätten unsre Ordnungsverteidiger nicht durch ihr beständiges Patrouillenlaufen sich der Einwohnerschaft in Erinnerung gebracht, so hätte niemand von ihrer Aufgabe weiter Notiz genommen. Der Patrouillenaufmarsch machte sich besonders des Nachts in unheimlicher Weise bemerkbar. Vor meiner Wohnung machten sie sich alle zwei Stunden zu schaffen. Kaum vierzehn Tage verheiratet, hatten wir unter solchen Umständen recht sonderbare Flitterwochen. Endlich war auch die Stichwahl beendet. Wir fielen selbstverständlich durch. Das Militär nahm von seinem wenig rühmlichen Operationsfeld schleunigst Reißaus. Zum Schießen hatte es keinerlei Gelegenheit, nur in zwei Fällen hatten sich Soldaten aus Versehen gegenseitig angeschossen, einer erhielt dabei einen Denkzettel für sein ganzes Leben. Nunmehr kam die Begleichung der Zeche, niemand wollte die Soldaten gerufen haben, niemand sie bezahlen, es bedurfte langer Verhandlungen und Prozesse bis die Saalbesitzer, bei welchen das Militär einquartiert war, entschädigt wurden. Der Katzenjammer trat aber bei unsern Gegnern in augenscheinlicher Weise ein. Vom Regierungspräsidenten bis herab zum Polizeikommissar erkannten sie, welche unverantwortliche Eselei sie begangen. Alle waren sie bis auf die Knochen blamiert.

Von dieser Zeit ab trat auch eine Wendung zum Besseren ein, ab und zu wurde eine Versammlung gestattet, selbst einen Wahlverein zu bilden, hatte man uns gnädigst erlaubt. Die Thatsachen haben auch selbst den vernageltsten Sozzenfressern gezeigt, daß mit dieser Art Socialistenbekämpfung sie nichts zu erreichen vermochten. Wir arbeiteten ruhig und unverdrossen, einig unter uns, weiter — von Erfolg zu Erfolg. Hatten wir 1884 auch noch keinen positiven Sieg zu verzeichnen, so sind sich die älteren Genossen, die jene brenzlichen Tage mit erlebten darüber einig, daß durch jene brutale Aechtung der Arbeiter ein beträchtlich Teil zu unsern späteren Siegen vorgearbeitet wurde, daß unsre Gegner, die Regierung mit ihren Organen dazu allerdings gegen ihren Willen, ihr redlich Teil beigetragen haben, darüber mögen sie sich alsbald gewiß selbst klar geworden sein.

F. Ehrhart.

Unerwartete Hilfe.

Die Hüter des Gesetzes waren aber mitunter auch einmal recht anständig. Auch das soll gesagt werden. Auf einer badischen Station sah mich einmal nach gethaner Arbeit ein Wachtmeister, der mich kannte. B. mache schnell, daß du auf den Zug nach Basel kommst, sagte er mir. Ich war aber auch gerade im Begriff es zu thun.

Einmal lief ich auf dem Perron des Bahnhofes in Schaffhausen auf und ab, um den Genossen Adolf Geck zu erwarten. Da hörte ich hinter mir meinen Namen nennen. Ich drehte mich um und sah zwei Grenzer, einen deutschen und einen schweizer. Ich fragte, was man von mir wünsche und da sagte mir der deutsche Grenzer, daß er seinem Kollegen soeben erzählt habe, daß ich vor einiger Zeit in Singen in den Etzwyler Zug umgestiegen sei, da habe ihm der dortige Gendarm gesagt: „Das ist der B., der die socialdemokratischen Sachen besorgt, den sollte man festnehmen, aber mir fährt er wohl davon." Auch diesem Braven sei es noch gedankt.

* * *

Eine neugierige Beamtenfrau.

Auf einer Station wurde die Sache allemal in Körben als Gemüse und Obst verpackt aufgegeben, nachdem der in der Nähe stationierte Grenzer, der mit uns im Bunde war, die Sache hatte passieren lassen. Da kam einmal die Frau des Stationsvorstandes zu dem Grenzer und sagte ihm, daß in den Körben, die von denen und denen immer gebracht werden, kein Obst und Gemüse sei, oder nur obenauf etwas und weiter unten socialistische Schriften. Der Grenzer fragte nun, woher sie das wisse und nun gestand die Frau, daß sie einen Korb geöffnet habe (jedenfalls wollte sie etwas mausen) und da habe sie es gesehen. Der Grenzer sagte ihr nun, daß er die Bursche, die diese Sache bringen, schon fassen werde, sie solle sich aber ja nicht unterstehen, etwas über die Sache zu plaudern, denn sonst komme ihr Mann unbedingt vom Dienst, denn es ist nicht erlaubt, Sachen zu öffnen. Somit ging es gut ab.

* * *

Ein schießlustiger Graf.

Graf Douglas besaß eine Villa am Bodensee, bei welcher wir einen hübschen Landungsplatz hatten. Eines Tages empfing er mich, als ich mit einer Bootsladung in die Nähe kam, mit der Flinte am Backen und den Worten: „Ihr Hallunken, ich werde Euch eins auf den Pelz bremen". Er vermutete wahrscheinlich, es sollte bei ihm eingebrochen werden. Na, geschossen hat er nicht. Ich ruderte wieder zurück.

Sehr angenehm waren solche Fahrten in finsterer Nacht nicht; oft mußten wir bei schwerem Sturm über den See rudern und konnten manchmal erst nichts ausrichten.

Heute natürlich, nach überstandener Gefahr, bleiben in der Erinnerung die heiteren Momente haften — die oben angeführten sind natürlich nur eine Auslese — in der Regel waren es harte, schwere Stunden, wie sich die Genossen wohl selber sagen können.

Belli.

Zwei Spitzelgeschichten.

I. Wie Wohlgemuth nicht in die Falle ging.

Am Ostersonntag 1889 wurde in Rheinfelden in der Schweiz der Mülhauser Polizei-Inspektor Wohlgemuth auf frischer That als Lockspitzel verhaftet — nicht vom Polizei-Hauptmann Fischer aus Zürich, wie Blos jüngst in der „Leipziger Volkszeitung" schrieb, sondern vom Rheinfelder Bezirksammann Baesmann. Der Polizei-Hauptmann Fischer bekam mit der Sache erst zu thun, als von dem wutschnaubenden Bismarck die Hetze gegen die Schweiz insceniert und dann in Zürich bei den Genossen Conzett und Belli Haussuchungen vorgenommen wurden, weil Bismarck mit Recht annahm, daß die Knoten der Schlinge, in der Wohlgemuth sich gefangen hatte, von dem geschickten Belli in Zürich geschlungen worden seien. Uebrigens bewährte sich auch bei dieser Gelegenheit der Polizei-Hauptmann Fischer als ein mannhafter Demokrat, der vor Bismarck nicht den Kniefchlotter bekam.

Wohlgemuth, der vor wenigen Monaten verstorben ist, war während des Socialistengesetzes beim „Socialdemokrat" in Zürich wohlbekannt. Schon zu Anfang der achtziger Jahre hatte er sich — unter dem Namen Mergenthaler — an den Genossen Belli herangemacht. Belli besaß bei Gründung des „Socialdemokrat" bis in den Anfang der achtziger Jahre in Kreuzlingen bei Konstanz ein Schuhwarengeschäft. Er besorgte von Anfang an mit virtuosem Geschick, seltener Geistesgegenwart und furchtloser Unerschrockenheit den Schmuggel des „Socialdemokrat", organisierte die „Feldpost" und wieder und immer wieder, wenn alle Löcher nach der Grenze verstopft waren, bohrte und fand Belli neue. Kein Wunder, daß an ihn die Polizei in erster Linie dachte; bei der durch das Socialistengesetz zum staatsrettenden System erhobenen Korruption hatte die Polizei alles Urteil für Ehre und Treu und Glauben verloren. Mit Geld, meinte der im Polizeischmutz grau gewordene Polizeichef in Berlin, sei alles und jedes zu kaufen. Als nun Wohlgemuth in der Mergenthalschen Verkleidung sich an Belli herandrängelte, suchte dieser ihn nach Zürich zu locken, aber dazu fehlte Wohlgemuth die Courage. Ein paar Jahre später kam er doch nach Zürich.

Dort lebte ein armer Schuhmacher H., der nebenbei auch noch „Tanz- und Anstandslehrer" war. Wenn ich nicht irre, war er Militärflüchtling, hatte also keine Ausweispapiere, konnte folgedessen nicht heiraten und lebte mit seiner Frau in sogenanntem Konkubinat. In Basel war ihm deswegen und weil seine Familie allmählich zu zahlreich wurde, so daß die Behörde sich vor Belastung ihres Armen-Etats in der Zukunft fürchtete, die Ausweisung angedroht worden, er ging nach dem toleranteren Zürich und lebte dort bei aller Armut und vieler Arbeit fröhlich und wohlgemut.

Eines Tages erschien bei der Frau H. ein „nobler Herr". Er erkundigte sich nach ihrem Mann, liebkoste die Kinder, spendierte ihnen Bonbons („Plätzlis"), frug wohlwollend nach Lohn und Verdienst, klagte mit der Frau über ihre Armut und meinte dann ganz leutselig: Er könnte ihre Lage schon verbessern; ihr Mann könnte viel Geld verdienen — und dabei hielt er der Frau die mit Gold und „Blauen" wohlgespickte Geldbörse unter die Nase — und sie solle nur ja ihrem Mann gut zureden, wenn er am Abend wiederkomme und diesem seine Vorschläge mache. Vorläufig gab er ihr „aus Wohlwollen" einen 20 Mark-Schein.

Der „noble Herr" kam wieder und wollte den armen Teufel zum Verräter werben. H. aber kam sofort zu uns nach Hottingen in die Druckerei und nun wurde nach gemeinsamer Beratung der Plan zur Entlarvung Wohlgemuths entworfen.

Die Sache zog sich in die Länge; am Pfingstsonntag 1884 erhielt ich nach Baden bei Zürich, wo die Generalversammlung des Schweizerischen Typographenbundes tagte, eine Depesche, sofort nach Zürich zurückzukommen. Ich erfuhr, daß Wohlgemuth am andern Mittag in Rheinfelden zum Rendezvous mit H. sich einfinde.

Am Pfingstmontag, morgens 5 Uhr, dampften H., Belli und ich — natürlich nicht gemeinsam — nach Rheinfelden ab. Der Rhein bildet dort die Grenze; jenseits der Brücke ist deutsches Gebiet, herrscht deutsche Polizei und deutsches „Recht", diesseits ist das „wilde Land". An der Brücke auf Schweizer Boden ist auf einer kleinen Landzunge ein Park mit prächtigem Baumbestand und herrlichem Ausblick auf den Rhein und die dort angebrachten Lachsfallen. In diesen Park sollte H. den Herrn Polizeikommissar führen und ihm dort seine Geheimnisse verraten. Belli und ich wollten dem Herrn dann einen Denkzettel verabreichen, der ihm das Wiederkommen nach der Schweiz für sein Lebetag verleiden sollte, und zum Schluß — aber erst nach geraumer Weile — sollte dann die Polizei auf der Bildfläche erscheinen und uns alle verhaften. Wir waren mit Zürcher Legitimation versehen, außerdem kannte uns der Polizist und zudem hatten wir Schweizer Bürger zur Verfügung, die uns rekognoscierten, so daß wir sofort wieder entlassen werden konnten, während der ausländische Lockspitzel erst der Oberbehörde vorgeführt werden mußte, was ja am Pfingstmontag nicht ging. Für den Fall, daß aus irgend welchen Gründen dieser Plan sich nicht durchführen ließe, weil Wohlgemuth vielleicht nicht in den Park gehe, war durch einen Rheinfelder Genossen mit dem Polizisten — einem ehemaligen Cigarrenarbeiter — verabredet worden, daß dieser — natürlich in Civillleidung — sich nach der Brauerei Dieschi begeben — dorthin hatte Herr Wohlgemuth seinen „Gewährsmann" bestellt —, dort das Rendezvous beobachten und zum Schluß dann den Mülhauser Kommissar verhaften sollte.

Wir hofften natürlich auf das „Abenteuer" im Park. Auf Umwegen einzeln dahin schlendernd, wartete jeder von uns Stunde auf Stunde — umsonst, weder H. noch Wohlgemuth ließen sich sehen. Wir saßen wie auf Nadeln, gingen hin und her, keiner kannte den andern, endlich erschien der Polizist und meinte: „Der Chaib isch no nüt cho (der Hallunke ist noch nicht gekommen)". Schließlich mußten wir uns an den Gedanken gewöhnen, daß unser Plan aus irgend welchen Gründen mißglückt sei. Am meisten ärgerte sich darüber unser braver Rheinfelder Polizist, doch tröstete er schließlich beim Abschied sich mit der Hoffnung: „Der Chaib chunt scho wieder emol; na nemet-er aber kei andere Polizist denn mi, dene Chaib will I fange." (Der Hallunke kommt schon wieder einmal; dann nehmt Ihr aber doch keinen andren Polizisten als mich, den Hallunken will Ich fangen.)

Am Abend fuhren wir mit enttäuschten Mienen nach Zürich zurück:

„Es wär' so schön gewesen,
Es hat nicht sollen sein."

aber — vielleicht war er verhindert zu kommen, sagten wir uns, wenn auch mit etwas Zweifel. Aller Zweifel war indes behoben, als H. am andern Morgen von Wohlgemuth einen Brief erhielt, der mit den Worten schloß: „Wer mich fangen will, muß früher aufstehen."

Am Ostersonntag 1889 war dann Belli wirklich früher aufgestanden; in demselben Rheinfelden, am selben Bahnhof, wo fünf Jahre früher Herr Wohlgemuth uns reingelegt hatte, ging er in die gestellte Falle, und das sittsame, fromme Preußen hatte einen seiner höheren Polizeibeamten als Lockspitzel im Rheinfelder Gefängnis sitzen. „Wühlen Sie nur tapfer darauf los," hatte Wohlgemuth an unsren Genossen Lutz nach Basel geschrieben. Der wühlte zwar nicht darauf los, sondern gab der Schweizer Regierung Gelegenheit, wieder einmal vor ganz Europa den Beweis zu liefern, daß dieselbe Regierung, die sich über die „Umtriebe" in der Schweiz beklagte, durch ihre Beamten, mit deutschem Gelde diese Umtriebe selber erst ins Werk setzen ließ.

Der auf frischer That ertappte Bismarck schäumte wie ein Berserker; die Schweiz wies den preußischen Polizeiinspektor als gemeingefährlichen Lockspitzel aus dem Lande, aber die kleine Schweiz glaubte der deutschen Regierung wenigstens die Genugthuung geben zu müssen, daß sie auch dem indirekten Urheber dieser deutschen Polizeiblamage, dem Genossen Lutz, das gleiche Schicksal bereitete.

II. Wie der Spitzel selber in die Falle ging.

Um Weihnachten 1887 herum war's; die „Eiserne Maske" hatte aus Berlin an den „Socialdemokrat" in Zürich eine Liste von Polizei-Agenten im Auslande gesandt: Namen, die zum Teil wie Oberwinder, Trautner, Ronne usw. schon längst verdächtig klangen, andre, die bisher als gute Genossen galten.

Unter letzteren war Karl Haupt in Genf. Man stutzte. Jedoch die bisherigen Informationen der „Eisernen Maske" und ihre jetzigen bestimmten Angaben bis auf die Einzelheiten des Gehaltsbezuges — alles sprach für die Richtigkeit. Um aber direkte Beweise von den Beschuldigten selber zu erhalten, wollten wir selber noch Nachforschungen anstellen lassen.

So wurde ich nach Genf geschickt. Unterwegs gestaltete sich mir ein fester Plan. Ich berief in Genf eine Anzahl alter bewährter Genossen zusammen und daneben auch Haupt. Denen teilte ich mit, daß unter den Genfer Genossen ein Polizeispitzel sei und der Zweck meines Kommens wäre, mit ihnen zu beraten, was man mit dem Kerl nun machen soll. Einer schlug dies vor, ein andrer jenes; ein dritter meinte, man solle nachts mit ihm am Ufer des Genfer Sees spazieren gehen und ihn dann bei der Gelegenheit über die Rhonebrücke in die eisigen Fluten stürzen; ein vierter wollte sich mit einer Tracht Prügel begnügen, falls der Bursche ein reumütiges Bekenntnis ablege — kurz, die liebevollsten Vorschläge kamen zum Vorschein.

Ich hatte mich so neben Haupt niedergelassen, daß ich ihn immer seitwärts vor mir hatte, ohne daß er meine Blicke beobachten konnte. Nach ganz kurzer Zeit war ich meiner Sache sicher. Haupt konnte seine innere Unruhe kaum verbergen, er litt unter der Angst, daß seine Rolle verraten sei; er wechselte die Farbe, Angstschweiß stand ihm auf der Stirn, seine Ohren waren ganz blutleer, nahezu gelb geworden. Um seiner Aufregung Herr zu werden, verschlang er ein Stück Weißbrot nach dem andern, trotzdem ihm das trockene Brot im Gaumen stecken blieb und er es fast nicht hinunterwürgen konnte. Da kam die Reihe an ihn, seine Meinung zu äußern.

Jetzt stand ich auf, legte ihm die Hand auf die Schulter und sagte: „Nun sprechen Sie, Haupt, denn Sie sind der Hallunke, von dem wir reden."

Einen Augenblick allgemeine Aufregung, seinerseits Bestürzung, dann brach er zusammen und weinte wie ein Kind. Schluchzend legte er sein Bekenntnis ab. Aber er war nicht das Opfer der Versuchung und Verführung, er hatte sich selber der Polizei angeboten; angeblich hatte ihn die Not der Arbeitslosigkeit dazu getrieben, in der That hatte ihn der leichte Verdienst gelockt. Für seinen ersten Brief, einen Bericht über eine Versammlung in Paris, in welcher Liebknecht gesprochen hatte, an der er (Haupt) aber vorsichtigerweise nicht teilgenommen hatte (natürlich um sein Alibi beweisen zu können), waren ihm 100 Fr. zugesandt worden. Dieser leichte Verdienst köderte ihn und führte ihn von Schritt zu Schritt: erst Gelegenheitsarbeiter, „Achtgroschenjunge", dann festbesoldet mit 100 M. pro Monat, die auf 125, 150 M., und zuletzt auf 200 M. monatlich stiegen.

Mit diesem Bekenntnis hatte ich vorläufig meinen Zweck erreicht; die näheren Umstände wollte ich von ihm allein hören. Wir verabredeten mit den Genossen eine Abendzusammenkunft. Den Tag über blieb ich mit Haupt allein; gebrochen, wie er war, erzählte er alles: wie Herr Kriminalkommissar v. Haake und schließlich der Kopf der ganzen Spionageschlange, der Polizeirat Krüger selber, zu ihm nach Genf gekommen seien; wie man ihn aufputschte und ihm deutlich zu verstehen gab, was man von ihm hören wolle, wie Krüger von ihm (erlogene) Berichte über „das nächste, von Genf aus vorbereitete" Attentat auf den Zaren verlangte. Haupt äußerte unverhohlen seine Meinung dahin, daß Krüger und andre gleichzeitig im Dienste der russischen Polizei standen und schweres Geld dabei verdienten; daher immer wieder die Aufforderung an ihn, die Russen und Polen zu überwachen, bei ihnen sich einzuschmuggeln, sie betrunken zu machen, um ihre Taschen und Schränke usw. zu durchsuchen usw. Auch als Militärspion war Haupt angeworben und er gab interessante Aufschlüsse über die Missionen, die ihm erteilt worden waren.

Durch ihren Reinfall bei früheren Gelegenheiten war die Polizei im Laufe der Jahre vorsichtiger geworden: Haupt mußte z. B. alle Briefe, die er von der Polizei erhielt, postwendend wieder zurücksenden. Und Haupt war nicht so vorsichtig gewesen wie sein Spitzelkollege Trautner, mit dem ich später wegen Erwerbung seines „Tagesbuches" verhandelte: Trautner hatte die Polizeibriefe alle feinsäuberlich photographiert, ehe er sie nach Berlin jeweilen zurücksandte. Haupt aber hatte somit nur noch den letzten Brief Krügers und sonstige Kleinigkeiten im Besitz, die er reumütig auslieferte.

Am Abend trafen wir in einem Restaurant mit den Genfer Genossen wieder zusammen; inzwischen hatte ich aus Zürich die Depesche erhalten, daß Spitzel Schröder und sein Polizeidynamit sicher geborgen seien. Als die Genfer Freunde hörten, daß ich Nachts über der Gast Haupts sei, übergab mir ein besonders vorsichtiger Genosse „für alle Fälle" seinen Revolver — aber ich war meiner Sache sicher: Haupt führte gegen mich nichts im Schilde, im Gegenteil, ich hatte ihn dazu gebracht, seine ganze Spitzelgeschichte in gedrängtem Memorandum niederzuschreiben. Er wurde damit in jener Nacht nicht fertig; und da ihn geschäftliche Rücksichten noch für einen oder zwei Tage an Genf banden, reiste ich am andren Morgen nach Zürich zurück, von Haupt das Versprechen in der Hand, daß er seine „Bekenntnisse" vollenden und sie am zweitfolgendem Tage selber nach Zürich bringen werde. Sein reumütiges Geständnis, überzeugte ich ihn, werde ihm die Amnestie des Züricher Landesausschusses bewirken.

Als ich mit diesem Versprechen in Zürich ankam, begegnete ich tauben Ohren und ungläubigem Lächeln, das da sagte: „Na, dich schicken wir gleich wieder mit solcher Mission". Zwei Tage später kam Haupt nach Zürich; ich holte ihn vom Bahnhof ab; beim Genossen Manz hielten wir eine Sitzung ab; Haupt brachte schwarz auf weiß den dokumentarischen Beweis preußisch-deutscher Polizei-Infamien. Mittags ging er von uns weg nach dem deutschen Verein — auf der Gemüsebrücke verhaftete ihn die Züricher Polizei und steckte ihn zu seinem Spitzelkollegen, dem Dynamit-Schröder, in Numero Sicher. Einige Zeit später stellte dann der Züricher Polizeihauptmann Fischer unsren Genossen Bebel und Singer die bekannte Urkunde über die preußische Lockspitzelei zur Verfügung, die im Reichstage so ungeheures Aufsehen erregte und schließlich die Expatriierungs-Vorlage Bismarck-Puttys zum Scheitern brachte.

Haupt wurde aus der Schweiz ausgewiesen, ging nach Argentinien, errichtete dort mit dem Judasgelde der deutschen Polizei eine Selterwasserfabrik und wurde ein vermögender Mann. Vorigen Sommer kehrte er nach Deutschland zurück, um jedem, der es hören wollte zu wiederholen, was er dutzendmale an den Genossen Liebknecht geschrieben hatte: daß er ein ehrlicher Kerl, ich aber deshalb, weil er in Zürich der Polizei in die Hände gefallen, ein Lump sei, denn ich hätte ihn treulos in eine Falle gelockt.

Richard Fischer.

Ein Abschiedsgedicht.

Am 27. September 1890 erschien in London die letzte Nummer des „Socialdemokrat". Es war selbstverständlich, daß die Redaktion in dieser Nummer nicht nur den hauptsächlichsten ihrer Mitarbeiter ein Abschiedswort verstattete, sondern auch jener gedachte, die das von der Reaktion gefürchtete Blatt dem Verbot zum Trotz tapfer verbreitet hatten. Diesen Beamten der roten Feldpost ist ein stimmungsvolles Gedicht unsres Julius Motteler gewidmet, das wir zur Erinnerung an jene Tage aus dem „Socialdemokrat" wiedergeben. Der Abschiedsgruß lautete:

Den Ungenannten Gruß und Angedenken.

Die Feder ruht, es wandert zu den Formen
Vom Winkelhaken das gereihte Blei,
Schon tritt gepanzert in des Rahmens Normen
Scharf der Gedanke auf und tadelfrei. —
Er lebt, und prüfend streift das müde Auge
Der leiblichen und geist'gen Vaterschaft,
Den ersten Abzug, ob er klar und tauge,
Wert sei der eingesetzten Lebenskraft —
Gut! — Vorwärts denn, gebaut, geklopft die Mater,
Gepreßt, getrocknet, dann zum Plattenguß
Heran, beim bleigetränkten Feuerkrater!
Fertig zum Druck! — Zur Presse, und dann Schluß. —
Schluß? — Nein, erst knallt vom rollenden Cylinder
Hinweg der Greifer seine Legion
Streitbar gerüsteter Rebellenkinder,
Dann, wohlgeordnet stürmen sie davon. — — —
Weit ist der Weg, launisch sind Sonn' und Winde,
Drum jedes Fähnlein führt sein Doppelkleid,
Taufschein und Schutzbrief hat als Angebinde
Sorgsam die rote Feldpost angereiht. —
Vorbei das Planen, Prüfen, Ordnen, Zimmern;
Voraus, — vom Ausguck flattert das Signal,
Gleich wie ein stillgeschäftig Sternenflimmern,
Hin über's Meer und fort zu Berg und Thal. —
Und tausend Treu-erfüllte Herzen pressen
Verjüngt das Blut zum arbeitsmüden Hirn,
Not und Gefahr begeist'rungsvoll vergessen,
Und — daß kein Kranz je schmückt die schlichte Stirn. —
Wohlan, was auch die besten unsrer Meister
Zur Lehr und Wehr dem Volke ausgedacht,
Was die vertriebenen, stillen Arbeitsgeister
An fremdem Port gerüstet und vollbracht —
Ihr wart's, Ihr selbstlos mut'gen Ungenannten,
Die unser Sturmzeug durch die Grenzen trugt,
Ihr, die daheim, bedroht von Büttelbanden,
Straß' auf, Straß' ab mit ihm die Schlachten schlugt. —
Euch gilt der Gruß, der letzte — freudenhelle!
Trag ihn im Sturm, der heut die Welt durchbraust,
Zu den „Verlornen" in die Kerkerzelle,
Zum Friedhof, wo die Unsren eingeklaust. —
Und nun, geschieden sei's mit froher Weise,
Das Posthorn her und bläst in Reih und Glied:
Der roten Feldpost Glück zur letzten Reise
Und ihren Reitern dieses Abschiedslied. —

J. M.

Aus der Frauenbewegung.

Welches Interesse haben die Frauen an den preußischen Landtagswahlen?

Von Louise Ziety.

I.

Preußen ist der Hort und der Schrittmacher der schwärzesten Reaktion. Und mit Recht ist es auch der Kettenhund derselben genannt worden, der nur darauf warte, losgelassen zu werden, um das Deutsche Reich zu — schützen gegen den inneren Feind. In Preußen ist die Macht des Junkertums und der von ihr abhängigen Monarchie ungebrochen. Polizei und Bureaukratie werden in ihrem Sinne beeinflußt und ausgebaut.

Vom Herrenhause und preußischen Landtage aus verkündet der Junker seinen Willen, unterstützt von den Finsterlingen des Centrums. Bilden doch Konservative und Centrum fast dreiviertel Majorität des Landtages.

Wo aber Junker und Pfaff zu entscheiden haben, da — ade Freiheit!

Daher auch das Wort im Volksmunde: Was kann aus Preußen (lies preußischen Landtag) Gutes kommen?

Grund genug für freiheitliebende Frauen und Männer des Volkes, alles daran zu setzen, diese junkerlich-klerikale Reaktions-Herrschaft zu brechen.

Infolge des elendesten aller Wahlgesetze zum Junkerhort, genannt preußischer Landtag, das nicht nur die Dreiklassenwahl, die indirekte Wahl, sondern auch noch die Oeffentlichkeit derselben und sonst noch allerlei „schöne" Sachen vorschreibt, hatten sich die Socialdemokraten bis dato nicht an der Landtagswahl beteiligt. Wohl aber sollte eine intensive Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum Landtage entfaltet werden.

Bald kam man jedoch zu der Ueberzeugung, daß die beste, lebendigste und begeisterndste Agitation nur möglich sei, wenn man zur Wahlbeteiligung aufrufe. Man beschloß also die Wahlbeteiligung. Und wahrlich der Fragen sind so viele, über die der preußische Landtag zu entscheiden hat; Fragen, die tief in das Wirtschaftsleben des Volkes eingreifen und über welche infolge des elenden Wahlgesetzes bis heute Millionen nicht mit entscheiden dürfen, daß die klare Erkenntnis dieser Thatsache, das Gefühl der Ohnmacht infolge solcher Rechtlosigkeit in unzähligen Proletarierherzen heiße Empörung, flammenden Zorn entfachen muß. Wahrlich, zeitigte unsre Wahlbeteiligung auch keinen andren Erfolg als Aufklärung zu verbreiten über das Maß der Rechtlosigkeit des Volkes und die Empörung darüber zu wecken, sie wäre des Schweißes, der Mühe, der Opfer mehr denn vollauf wert.

Gelingt es uns außerdem, hier und da einen Abgeordneten durchzubringen, so haben wir uns zudem im Junkerparlament eine Bühne erobert, von wo aus in der schonungslosesten Weise Kritik an der Junker- und Klerikerherrschaft geübt und das Volk zum flammenden Protest aufgerufen werden kann. Darum heißt jetzt die Losung: „Auf, Ihr Frauen und Männer des arbeitenden Volkes! Auf zur Agitation, zur kräftigen!

Nutzt der Junker seine wirtschaftliche Macht, seinen politischen Einfluß, das Centrum den Gewissenszwang, Kanzel und Beichtstuhl, um das Proletariat fernerhin in Knechtschaft und Elend zu erhalten, so setzen wir dem entgegen die Forderung unsres Rechts, die Macht unsrer Argumente. Und vor der Fackel der Aufklärung wird schließlich der Geist der Finsternis weichen müssen. Namentlich wir Frauen haben alle Ursache, uns an der Arbeit zu beteiligen.

Wie sehr die Frauen bei der Entscheidung über die einzelnen Fragen, über die der preußische Landtag zu befinden hat, interessiert sind, das wollen wir an einigen Beispielen im Folgenden nachweisen. Die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes liegt bis jetzt leider noch den Einzellandtagen ob. Für Preußen also dem preußischen Landtag. In Preußen besteht kein von einer gesetzgebenden Körperschaft geschaffenes Vereins- und Versammlungsrecht, sondern nur eine Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechtes.

Wie man an dem Datum und der Jahreszahl der Verordnung sieht, liebt man in Preußen das „Gute" Alte, das sich „bewährt" hat. Namentlich wenn es Verordnungen sind aus den Jahren 1849 und 50. Aus der Zeit der Konterrevolution, der Zeit des „weißen Schreckens", der Zeit schlimmster politischer und geistiger Knechtung. Der Zeit, wo das Junkertum, gestützt auf die Bajonette der Soldateska, nicht nur aufräumte mit den Errungenschaften der Märzrevolution von 1848, sondern auch grausame und blutige Rache nahm für jene Niederlagen.

Wir Frauen haben sattsam unter der Verordnung, die den Geist jener Zeit atmet, zu leiden gehabt, haben noch täglich darunter zu leiden. Und wo der Wortlaut derselben nicht hinreichte zum Kampf gegen uns, war's polizeiliche Willkür und Auslegungskunst, die ein übriges that.

Verlangt jene Verordnung doch nicht nur die Anmeldung von Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, bei der Behörde, sondern auch die Anmeldung der Mitglieder und Einreichung der Statuten solcher Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken. Gleichzeitig verbietet sie den „Frauenspersonen", Schülern und Lehrlingen die Teilnahme an politischen Vereinen.

Diese reaktionäre, vor mehr als einem halben Jahrhundert erlassene Verordnung ist nach Ansicht des Ministers v. Hammerstein und der Mehrheit des preußischen Landtages nicht nur sehr zeitgemäß, nein er wünscht sie sogar für alle Zukunft zu erhalten. Erklärte der Herr Minister doch: Es sähe traurig aus um unser preußisches Volk, um unsern preußischen Staat, wenn die leichte Erregsamkeit der Frauen gerade in öffentlichen Versammlungen das Volk bewegen sollte. Davor müssen wir uns hüten. Es soll deshalb der Polizei immer die Befugnis bleiben und sie soll scharf eintreten, sobald die Frauen versuchen, auch politisch thätig zu sein.

Was braucht auch ein preußischer Minister zu wissen, und wenn er es weiß, was braucht er darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Proletarierinnen interessirt sind, außerordentlich interessiert sind an allen Fragen des politischen Lebens. Als Hausfrau und Mutter z. B. am Zolltarif, am Militarismus — die scheußlichen Soldatenmißhandlungen, die namentlich in der letzten Zeit einen erschreckenden Umfang annahmen, haben das um so deutlicher gezeigt —, an der Socialgesetzgebung, von deren Beschaffenheit oft Leben und Gesundheit der Ihrigen abhängt. Was braucht ein preußischer Minister zu wissen, wie sehr die immer größer werdende Zahl der erwerbsthätigen Frauen persönlich interessiert ist am Arbeiterinnenschutz, der Arbeiterversicherung. Und solange den Frauen das Wahlrecht fehlt, sie umsomehr Ursache haben, durch die politischen Vereine sich einen Einfluß auf die Lösung all dieser Fragen zu sichern. Doch pardon! Den Damen der Junker steht eine Beschäftigung mit der Politik frei. Im Circus Busch hält ungehindert der Bund der Landwirte mit Damen seine Zusammenkünfte ab. Die Beschäftigung mit der Frage, wie dem dummen Volke am besten die Taschen geplündert werden, ist jedenfalls von so hohem sittlichen und ethischen Einfluß, daß den Damen ohne Besorgnis die Teilnahme gestattet werden kann. Spricht doch die Verordnung auch nur von „Frauenspersonen", nicht von adligen Damen. Wahrlich, wem ob solch' doppelten Unrechts die Empörung nicht das Blut in die Wangen treibt, den muß Mutter Natur mit Fischblut abgespeist haben.

Doch noch ebenso schlimm wie die reaktionäre Fassung ist die Auslegung und Handhabung der Verordnung. Der Fälle sind

Region, wo die Polizei in ihrer unergründlichen Weisheit und Fürsorge den Frauen die Teilnahme an öffentlichen, an Volksversammlungen verbot. All unser Protestieren und der Hinweis, daß nur für politische Vereine ein Verbot der Teilnahme für Frauen bestehe, fruchtete nichts. Gewalt geht vor Recht. Man kann sich ja beschweren! Zähneknirschend geht man nach Hause, beschwert sich, bekommt in den meisten Fällen auch Recht oder auch nicht und — beim nächsten Mal geht's oft wieder so. Dafür leben wir im Lande der „vollendetsten Rechtsgarantien". Im Arnsberger Regierungsbezirk ist auf diese Weise jahrelang den Frauen jede Teilnahme an einer Versammlung unmöglich gemacht worden.

Dann war es wieder die Segment-Rede des Ministers Hammerstein, die in unterschiedlichen Polizeihirnen eine arge Konfusion anrichtete.

Auf Widerruf war bekanntlich den Frauen ein Quentchen Bewegungsfreiheit mehr gegeben, sie durften nach Hammerstein Zuhörer in politischen Vereinen sein, wenn sie sich „nicht mit den Männern vermischten", sondern fein säuberlich ins „Segment" gingen. Preußisch-polizeiliche Schneidigkeit verwandelte das Quentchen Freiheit schleunigst in sein Gegenteil und bestimmte, in Volksversammlungen müssen Frauen ins Segment. Für die erwerbsthätigen Frauen, die es so notwendig wie das tägliche Brot haben, sich ihrer Gewerkschaft anzuschließen, war die seitens der Polizei beliebte Interpretation des Wortes Politik von verhängnisvollen Folgen.

Zahlreiche Zahlstellen der verschiedensten Gewerkschaften, namentlich des Fabrikarbeiter- und des Schuhmacher-Verbandes verfielen der Auflösung, weil sie sich angeblich mit Politik beschäftigt hatten und Frauen in denselben Mitglieder waren. In einem Falle ward die „Politik" darin gefunden, daß im Statut der Gewerkschaft der Passus enthalten war, nach Möglichkeit die — Accordarbeit abzuschaffen.

Es ward durch diese Auslegungskunst also direkt den Arbeiterinnen das hißchen Koalitionsrecht eskamotiert. Die Möglichkeit sich organisieren zu können, bedeutet aber doch für sie das einzige Mittel, sich ein besseres, reichlicheres Stück Brot, ein besseres Kleid, eine bessere Wohnung, mehr Lebensfreude, mehr Bildung, mehr Zeit zur Ruhe, zur Erholung, kurzum die Möglichkeit, mehr als Mensch leben zu können, zu erringen. Diese Möglichkeit raubt man ihr, man hindert sie durch solche Auslegungskünste an der Organisation. Wahrlich, jede Arbeiterfrau, jede Arbeiterin, die ein wenig Freiheitsdrang, ein wenig Rechtsempfinden, die ein wenig Selbst- und Persönlichkeitsbewußtsein hat, muß sich aufbäumen vor Empörung ob solcher Ungerechtigkeit und Rückständigkeit. Wieviel mehr aber noch diejenigen Frauen, die, getrieben von heißer, brennender Sehnsucht nach Freiheit, sich den Emancipationsbestrebungen des Proletariats angeschlossen und auf Schritt und Tritt die „Annehmlichkeiten" der Verordnung und ihrer Auslegung zu kosten bekommen. Hoffen wir, daß die Empörung über dies doppelte Unrecht sich umsetzt in eine um so lebhaftere Agitation zur Landtagswahl. Dem Streben der preußischen Junker nach noch weiterer Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes, wie es z. B. am krassesten zu Tage trat in der lex Recke, müssen wir die Forderung entgegenstellen: „Her mit einem einheitlichen und freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrecht für das ganze Deutsche Reich.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 3. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum 21. Oktober. — Die Krisis in Oestreich. Von Karl Kautsky. III. — Der Niedergang der britischen Industrie. Von Th. Rothstein-London. II. — Chinesische Kuli. Reise-Eindrücke von Gustav Eckstein. (Schluß.) — Die Wahlen in Serbien. Von Milorad Popowitsch. — Eine Welt-Enquete der Buchdrucker. Von D. Zinner. — Litterarische Rundschau: Leonid Andrejew, Im Nebel. — Notizen: Der Arbeitsnachweis als Kampfmittel der Arbeitgeber-Verbände. Von Emil Fischer. Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken Deutschlands und der Schweiz.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit" unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag), ist uns soeben die Nr. 22 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Auf der Anklagebank. — Die Bergkrankheit im Ruhrrevier. Von Louise Zietz. — Zur Frage der Erstattung von Invalidenversicherungs-Beiträgen im Falle der Eheschließung. Von H. Soh. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Mumu, das Hündchen des Taubstummen. Erzählung von J. S. Turgenjew. Aus dem Russischen übersetzt von L. R. Hauff. (Fortsetzung.) — Notizenteil: Der Zehnstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisationen. — Socialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1908 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der **„Wahre Jacob"** hat soeben die 22. Nummer seines 20. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Eine Sehenswürdigkeit" und „Zur Finanzreform", sowie die Illustrationen „Zu spät erkannt", „Eine feine Nase", „Das beruhigende Schloß", „Herrenrechte", „Zeitbild aus Capua a. d. Yar", „Kinder und Narren . . ." Der textliche Teil enthält die geschichtliche Plauderei „Landesvaterliebe", ferner Gedichte „§ 95", „Der nationalliberale Parteitag", „Patriotenseufzer", „Hochmut kommt vor dem Fall", „Schlummerliedchen", „Im Nebel" von Ludwig Lessen, „Das Dreigestirn", „Beuthen" von Erich Mühsam, sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen die größeren Feuilletons „Kriegsgericht", „Kasernen-Hygiene", „Menschliches — Allzumenschliches" und die Skizze aus dem Gefängnisleben „Nur einen Hut . . .!" Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Hat Christus überhaupt gelebt? Vortrag von G. Tschirn-Breslau. 18 Seiten. Verlag der Handelsdruckerei Bamberg. 1903.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

A. N. 1. In fünf Jahren. 2. Jede Strafthat verjährt für sich. 3. Nein. 4. In drei Jahren. 5. Ein Hinweis für den Fall der Nichtbeschäftigung oder dergl. Anzeige zu erstatten, kann als Erpressungsversuch erachtet werden. — **Rügener 23.** Krankenversicherungspflicht liegt nicht vor. — **Wettende 1877.** Der Zeuge muß auf Befragen alle Fragen, die das Gericht für zulässig hält, wahrheitsgemäß beantworten, also die Frage, ob er bestraft ist, mit Ja beantworten, auch wenn die Strafe nur in Geldstrafe oder in einem Verweis bestanden hat. Einem Zeugen pflegt solch allgemeine Frage nicht vorgelegt zu werden. Liegt dem Zeugen daran, daß sie ihm nicht vorgelegt wird, so wendet er sich vor dem Termin unter Darlegung des Sachverhalts (Bestrafung, Grund usw.) mit der Bitte schriftlich an das Gericht, Fragen nach seinen Vorstrafen nicht zuzulassen. Solches Gesuch hat Erfolg. Ein Angeschuldigter kann der Polizei und dem Gericht gegenüber jede Antwort ablehnen. Die Antwort wegen Strafragen abzulehnen, ist schon deshalb unzweckmäßig, weil die Strafen aus der Strafliste hervorgehen. — **1000.** Nein. — **S. O. 48.** 1. Der Witwer einer kinderlos und testamentslos verstorbenen Ehefrau erbt die Hälfte des Vermögens. Die andre Hälfte fällt den Eltern, bezw. den Großeltern und Geschwistern zu. Aber bei der Teilung erhält der Ehegatte als voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitsgeschenke. Da auch die Nachlaßschulden (Begräbnis usw.) zum Nachlaß gehören, so erbt in den meisten, wie es scheint, auch in Ihrem Fall der Ehegatte allein. 2. Ja. — **P. 33.** 1. u. 2. Ja. 3. u. 4. Nein. — **E. F.** 1. Auf Antrag ist ein Invalidenrentner von der Weiterlebepflicht zu befreien. Der Antrag ist an die untere Verwaltungsbehörde (auf dem Lande der Landrat, in Berlin Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Breitestr. 24a) zu richten. Von der Stellung eines Antrages ist abzuraten, wenn die Möglichkeit des Fortfalls der Erwerbsunfähigkeit vorliegt, insbesondere also, wenn die Invalidität Folge einer möglicherweise zu beseitigenden Krankheit ist, weil sonst spätere Ansprüche auf Alters- oder Invalidenrente beseitigt oder gekürzt werden könnten. 2. Nicht unbedingt. — **P. D.** Nein. — **Max Auer.** Die von Ihnen bezeichnete Heilanstalt gilt als eine der besten. Wollen Sie in einer andren Aufnahme finden, so setzen Sie sich mit dem Vorstand Ihrer Kasse oder mit der Versicherungsanstalt oder mit dem Roten Kreuz direkt in Verbindung. — **1913.** Eine Berufung gegen ein amtsgerichtliches Urteil in Civilsachen muß von einem bei dem Landgericht zugelassenen Anwalt eingelegt werden. In Ihrem Falle erscheint eine Berufung aber aus dem formellen Grunde aussichtslos, weil der Forstfiskus, nicht der Forstmeister zu verklagen gewesen wäre. Materiell steht Ihnen als Forstarbeiter eine 14tägige Kündigungsfrist (nicht nach der Gewerbe-Ordnung, aber nach § 623 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu, falls nicht etwa, wie Beklagter eingewendet hat und Sie zugegeben haben sollen, Sie nur für eine bestimmte Arbeit angenommen sind. Wird jemand (ländlicher, gewerblicher oder Forst-Arbeiter) nur für eine bestimmte Arbeit angenommen (z. B. Buddeln der Kartoffeln für fünf Morgen, Anfertigung eines bestimmten Spiegels, Bearbeitung bestimmter Jagen) so hört das Arbeitsverhältnis ohne Kündigungsfrist mit Beendigung der vertraglich umgrenzten Arbeit von selbst auf. — **Freie 27.** Welche Aenderungen für Krankenkassen erforderlich sind, ist in der Sonntagsnummer des „Vorwärts", 1. Beilage, unter „Sociales" ausführlich dargelegt.

Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 Uhr,

finden zur Erinnerung

an das vor 25 Jahren in Kraft getretene Socialistengesetz

14 Volks-Versammlungen

statt.

Tages-Ordnung: **Nach 25 Jahren.**

1. Wahlkreis: **Wendts Industrie-Festsäle,** Beuthstr. 20/21.
2. Wahlkreis: **Berliner Bock-Brauerei,** Tempelhofer Berg.
3. Wahlkreis: **Buggenhagen,** am Moritzplatz.
4. Wahlkreis (Südost): **Sanssouci,** Kottbuserstr. 4a.
Urania, Wrangelstr. 11.
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
4. Wahlkreis (Ost): **Böhmisches Brauhaus,** Landsberger Allee 11.
Keller, Koppenstr. 29.
5. Wahlkreis: **Schützenhaus,** Linienstr. 5.
6. Wahlkreis: **Gollubes Volksgarten,** Schönhauser Allee 101.
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
Fritz Wilke, Brunnenstr. 188.
Germania-Säle, Chausseestr. 103.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

209/10

Referenten: Genossen **Augustin, Swald, R. Fischer, Heymann, Hoffmann,** Frau **Ihrer, Ledebour,** Frau **R. Luxemburg, Manasse, Motteler, Singer, Tutzauer, Wurm, Zadeck.**

Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, recht zahlreich zu erscheinen, um so eine würdige Demonstration für den siegreichen Gedanken des Socialismus zu dokumentieren.

Die Berliner Vertrauensleute.

Charlottenburg.

Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vor 25 Jahren

(21. Oktober 1878: Erlaß des Socialistengesetzes). — Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.**
2. **Diskussion.** 204/3 **Der Einberufer.**

Centralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 23. Oktober 1903, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

der Zahlstellen Berlins und der Umgegend, sowie der Putzer, Rabitzputzer, Spanner und Cementierer Berlins und der Vororte

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal. — 2. Vortrag und Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert — ohne dasselbe kein Zutritt.

Guten Besuch erwartet **Der Zweigvereins-Vorstand.**
144/15 J. A.: **Wilh. Fritzsch.**

Kranken- u. Sterbe-Zuschußkasse der Schneider Berlins.

Sonnabend den 24. Oktober 1903, abends 8½ Uhr: 25975

Ausserordentliche General-Versammlung

in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom II. und III. Quartal 1903. 2. Kassen-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Hierdurch zur Mitteilung, daß die neu genehmigten Statuten vom 1. Oktober d. J. in Kraft treten; selbige gelangen in der Versammlung zur Ausgabe. **Der Vorstand.**

Kronleuchter-Fabrik

für **Gas, Petroleum u. elektrisch Licht** 28/18*

Siegel & Co.,
Berlin, Prinzenstr. 33.
Grösste Auswahl.
Verkauf a. Fabrikpreis. an Private. Musterbuch franko.

Land, Woche 2 M. Abzahlung. 840 qm 300 M. Bor-ort. Nur mündlich. Hermann, Blumenstr. 79. *

Rummelsburg-Boxhagen

Heute, Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokal von Weigel, Thürrschmidtstraße 45.

Tages-Ordnung:

„Vor 25 Jahren." Referent: Fr. Kotzke

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Einberufer.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 358.

Donnerstag, den 22. Oktober 1903, abends 8½ Uhr:

Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher und Optiker
in den **Arminhallen, Kommandanten-Strasse 20.**

Tagesordnung: 128/10

1. Vortrag des Rechtsanwalts **Victor Fränkel.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Central-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 22. Oktober 1903, abends 6½ Uhr:

General-Versammlung

in **Kellers** großem Saal, **Koppenstr. 29.**

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 3. Quartal 1903. 2. Der Stand der Fensterfrage und die sonstige Lage im Beruf. 3. Wahl von Vertretern zur Gaukonferenz. 4. Gewerkschaftliches. 196/17

Der Vorstand.

Achtung! **Rabitzputzer.** Achtung!

fällt aus. Die zu **Mittwoch, den 20. d. M.,** einberufene **Versammlung** An diesem Tage finden in allen Stadtteilen **öffentliche Volks-Versammlungen** statt. Wir fordern unsre Kollegen auf, Mann für Mann in diesen Versammlungen zu erscheinen.

252/19 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrerverein Steglitz

(Mitgl. d. Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität").

Sonnabend, den 24. Oktober 1903, in Richters Lokal,
Gr.-Lichterfelde, Chausseestr. 104:

Großes Herbstvergnügen

bestehend in **Reigenfahren, Vorträgen und Ball.**

Entree **25 Pf.,** Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen **50 Pf. nach.**

Der Ueberschuß fällt den streikenden Gewerkschaften oder dem am Orte bestehenden Kartell zu. 26025

Sämtliche Bundesmitglieder sind freundlichst eingeladen.

Max Kliems Fest-Säle

Hasenheide 11—13.

Jeden Mittwoch im neuen Saale: 29292*

Grosses Militär-Konzert.

Jeden Sonntag in allen Sälen: **Grosser Ball**

wozu ergebenst einladet **Max Kliem.**

Mariannen-Festsäle.

Säle zu 50, 80 und 200 Personen, hochelegant eingerichtet, sind noch **Sonnabende** und **Sonntage** im November, Dezember, Januar, Februar und März frei. **Alex Mayer, Mariannen-Ufer 2.** [30402*

Tafel-Honig

goldgelb, feiner Geschmack.
10 Pfund-**Emaille**-Eimer inkl.
3,75 M. **Gar. Zurücknahme.**
10 Pfd.-Dose Kaiser-Frucht ff.
Marmelade 3 M. inkl.
P. Napp, Swinemünde Nr. 56.

Kredit. **Monatlich** — 10 Mark — liefere **Anzüge Paletots** nach Maß. Per Kasse auch billigste Preise.

J. Tomporowski, Schneidermstr., **Prinzenstr. 55.**

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Socialistengesetz und Gewerkschaften.

Das Socialistengesetz richtete sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung, nicht nur — wie man vorgab — gegen die politische. Die immer mehr erstarkende Gewerkschaftsbewegung war der Bourgeoisie auf wirtschaftlichem Gebiete ebenso unangenehm wie die socialistische Parteibewegung auf politischem. Dazu kam, daß beide Bewegungen, wie trotz mancher Reibereien auch heute noch, untrennbar mit einander zusammenhingen. Die in der socialistischen Schule aufgeklärten und über den Charakter der modernen Produktionsweise unterrichteten Arbeiter gaben die besten Führer der Gewerkschaftsbewegung ab und die Massen der Gewerkschaftler konnten zu zielbewußtem Handeln, zur zuverlässigen Mitarbeit an den Aufgaben der Gewerkschaft hinwiederum nur erzogen werden, indem man auch ihnen klar machte, welch unüberbrückbare Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen klafft, wie sehr von einander sich die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter trennen. Wo das nicht immer wieder den organisierten Arbeitern gepredigt wird, kann auch die Organisation nicht dauernd auf eine Besserung der Lage hinwirken. Die Organisation ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Wäre es nicht wahr, daß die Verhältnisse der Arbeiter einer Aufbesserung bedürfen, dann wäre die Organisation in Gewerkschaften überflüssig. Aber wenn die Gewerkschaften über die Arbeit der Organisation die der Aufklärung vernachlässigten, wäre die Organisation nutzlos. Die Arbeiter, welche unaufgeklärt der Organisation nur durch augenblicklich wirkende materielle Vorteile erhalten bleiben, sind höchst unsichere Kantonisten, die im Kampfe gar zu leicht zum Feinde übergehen, wenn ihnen dort ein ausreichender Ersatz für die aufgegebenen Unterstützungs-Einrichtungen oder gar in Form von dauernder und besser bezahlter Arbeit noch mehr gegeben wird.

Das wissen leider nicht alle Arbeiter, das weiß aber die Bourgeoisie. Darum versucht sie heute durch ihre Kreaturen Arbeiterorganisationen zu schaffen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, und darum knüppelte sie vor 25 Jahren erbarmungslos neben der politischen auch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nieder!

Vom 21. Oktober 1878 bis zum Schluß des Jahres, im Verlaufe von 10 Wochen, verfielen der Auflösung 17 centralorganisierte und 62 lokalorganisierte Gewerkschaften, außerdem ein central- und 10 lokalorganisierte Unterstützungsvereine. So gründlich war die Arbeit, daß im Jahre 1879 nur noch eine Lokalorganisation aufzulösen war, daneben 5 Unterstützungsvereine. Man hatte mit der Gewerkschaftsbewegung vollständig reinen Tisch gemacht; nur der Buchdruckerverband blieb bestehen, freilich unter der strengsten Kontrolle der Behörden.

Natürlich versuchte man immer wieder den Aufbau der zerstörten Organisationen, man vereinigte sich in lokalen Organisationen, in den sogenannten Fachvereinen, und wenn in der weiteren Geschichte des Socialistengesetzes wieder von der Auflösung gewerkschaftlicher Organisationen die Rede ist — erst 1886 ist das wieder der Fall —, betrifft diese immer lokale Vereinigungen.

Aber nicht nur das Recht der Vereinigung war unterdrückt, auch die Versammlungsfreiheit existierte nicht mehr. Nach Erlaß des Socialistengesetzes fand bis zum Schluß des Jahres 1878 nur noch eine einzige Gewerkschafts-Versammlung in Berlin statt, eine öffentliche Tischler-Versammlung, oder eigentlich: sie fand nicht statt, denn sie wurde sofort nach der Eröffnung wegen angeblicher Ueberfüllung des Lokals aufgelöst. Im Jahre 1879 herrschte auf dem Gebiete des Gewerkschaftslebens in Berlin Friedhofsruhe; nur eine Malerversammlung und eine Versammlung der Tischler-Krankenkasse gaben der Behörde Gelegenheit zu Verboten und eine Malerversammlung wurde aufgelöst.

Im Anfang der achtziger Jahre machte sich dennoch schon wieder eine Bewegung unter den Arbeitern geltend. Die Tischler schritten in Berlin und Hannover zum Streik und namentlich die Berliner Bauarbeiter regten sich. Das gab Herrn v. Puttkamer Veranlassung, durch seinen berühmt oder berüchtigt gewordenen Streikerlaß 1886 die Behörden zum erneuten verschärften Vorgehen gegen die Gewerkschaftsbewegung zu veranlassen. 1886 wurden sofort 4 Gewerkschaften aufgelöst, 1887 folgten darauf 10, im Jahre darauf noch eine.

Aber der Streikerlaß ist auch sonst ein Dokument, das verdient, wieder einmal an die Oeffentlichkeit gezogen zu werden. Man betrachtete ihn damals und betrachtet ihn noch heute als den Gipfel polizeilicher Koalitionsbekämpfung und selbst diejenigen, welche nicht auf dem Standpunkt stehen, daß der Klassenkampf sich heute in milderen Formen abspielt als früher, meinen wohl, daß so intensiv wie unter dem Socialistengesetz die Bekämpfung der Arbeiterbewegung heute von den Behörden nicht mehr betrieben werden könne. Da ist ein Satz aus dem Puttkamerschen Streikerlaß besonders interessant. Er lautet:

„In der Mitte zwischen den nach den Strafgesetzen zu ahndenden Delikten und der erlaubten Ausübung des Koalitionsrechtes liegen nach den seither gemachten Erfahrungen Ausschreitungen, welche, ohne gerade mit Notwendigkeit unter den Begriff von Strafthaten zu fallen, doch den Charakter der widerrechtlichen Gewaltsamkeit in dem Grade an sich tragen, daß die Polizei vollen Anlaß und Beruf hat, sich ihnen auf Anrufen der durch sie Beschädigten thatkräftig entgegenzustellen. Namentlich kommen in dieser Beziehung in Betracht die bei Arbeitseinstellungen auf Seite der Arbeiter häufig hervortretenden Bestrebungen, den Arbeitgebern die Aufnahme und Durchführung des Kampfes dadurch unmöglich zu machen, daß durch alle Mittel der Ueberredung, Verführung und unter Umständen sogar der Einschüchterung versucht wird, solche einheimischen Arbeiter, welche als Ersatz für die durch die Arbeitseinstellung entstandenen Lücken einzutreten bereit sind, oder solche, die aus andern Orten herangezogen werden, von der Erfüllung ihrer freiwillig eingegangenen vertragsmäßigen Verpflichtungen abzuhalten.“

Welch ein Stümper war doch dieser Herr v. Puttkamer gegen die modernen Behörden! Was er als in der Mitte zwischen erlaubten und strafbaren Handlungen liegend bezeichnet, das Streikpostenstehen, sehen unsre jetzigen Behörden lange als strafbar an und bestrafen es dementsprechend!

Nun, auch der Puttkamersche Erlaß vermochte nicht, die Gewerkschaftsbewegung auf die Dauer zurückzuhalten. In der aufsteigenden Wirtschaftskonjunktur wuchsen zu gleicher Zeit die Bedingungen für die Gewerkschaftsbewegung, und wie die politische Bewegung der Arbeiterklasse das Socialistengesetz schon vor seinem Verschwinden von der Bildfläche überwunden hatte, war dies auch bei der Gewerkschaftsbewegung der Fall. Die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter aber bestehen fort. Auch die Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht mehr in dem Maße wie seiner Zeit die Fachvereine mit politischen Aufgaben beschäftigt, hat doch neben ihren wirtschaftlichen Aufgaben nach wie vor wenigstens ein hohes politisches Interesse, das Interesse an der Erhaltung des Koalitionsrechtes. Wie notwendig dieses gerade der Gewerkschaftsbewegung ist, haben ja die schweren Opfer in der Zeit des Socialistengesetzes gezeigt. Dieses politische Interesse der Gewerkschaften vertritt aber nur eine Partei, vertritt rückhaltlos lediglich die Socialdemokratie!

Ist die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg ein Verein?

Diese Frage beschäftigte abermals die Berufungskammer beim Landgericht I. Bekanntlich hatte die Ferienstrafkammer in der Strafsache gegen Stadthagen, der als „Vorsteher“ des „Vereins“ Agitationskommission eine Meldung unterlassen haben sollte und deshalb mit 20 Mk. Geldstrafe belegt war, am 15. August Ladung des Schriftstellers Hirsch und des stellvertretenden Polizeipräsidenten beschlossen. Die Zeugen sollten darüber gehört werden, ob, wie der Strafbefehl behauptete, es eine „Agitationskommission des Wahlvereins Teltow-Beeskow“, oder ob, wie das erstinstanzliche Urteil behauptete, es einen „socialdemokratischen Central-Wahlverein“ gebe und ob Stadthagen diesem angehöre, oder ob, wie Stadthagen behauptete, diese Gebilde Phantasiegebilde seien. Die Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsrats Casper beschloß dann, von einer Beweisaufnahme hierüber Abstand zu nehmen, weil Stadthagens Behauptungen nach den inzwischen eingegangenen polizeilichen Mitteilungen durchaus zutreffend seien. Jene Phantasiegebilde seien lediglich durch Schreibirrtum an Stelle der Bezeichnung „Agitationskommission für die Provinz Brandenburg“ getreten. In der jetzt stattgefundenen Verhandlung führte Stadthagen aus: Die Agitationskommission ist kein Verein, ich bin nicht ihr Vorsteher, die Kommission hat keinerlei Statuten, Organisation oder dergleichen und soll keine Statuten haben. Entstanden sei die Agitationskommission auf Anregung einer Provinzialkonferenz im Jahre 1892. Sie besteht lediglich aus Delegierten der sechs Berliner Wahlkreise und der beiden Wahlkreise Teltow-Beeskow und Niederbarnim. Die Delegierten sind den einzelnen Wahlkreisen Rechenschaft schuldig, haben deren Anordnungen sich zu fügen. Mit voller Absichtlichkeit sei für die Kommission die vereinslose Form gewählt. Bis zum Jahre 1899 sei es auch der Polizei nicht eingefallen, die Kommission als Verein zu betrachten. Die Versuche, sogenannte Vorsteher zu konstruieren und zur Bestrafung zu ziehen, seien bislang stets gescheitert. Er selbst sei lediglich Leiter der zwangslosen Sitzungen. Ohne eine Verpflichtung hierzu und unter ausdrücklicher Verwahrung gegen eine solche habe er der Polizei mitgeteilt, auf welchen Tag die Sitzungen anberaumt seien und wer Mitglied der Agitationskommission sei. Weitere Mitteilungen habe er, wie er schon früher als Zeuge in den andern Prozessen ausgeführt habe, unterlassen, weil Polizeibeamte versucht hatten, den Genossen Wasewitz zu bestimmen, ihnen gegen Geld Berichte zu liefern. Annahme des Amtsgerichts, „Verein ist jede dauernde Verbindung Mehrerer zur Verfolgung bestimmter gemeinschaftlicher Zwecke“ enthalte eine irrige, an eine Ausführung im Obertribunals-Erkenntnis vom 30. April 1869 sich anschließende, unzureichende und unvollständige Umschreibung des Begriffs „Verein“. Eine ähnliche Umschreibung gebe das Reichsgericht in seinem Urteil vom 2. November 1888, jedoch mit dem Hinzufügen „unter einer Leitung“. Auch hierdurch werde aber der Begriff Verein keineswegs definiert. Sonst wäre ja beispielsweise eine Familiengemeinschaft, eine Erziehungsanstalt, eine Strafanstalt, eine Kollegialbehörde ein Verein. Dasselbe gelte dann für allerlei Gesellschaften, die zweifellos keine „Vereine“ sind. Die oft angeführten Paraphrasen eines Vereins sollen nach der Ansicht des Obertribunals, des Reichsgerichts, des Kammergerichts, des Ober-Verwaltungsgerichts keineswegs eine Definition des Begriffs Verein bilden, sondern nur wesentliche Unterschiede zwischen Verein und Versammlung klarlegen. Aus einer Reihe höchstrichterlicher Entscheidungen gehe in Uebereinstimmung mit dem Sprachgebrauch und der Theorie hervor, daß für das Vorliegen eines Vereins unter anderm erforderlich sei: eine nicht zu kleine Anzahl von Teilnehmern, ferner Selbständigkeit, Vereinszweck, gewollte Unterordnung und Beziehung der Mitglieder zu dem Vereinszweck, Verfügungsgewalt des Vereins über seine Mitglieder, ein auf einen Vertrag beruhendes Rechtsverhältnis zwischen den Mitgliedern und dem Verein, eine die einzelnen Mitglieder verbindende, ihr gemeinsames Wollen umgarnende und ordnende Organisation. Das alles fehle bei der Agitationskommission. Ihre Mitglieder werden nicht aufgenommen, können nicht ausgeschlossen werden, sondern werden von den acht Wahlkreisen delegiert, stellen in ähnlicher Weise wie Vereinsvorstände oder Gewerkschaftskartelle allenfalls einen Ausschuß dieser Wahlkreise dar. Die Kommission kann und will nur einen Meinungsaustausch vornehmen und durch Ueberzeugung wirken. Die polizeiliche Verfolgung der Kommission beruhe auf dem Grundirrtum, es könnten durch gemeinsame Ueberzeugung getragene Wünsche nur durch Vereine zum Ausdruck gelangen. Das Verhältnis der Mitglieder der Agitationskommission zu einander sei ein viel lockeres als das regelmäßiger Stammgäste. Eine Aufnahme findet nicht statt, also kann sie auch nicht der Polizei mitgeteilt werden. Das Gericht erkannte nach 1½stündiger Beratung auf Verwerfung der Berufung. Die Agitationskommission sei eine Personengemeinschaft, die durch Delegationen seitens der einzelnen Kreise entstehe, die aber doch einen selbständigen Verein bilde, wenngleich sie keine Statuten habe. Das folgere das Gericht im Anschluß an ein Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts daraus, daß die Kommission einer Provinzialkonferenz alljährlich Rechnung lege, eine gemeinsamen Zwecken dienende Kasse habe und daß die einzelnen Delegierten der Wahlvereine eine weit über die Interessen dieser Vereine hinausgehende Thätigkeit entfalten. Der Angeklagte sei als Vorsteher zu erachten und habe den Wechsel der Mitglieder nicht angezeigt, die freilich in die Agitationskommission delegiert, nicht von dieser aufgenommen würden. Angeklagter habe die Thatsachen der Mitgliedschaft der Polizei zur Kenntnis bringen müssen, selbst wenn diese von dieser Thatsache bereits Kenntnis gehabt habe. — Gegen das Urteil ist Revision angemeldet. Die grundsätzlich wichtige Frage, ob die Agitationskommission ein Verein sei, wird nun endlich vor dem Kammergericht ausgetragen werden.

Prozeß Rosenstiel und Genossen.

Landgerichtsrat Höppke eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Es gelangt der Anklagefall betreffend die Bewucherung des Forstassessors W. zur Verhandlung. Wie schon erwähnt, war der Zeuge früher Besitzer eines Gutes im Ostpreußischen. Im Jahre 1901 geriet er in Zahlungsschwierigkeiten, die er durch Aufnahme einer zweiten Hypothek in Höhe von 30 000 Mark zu heben suchte. Er wandte sich zur Beschaffung dieser Hypothek an Rosenstiel, welcher auch der Sache näher zu treten versprach. Der Zeuge brauchte aber sofort Mittel und versuchte deshalb ein Gefälligkeitsaccept in Höhe von 6000 M., welches er von einem Freunde erhalten, zu versilbern. Rosenstiel versprach auch dies zu besorgen. Das Geschäft kam dadurch zum Abschluß, daß der Zeuge für den Dreimonatswechsel in Höhe von 6000 M. 4800 M. erhielt, welches einem Prozentsatz von 80 Proz. entspricht. Noch schlimmer erging es dem Zeugen bei der Begebung eines zweiten Wechsels über 6000 M. Hierfür erhielt er nur 2000 M. bar und ein Pferd, das ihm mit 1500 M. angerechnet wurde. Es sei vereinbart worden, daß dieser zweite Wechsel nur in Höhe von 4000 Mark geltend gemacht werden sollte, er sei aber in Höhe von 4500 M. eingeklagt worden. Der Zeuge giebt zu daß er bei Begebung des ersten Wechsels möglichst versucht habe, nicht den Eindruck zu erwecken, als befinde er sich in einer Notlage. Der Angeklagte Rosenstiel stellte unter Beweis, daß er sich erboten habe, dem Zeugen den Wechsel auszuhändigen, wenn dieser ihm die 2000 M. zurückgäbe. Der Zeuge behauptete dagegen, daß er dem Angeklagten Rosenstiel die 2000 M. habe zurückgeben wollen, Rosenstiel habe es aber abgelehnt. — Der zweite Wechsel ist dann in die Hände der Angeklagten Fraude und Lorff übergegangen und vom Angeklagten Kittel, der nur eine vorgeschobene Person gewesen sein soll, eingeklagt worden.

Einer der Hauptanklagepunkte betrifft die Angeschuldigten Georges und Schröter wegen betrügerischer Ausbeutung eines minderjährigen Studenten der Rechte, den Sohn eines reichen Geheimen Kommerzienrats zu Dresden. Der junge Mann war die Angeklagten um die Vermittelung eines Darlehns in Höhe von 50 000 M. angegangen und soll kolossale Opfer gebracht haben, ohne einen Pfennig Geld erhalten zu haben. Auch in diesem Falle spielt Rosenstiel eine Rolle und ebenso der kürzlich wegen Wuchers zu zwei Jahren Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe verurteilte Kaufmann Pariser. Die Angeklagten Hirschberg und Sacks sind beschuldigt, den Studenten dem Pariser zugeführt zu haben. Es stellte sich heraus, daß der Zeuge stud. jur. E., der zu heute mittag geladen war, nicht erschienen war, nach einer dem Gerichtshofe zugegangenen Mitteilung befindet der Zeuge sich zum Zwecke des Studiums in Zürich. Der Gerichtshof beschloß deshalb, diesen Fall auszuscheiden und ihn einer späteren Verhandlung vorzubehalten. Die an diesem Falle beteiligten Zeugen werden entlassen. Darauf beantragt Rechtsanwalt Dr. Ballen, als Verteidiger des Angeklagten Zieser, auch die Vertagung insoweit die angebliche Urkundenfälschung betreffend den 200 000 Mark-Wechsel und den damit verbundenen versuchten Betrug in Frage kommt. Der Zeuge Lessel habe früher schon beschworen, daß er hinzugekommen sei, als Graf Larisch soeben den Wechsel in der Wohnung Rosenstiels ausgestellt habe. Graf Larisch sei bei seinem Eintreten gegangen und freudestrahlend habe Rosenstiel ihm den noch auf dem Tische liegenden Wechsel gezeigt mit den Worten: „Sehen Sie mal, welch' ein feiner Mann der Graf Larisch ist, er hat mir einen Wechsel über 200 000 M. ausgestellt“. Der Zeuge Lessel sei so wichtig, daß die Verteidigung nicht auf ihn verzichten könne, er müsse auch ermittelt werden können. Auch der Verteidiger Rosenstiels, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, stellt neue Beweisanträge zur Entlastung Rosenstiels. Er beantragt die Ladung mehrerer Zeugen, u. a. eines, der sich in New York aufhält. — Der Staatsanwalt beantragt die Aussetzung der Beschlußfassung über diese Anträge, bis noch einmal Graf Larisch, der zu Mittwochvormittag wieder geladen ist, gehört worden ist.

Der Gerichtshof beschloß die ganze Sache zu vertagen. Die verschiedenen Anklagepunkte griffen so in einander ein, daß ein Gesamtbild von der Thätigkeit der einzelnen Angeklagten nicht gewonnen werden könne, wenn die verschiedenen Fälle getrennt würden. Wann der nächste Termin anberaumt werden könne, sei noch nicht abzusehen. Es sollen zu diesem der Zeuge Lessel und der in New York wohnende Zeuge geladen werden.

Die Angeklagten Rosenstiel, Zieser und Georges bleiben in Haft.

Partei-Nachrichten.

Nach dem Parteitage.

Ueber Revisionismus und Revolutionarismus sagt Bebel in einer erneuten Erwiderung an v. Elm im „Hamburger Echo“:

„Es handelt sich nicht um eine plötzliche Eroberung der politischen Macht und ebensowenig um die willkürliche Herbeiführung entscheidender Ereignisse — was niemand unter uns behauptet hat —, sondern um die unbestrittene Thatsache, daß, wenn auf der einen Seite die Bewegung von dem Tempo beeinflußt wird, in dem die kapitalistische Gesellschaft sich entwickelt, auf der andern Seite das Tempo der Entwicklung unsrer Bewegung wieder im höchsten Grade abhängig ist von unsrer eignen Thätigkeit. Je eifriger, je energischer, je gründlicher wir arbeiten, um so rascher kommen wir zum Ziel.

Marx hat nirgends einen Zeitpunkt festgesetzt, an dem die Expropriation der Expropriateure erfolgen solle, wie v. Elm fragt, eine Frage, zu der er um so weniger Veranlassung hatte, da wieder niemand dergleichen behauptete. Wohl aber hat Marx in der Vorrede zum ersten Bande „Das Kapital“ ausgeführt, daß, wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen sei, sie deswegen naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren könne, wohl aber die Geburtswehen abzukürzen und zu mildern vermöchte.

Man kürzt und mildert aber nicht die Geburtswehen einer neuen Gesellschaft dadurch, daß man unausgesetzt die Massen warnt zu glauben, sie seien schon stark, ihnen das Ziel in fernsten Fernen zeigt und ihnen Mut, Selbstvertrauen und Hoffnung nimmt, sondern indem man ihnen im Sinne von Marx sagt und zeigt, daß die Erringung ihres Ziels mit in erster Linie von ihnen selbst abhänge, von dem Maße ihres Eifers, ihrer Begeisterung und ihrer Erkenntnis.

Das erste thut der Revisionismus, der den Pessimismus, das schwarze Mißtrauen in das eigene Können und die eignen Kräfte schürt, und immer von der Angst geplagt wird, die Stunde möchte zu früh kommen, in der das Proletariat zur Macht gelangt; das andere thut der Revolutionarismus, der den Optimismus, die Begeisterung, das Selbstvertrauen und die Siegesfreudigkeit darstellt, Eigenschaften, ohne welche nie in der Welt ein großes Ziel erreicht wurde.“

Im „Volksblatt“ für Anhalt veröffentlicht Peus einige Artikel unter der Aufschrift „Mein Revisionismus“. Darin verwahrt er sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe hinsichtlich seiner taktischen Haltung und sagt: „Was die Resolution 130 verlangt, habe ich noch niemals verleugnet“. Er citiert Stellen aus Artikeln, die er kurz vor dem Parteitage geschrieben und worin er ausführt, daß die Beseitigung der Klassenherrschaft unser Endziel sei und sagt weiter, er habe noch nie eine Zeile geschrieben, die darauf hinausliefe, „unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik“ zu ändern.

In Wurzen sprach Lipinski in einer Parteiversammlung für den 11. sächsischen Kreis. Er verurteilte den Revisionismus als parteischädlich und verlangte, daß energisch Front gemacht werde gegen das ewige Herumdoktern an unsrer bewährten Taktik. Auch über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern sei ein ernsthaftes Wort notwendig gewesen. Der Ueberfall auf Mehring sei nur inszeniert worden, um Deckung zu suchen für die eignen Sünden. Sämtliche Redner stimmten dem Berichterstatter zu und die Versammlung schloß mit Annahme einer dementsprechenden Resolution.

In einer Kreis-Parteiversammlung des 10. sächsischen Reichstags-Wahlkreises in Döbeln wurde über den Parteitag verhandelt hauptsächlich aus dem Grunde, weil dem Abgeordneten des Kreises, Grünberg, Gelegenheit gegeben werden sollte, seine Abstimmung gegen die Resolution 130 in Dresden zu rechtfertigen. Der Delegierte Thate gab zunächst seinen Bericht und stellte sich in den beiden Hauptfragen auf den Standpunkt, daß die Auseinandersetzungen nötig und gut waren und die gefaßten Beschlüsse nützlich sein werden. Grünberg vertrat die Meinung, daß die Mitarbeiterfrage vorher in einer Kommission hätte verhandelt werden sollen und dann durch Vorlegung einer Resolution an den Parteitag erledigt werden konnte. Gegen die Resolution 130 habe er gestimmt, weil ihm der Ausdruck Revisionismus als zu unbestimmt nicht gefalle. Nach seiner Meinung arbeite der Revisionist so gut wie der Marxist nach besten Kräften für die Partei. Wir ständen alle auf dem Klassenkampf-Standpunkte.

Das Parteiprogramm erkennten alle an, in taktischen Fragen dürften wir uns jedoch nicht festlegen. Eine längere Debatte ergab nichts Wesentliches. Die meisten Redner stimmten dem Delegierten Thate zu, doch wurde auch zugleich von solchen Rednern erklärt, daß sie an Grünbergs Haltung nach seinen Aufklärungen nichts auszusetzen hätten. Einige Redner tadelten auch die Haltung der Chemnitzer „Volksstimme", während Landgraf und Grünberg diese in Schutz nahmen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Parteigenossen in Zell a. H. die zur Organisation des 7. badischen Wahlkreises gehören, ließen sich am 17. d. M. durch den Abg. Geck den Bericht vom Dresdener Parteitag erstatten. Sie erklärten sich einstimmig mit dem Beschluß der Kehler Wahlkreis-Konferenz vom vorhergegangenen Sonntag einverstanden.

Vom Dresdener Parteitags-Protokoll sind bis jetzt zwei Auflagen hergestellt, die beide vergriffen sind. Solche Orte, die ihren Bedarf noch nicht gedeckt haben, werden gebeten, ihre Bestellungen umgehend aufzugeben. Der Einzelpreis beträgt 75 Pf., gebunden 1 M. und Porto 20 Pf. Bei Parteibezug Rabatt. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Dem Dresdener Parteitage bringen auch die englischen Parteigenossen so lebhaftes Interesse entgegen, daß Genosse F. G. Jones in London am 21. Oktober in einer Versammlung über die Tagung sprechen wird.

Aus den Organisationen. Am 18. Oktober fand im Wahlkreise Bensheim-Erbach (Hessen) eine Kreiskonferenz statt, die von 29 Delegierten aus 24 Bezirken beschickt war. Von den Organisations- und Agitationsverhältnissen in diesem Kreise enthüllte die Konferenz ein seltsames Bild. Das Agitationskomitee konnte mitteilen, daß es mit 160 von den 210 Orten des Kreises Verbindung hatte. Stimmen wurden in dem Kreise für uns 3279 im Jahre 1898 und 5749 im Jahre 1903 abgegeben. Und unter solchen Umständen wurden im ganzen Kreise 10 M. für Wahlzwecke aufgebracht, und der Referent über die Frage der Agitation und Organisation im Kreise, Genosse Weinschild-Offenbach, konnte aussprechen, daß es notwendig sei, nicht nur in der Wahlzeit socialdemokratische Propaganda zu treiben. Da scheint es allerdings höchste Zeit gewesen zu sein, daß man beschlossen hat, an allen Orten des Kreises Organisationen zu schaffen und sie im ganzen Kreise straff zusammenzufassen. Ein Anfang dazu ist ja auch, wie berichtet wurde, schon gemacht worden, indem in fünf Orten des Kreises Organisationen gebildet wurden. Hoffentlich führt die auf der Kreiskonferenz durchgebrochene Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation und der dauernden planmäßigen Agitation nun auch zu ernster That.

Die socialdemokratische Presse Schwedens gewinnt immer größere Verbreitung. „Socialdemokraten", der in Stockholm erscheint, hat jetzt 15 000 Abonnenten, „Arbetet" in Malmö 12 000 und „Ny Tid" in Göteborg 6000. Diese Blätter erscheinen täglich. Dreimal wöchentlich erscheinen „Smaalands Folkblad" in Jönköping mit 4000, „Aurora" in Ystad mit ebenfalls 4000, „Arbetarebladet" in Gefle mit 3500, Oerebrokuriren" mit 3000 und „Landskrona Kuriren" mit 1800 Abonnenten. Zweimal wöchentlich: „Nya Samhället" in Sundswall mit 3000, „Lysekils Kuriren" mit 2500, „Arbetaren" in Motala mit 2000 Abonnenten. Ferner erscheint in Stockholm ein Wochenblatt unter dem Titel „Folkebladet" in 5400 Exemplaren. Das sind zusammen 12 socialdemokratische Blätter mit 62 200 Abonnenten. Außerdem werden zwei Organe der socialistischen Jugendorganisationen unter den Titeln „Brand" und „Fram" („Vorwärts") herausgegeben, jedes in 3000 Exemplaren. Die Weihnachtszeitung der Partei „Julfacklen" wird in 45 000 Exemplaren gedruckt und das Witzblatt „Karbassen" erscheint wöchentlich in 15 000 Exemplaren.

Aus Industrie und Handel.

Die Neue Berliner Omnibus-Gesellschaft beruft auf den 11. November ihre ordentliche Generalversammlung ein. Als wichtiger Gegenstand steht auf der Tagesordnung der Antrag auf Genehmigung eines mit der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft geschlossenen Fusionsvertrages, nach welchem das Vermögen der Neuen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft unter Ausschluß der Liquidation an die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien der letzteren übergehen soll; ferner wird Beschlußfassung beantragt über den Umtausch der Aktien der Neuen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft gegen Aktien der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft und Kraftloserklärung der nicht zum Umtausch eingereichten Aktien.

Zu den Kartellbestrebungen in der Cementindustrie erfährt die „Kölnische Zeitung", daß in der am 16. Oktober in Hannover abgehaltenen Versammlung der Gruppen Hannover, Mitteldeutschland, Berlin und Rheinland-Westfalen zwei neue Vorschläge für die Syndicierung der Cementindustrie zur Vorlage gelangten, die zunächst durch die in der Versammlung vom 3. Oktober gewählte Kommission, bestehend aus den Obmännern der einzelnen Gruppen, einer Prüfung unterzogen werden sollen.

In dem einen der beiden Vorschläge heißt es, daß er vorbereitend für spätere (eventuell bessere) Maßnahmen wirken soll, und der Verfasser dieses Vorschlags glaubt, daß derselbe vor allen andern allein Aussicht habe, von jedem Werk angenommen zu werden. Man will eine Umfrage herbeiführen nach der Höhe des Versandes jeder Fabrik in 1902/1903 und nach der Höhe derjenigen Absatzmenge, mit der sich jede Fabrik für 1904 begnügen würde. Es müsse hierbei berücksichtigt werden, daß jede Fabrik den jetzt für sie herrschenden Verhältnissen wirklich Rechnung trägt und ihre Wünsche in angemessenen aber bescheidenen Grenzen hält, dann erst habe dieser Vorschlag Aussicht auf irgend welchen Erfolg. Selbstverständlich sollen die Aussagen auf die gestellten Fragen ganz unverbindlich sein. Werden die Ansprüche zu hoch geschraubt, so wird alles weitere Bemühen um Verständigung überflüssig. Ein kleiner Unterschied zwischen beiden Gesamtziffern werde aber leicht auszugleichen sein. Werden die fraglichen Angaben gemacht, so sollen sich nach dem Vorschlage die Fabriken verpflichten, nicht mehr als die gewünschte Menge zu verkaufen oder abzuliefern.

Die Festsetzung eines Mindestpreises soll vermieden werden, weil manche Fabriken ihn nicht halten würden und nicht halten könnten. Diejenige Fabrik aber, die trotz billigeren Angebots die gewünschte Menge ihrer Marke nicht absetzen kann (also nicht einmal ohne Gewinn), möge sie gegen eine bestimmte Vergütung andren Werken ganz oder teilweise übertragen. Daraus werde beiden Teilen ein Vorteil erwachsen und außerdem ein übermäßiges Werfen der Richtpreise vermieden. Die Organisation einer derartigen Vereinigung sei schnell und leicht zu bewirken; sie bedürfe keines langatmigen Vertrags, keiner Rücksicht auf Vorverkäufe oder auf Nachlieferungen aus dem Vorjahre. Auch bei Verdingungen werde eine zwanglose Verständigung schon ihre gute Wirkungen nicht verfehlen. Die Besserung der Preise und Verhältnisse ergebe sich aus dem verminderten Angebot und aus dem Eigeninteresse jeder Fabrik.

Zur Krise des amerikanischen Eisenmarkts. Aus den Vereinigten Staaten wird eine neue Produktionseinschränkung berichtet. Die Werke der Carnegie Steel Company in Youngston (Ohio) stellten nach einer New Yorker Meldung des „Daily Telegraph" den Betrieb auf eine Woche ein. Die Werke beschäftigten 2500 Arbeiter. Die Betriebseinstellung wird, wenn sich die Marktlage nicht bessert, möglicherweise noch länger dauern. Die Werke produzierten täglich 2000 Tonnen Schienen; doch annullierten mehrere Eisenbahngesellschaften verschiedene Aufträge.

Mit der Frage, ob dann, wenn die Krise der amerikanischen Eisenindustrie sich weiter ausdehnt, die amerikanischen Werke im stande sein werden, auf dem europäischen und speciell dem englischen Markt zu konkurrieren, beschäftigt sich in längeren Ausführungen die „Köln. Volksztg." Sie meint:

„Auch bei der Umwandlung von Eisen und Stahl sind die amerikanischen Hersteller im Vorteil. Kohlen usw. sind in Europa wesentlich teurer, und die höheren Löhne in Amerika gleichen sich, wenigstens soweit England in Betracht kommt, durch die hier benötigte größere Arbeiterzahl aus. In der ganzen Geschichte des englischen Eisengroßgewerbes hat Fertigeisen nicht den niedrigen Herstellungskostenpunkt berührt, der in Amerika regelmäßig herrscht. Bestes South Staffordshire-Stabeisen hatte in England im Jahre 1895/96 den niedrigsten Preis, nämlich 140 Schilling die Tonne berührt, gleich 1,50 Cent das Pfund in Amerika. Heute steht der Preis auf 170 Schilling oder 1,85 Cent das Pfund, während gewöhnliches Stabeisen in England 130 Schilling die Tonne, oder 1,41 Cent das Pfund kostet. Der niedrigste Preis für Barren zur Herstellung von Blechen war in England 75 Schilling die Tonne oder 18,25 Dollar, und derselbe Preis galt für Stahlschienen. Stahlplatten standen nie auf ein Cent das Pfund, wie dies in Amerika häufig der Fall war. Auch die Kosten der Herstellung von Weißblech in Amerika sind weit geringer, wie in Südwales. Aehnlich verhält es sich mit andren Erzeugnissen, wie Nägeln, Draht, Röhren usw. Amerika ist immer im Vorteil, hauptsächlich infolge der vermehrten Anwendung sogenannter „arbeitsparender" Maschinen.

Beim Aufbau eines Ausfuhrhandels muß natürlich immer die recht beträchtliche Ausgabe für den ersten Versuch, Fuß zu fassen, berücksichtigt werden. Auch hier hat nun Amerika den Vorteil, daß der größte Teil des Geschäftes in einer Hand vereinigt ist, die in dem Bewußtsein, daß die gemachten Aufwendungen für sie allein sich nutzbar erweisen werden, größere Mittel verausgaben kann. Bei dem europäischen Geschäft ist dies weniger der Fall; denn hier besteht immer die Möglichkeit, daß, bei dem lebhaften Wettbewerb der Werke untereinander, eine Firma aus den Versuchen und Aufwendungen des Wettbewerbes den Gewinn zieht, während der letztere selbst für seine Bemühungen Ergebnisse nicht erzielen kann."

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrungen in der Metallindustrie.

In der gestrigen Streikversammlung der Gürtler konnte Pawlowitsch wiederum über einzelne Vorgänge berichten, die dafür zeugen, daß der Streik trotz seiner verhältnismäßig langen Dauer keineswegs ungünstig für die Arbeiter steht. Verschiedene Firmen haben für einen Teil ihrer ausgesperrten Arbeiter die Aussperrung aufgehoben, so daß der Metallarbeiter-Verband in dieser Woche 150—200 Ausgesperrte weniger zu unterstützen haben wird. Seitens der Lohnkommission wird nichts dagegen eingewandt, daß die Ausgesperrten einer Aufforderung, wieder zur Arbeit zu kommen, Folge leisten; die Streikenden jedoch gehen selbstverständlich nicht eher wieder in den Betrieb, als die Forderungen bewilligt sind. Die leitenden Personen der Fabrikantenvereinigung bezeichnen bekanntlich alle Nachrichten über Uneinigkeit in ihren Reihen als unwahr, wenn nicht gar als Lüge. Wie sie es selbst mit der Wahrheit halten, zeigte die Thatsache, daß das „Berliner Tageblatt" noch am Sonntag die Lüge der Kühnemänner, die Streikenden forderten 60 Pf. Stundenlohn, wiederholen konnte, trotzdem sie ganz genau wissen, daß es sich nicht so verhält. Die Forderung von 60 Pf. Stundenlohn wurde für 650 Drücker, für 1200 Gürtler aber die von 50 Pf. Stundenlohn aufgestellt. Darüber ist seiner Zeit in der Presse genau berichtet worden, und dieselbe Thatsache geht ebenso entschieden aus den Berichten über den Abschluß des Tarifvertrags vor dem Gewerbegericht hervor. Das sollte doch auch das „Tageblatt" wissen und, wenigstens nicht in diesem Fall, die Behauptungen der beiden Parteien als unentschieden und unentscheidbar gegenüberstellen. Der Referent ging ferner auf die Mahnung des „Berliner Tageblatt" ein: man solle sich auf beiden Seiten der größten Wahrhaftigkeit befleißigen. Für die Arbeiter, so erklärte der Redner, sei diese Mahnung durchaus überflüssig. Die Streikversammlungen tagten in voller Oeffentlichkeit und dort würden nur Thatsachen mitgeteilt. Den Berichterstattern der bürgerlichen Presse könne nur empfohlen werden, in diese Versammlungen zu kommen. Sie könnten von allem Notiz nehmen und erhielten bereitwilligst zuverlässige Auskunft; es sei nicht wie bei den Unternehmern, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagten und dann den Zeitungen einen Bericht gäben, den kein Außenstehender auf seine Zuverlässigkeit prüfen könne. Im „Berliner Tageblatt" wird des weiteren die Auslassung eines Fabrikanten abgedruckt, nach welcher es unmöglich sein soll, wenn der Preis eines Artikels festgesetzt ist, noch etwas an den Arbeitslöhnen zu ändern. Auf Grund seiner Erfahrungen und der Erfahrungen andrer Arbeiter der Branche, erklärt der Redner diese Behauptung für durchaus unwahr. Es sei ganz allgemein, daß, wenn ein Artikel schon in Arbeit gegeben sei, noch an den Preisen für die einzelnen Arbeitsleistungen geändert werde, daß 1 Pf. bis 5 Pf. zugelegt würden, bei Teilarbeiten, wo einzelne Pfennige einen großen Prozentsatz ausmachten. Bei andren Arbeiten sei es schon oft vorgekommen, daß statt 75 Pf. 1 M., ja 1,25 gezahlt, statt 1,50 M. gar 3 M. gezahlt werden mußten. Die Unternehmer rechneten bei ihren Kalkulationen schon derartig, daß sie auf keinen Fall zu kurz kommen könnten. Das Accordieren der Arbeiter mit dem Meister sei ein Feilschen und Handeln in den meisten Werkstuben, so daß von einem unabänderlich festgesetzten Preis nicht die Rede sein könne. Alle diese Einwendungen, wodurch die Unternehmer zu beweisen suchen, ein Tarifvertrag sei für die betreffenden Branchen unmöglich und führe zum Ruin, seien hinfällig. Ebenso verkehrt sei die Behauptung, der Mindestlohn bilde eine Prämie auf die Faulheit. Der Redner verweist darauf, daß im Tarifvertrag eine Probezeit festgesetzt ist, damit der Arbeitgeber sich überzeugen kann, ob ein neueingestellter Arbeiter auch den Mindestlohn verdient, und daß für invalide und nicht leistungsfähige Arbeiter nicht der Mindestlohn verlangt wird, sondern die freie Vereinbarung vorgesehen ist. Der Redner befaßte sich ferner mit den Verhandlungen der letzten außerordentlichen Generalversammlung der Fabrikantenvereinigung, die am Sonnabend stattgefunden hat, wie gewöhnlich unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit. Nach dem Bericht, der der bürgerlichen Presse zugestellt wurde, ist dort einstimmig folgender Beschluß gefaßt worden:

„Die am 17. Oktober 1903 in der Börse tagende Generalversammlung der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem gestern gefaßten einstimmigen Beschluß des Verbandes Berliner Metallindustrieller. (Dieser hat nämlich beschlossen, bis auf weiteres keine Arbeiter mehr einzustellen und den Arbeitsnachweis zu schließen!) Sie vermißt jeglichen Nachweis für die fortlaufend von der Streikleitung verbreiteten Nachrichten, daß innerhalb der Vereinigung Uneinigkeit und Neigung zum Nachgeben herrsche, sie erklärt diese Nachrichten für vollkommen unbegründet. Sie erklärt ferner, daß der bisherige Verlauf und der gegenwärtige Stand der Bewegung für sie keinerlei Anlaß zur Aenderung der bisher beobachteten Maßnahmen bieten." —

In jener Generalversammlung wurde unter andern mitgeteilt, daß die Werkstattkontrolle überall befriedigende Resultate ergeben habe und daß am Sonnabend wieder ein Fabrikant 80 Arbeiter entlassen habe. Ferner wurde gesagt, der „Vorwärts" habe Verleumdungen ausgestreut, die den Zweck hätten, Uneinigkeit in die Reihen der Fabrikanten zu tragen. — Uebrigens ist davon auch in dem Rundschreiben der Vereinigung die Rede, das uns ebenfalls zugegangen ist. — Der Referent bemerkt hierzu, daß er jeder Zeit bereit sei, vor Gericht den Beweis für die Behauptungen anzutreten, die hier als Verleumdungen des „Vorwärts" bezeichnet werden. Ferner sei festgestellt, daß bei der Firma, die angeblich am Sonnabend 80 Arbeiter entlassen haben soll, bis Montag nur 33 entlassen worden waren; die übrigen würden jetzt wahrscheinlich selbst die Arbeit niederlegen. Die Thatsache, daß verschiedene Firmen Ausgesperrte wieder eingestellt haben, beweise schon, daß die jetzt gefaßte Resolution eitel Dunst sei. Als Firmen, die Arbeiter wieder eingestellt haben, wurden genannt: Erich u. Grätz, Henninger, Lohse und Stobwasser. — Der Redner weist schließlich noch auf die im „Vorwärts" abgedruckte Mahnung hin, daß kein Streikender Arbeit nach auswärts annimmt, ohne sich vorher mit dem Vorstande des Metallarbeiter-Verbandes in Verbindung zu setzen. Hinsichtlich der von Schottland aus in Aussicht gestellten Unterstützung bemerkt der Redner, daß seitens des Verbandes keinerlei Aufforderung dazu an ausländische Kollegen ergangen sei. Es sei das ein durchaus freiwilliger und spontaner Beweis internationaler Solidarität und eine Gegenleistung für das, was von deutscher Seite seiner Zeit geleistet wurde. Im übrigen aber werde man in solchen Fällen, wo Unterstützung vom Ausland angeboten werde, vorsichtig sein und genau prüfen, um nicht etwa die Interessen auswärtiger Kapitalisten zu fördern. — Das Referat, das in der Ueberzeugung ausklang, daß der Kampf unter keinen Umständen aufgegeben werden dürfe, fand stürmischen Beifall.

Die Polizei ist dieser Tage wiederum mit einer Rücksichtslosigkeit und Energie gegen Streikposten vorgegangen, die geradezu Staunen erregen muß. Ueber die Vorgänge, die sich in der Schillingstraße abgespielt haben, wurde in der Versammlung ausführlich berichtet. Ein Streikposten nach dem andern wurde sistiert und zu Fuß nach dem Alexanderplatz transportiert. Kaum 2 bis 3 Minuten konnte ein Streikposten in der Straße auf und abgehen, so wurde er sistiert. Innerhalb 26 Minuten wurden mit der bekannten Geschicklichkeit, die die Polizei hierbei an den Tag legte, sechs Mann „abgefangen". Das Merkwürdige ist, daß die Polizei gar keine Verkehrsstörung wahrnahm, als zufällig gerade vor dem Hause des betreffenden Fabrikanten ein Pferd zu Fall kam und sich eine große Menschenmenge ansammelte; während die Streikenden, die keinem im Wege waren, sofort als ganz gefährliche Verkehrshindernisse erkannt wurden. Auf dem Polizeipräsidium wurden den Sistierten die Taschen ausgeräumt, sie wurden in dunkle Zellen gesperrt und bei der Entlassung, die erst nach geraumer Zeit erfolgte, wurde ihnen gesagt, wenn sie wieder erwischt würden, sollten sie sofort dem urteilenden Richter vorgeführt werden. Wie durch Zuruf aus der Versammlung bekannt wurde, sind am Dienstagvormittag wieder acht Streikposten sistiert worden. Sonderbar ist es, daß die Streikposten bisher während der ersten 5 Wochen des Streiks ungehindert ihres Amtes walten konnten, und daß die Polizei erst jetzt, wo der Fabrikant nach Arbeitskräften annonciert, das Verkehrs-Hindernis entdeckte. Die Streikenden lassen sich aber weder durch die Sistierungen noch durch die Drohungen mit dem Richter von der Ausnutzung des ihnen gesetzlich zustehenden Rechts abhalten. An die Stelle der Festgenommenen treten immer neue Streikposten. Und wenn er nach Moabit komme, erklärte der betreffende Streikende, der über diese Polizeimaßnahmen berichtete, werde er nicht ablassen vom Streikpostenstehen.

Der Referent bestärkte die Streikenden durch sein wirkungsvolles Schlußwort in dieser Auffassung, und an der Stimmung der Versammlung merkte man, wie agitatorisch und aufrüttelnd diese polizeilichen Maßnahmen auf die Arbeiterschaft wirken.

Zur Lohnbewegung der Rohrer ist mitzuteilen: 5 Firmen, welche der Fabrikanten-Organisation nicht angehören, haben am ersten Tage die Forderungen bewilligt. Die 11 vereinigten Firmen haben vom „24. Mai" d. J., an welchem Datum wir den Unternehmern unsre Forderungen mitteilten, bis heute keine Zeit gehabt, dazu Stellung zu nehmen. Für die Rohrer steht die Sache so, daß sämtliche organisierte und sonst noch anständige Rohrer bei den Firmen, welche bewilligt haben, in Arbeit treten können. Sie können es also ruhig abwarten, bis die vereinigten Fabrikanten ihnen ihre Beschlüsse mitgeteilt haben. Die Bauarbeiter, vor allem die Putzer, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Rohrer mit Legitimations-Karten versehen sind. Diejenigen „Auch"-Rohrer, welche abends nach 6 Uhr noch arbeiten, sind zum Teil — was neuerdings modern zu werden scheint — mit Revolvern bewaffnet. Die Organisationen der Maurer und Zimmerer ersuchen die Rohrer, dahin zu wirken, daß von seiten ihrer Organisationsangehörigen jetzt keine Rohrdecken angefertigt werden.

Die Sattler der Geschirrbranche bereiten eine Lohnbewegung vor, die sie im kommenden Frühjahr zu realisieren gedenken. In der Branchenversammlung am Montag wurde allseitig betont, daß es sich weniger um Neuforderungen handele, als darum, die vor ca. 3 Jahren erzielten Errungenschaften endlich einmal in allen Betrieben zur vollen Durchführung zu bringen. Damals wurde mit den Arbeitgebern ein Minimallohn von 22,50 M. pro Woche und neunstündige Arbeitszeit vereinbart. Die Abmachungen sind jedoch, größtenteils durch die Schuld der Gehilfen selbst, nicht überall zur Durchführung gelangt. Nach einer Statistik, die sich über 18 Betriebe erstreckt, arbeiten 45 Gesellen in Lohn und 29 in Accord. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 53 Stunden pro Woche; in einigen Betrieben sind 48, in andern bis zu 63 Stunden wöchentlich gearbeitet. Auch hier zeigt es sich, daß in den Betrieben mit der kürzesten Arbeitszeit auch die höchsten Löhne gezahlt werden. Die Löhne variieren zwischen 68 und 30 Pf. pro Stunde. Bemerkenswert ist, daß der Höchstverdienst von 68 Pf. oder 37 M. pro Woche bei der Lohnarbeit erzielt wurde, während bei der Accordarbeit der Höchstverdienst nur 58 Pf. betrug, sinkend bis zu 16,10 M. pro Woche. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurde umsomehr anerkannt, als laut der Krankenkassen-Statistik die Geschirrsattler den höchsten Prozentsatz an Augen- und Lungenkranken aufweisen. Um die Lohnbewegung jedoch mit genügendem Nachdruck führen zu können, soll vorerst eine energische Agitation zur Stärkung der Organisation betrieben werden.

Deutsches Reich.

Eine entscheidende Wendung

ist in dem Kampf der Textilarbeiter in Crimmitschau eingetreten. Die Unternehmer haben bekanntlich durch ihren von blinder Wut diktierten Beschluß, 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße zu werfen, ihrer Konkurrenz die Möglichkeit gegeben, sie von einem Teile des Warenmarktes zu verdrängen. Daß vorläufig auf dem Gebiete der Produktion, den die Crimmitschauer Textilindustrie beherrscht, durch die Aussperrung auf lange Zeit mit dem Bestande aufgeräumt worden ist, ist nur ein schwacher Trost gegenüber der Thatsache, daß auf demselben Gebiete über kurz oder lang eine Ueberproduktion eintreten muß, weil eine Reihe von Fabriken in andern Teilen des Reiches auf die Crimmitschauer Specialitäten eingerichtet worden sind, und auch eine Anzahl von Abnehmern vermutlich ihren bisherigen Crimmitschauer Lieferanten dauernd fern bleiben werden. In ihrer Verzweiflung haben sich nun die Fabrikanten an die schnöde von ihnen auf die Straße Geworfenen gewandt und folgendes Flugblatt an die Ausgesperrten verbreitet:

An die Arbeiterschaft von Crimmitschau und Umgebung!

Die beim hiesigen Stadtrat und bei den Mitgliedern des Spinner- und Fabrikantenvereins eingegangenen Anerbietungen Arbeitswilliger veranlassen uns, Ermittelungen anzustellen, ob eine zur Wiederaufnahme aller Betriebe genügende Anzahl Arbeitswilliger vorhanden ist.

Es werden deshalb alle diejenigen, welche die Arbeit wieder aufnehmen wollen, hierdurch aufgefordert, **sich bei ihrem früheren Arbeitgeber bis Montag, den 19. Oktober d. J. abends zu melden.**

Die Meldungen sollen **brieflich** erfolgen und **verpflichten sich alle Arbeitgeber, die Namen der sich meldenden Personen streng geheim zu halten,** um niemand der Gefahr des Verlustes der Streikunterstützung auszusetzen.

Den Arbeitswilligen wird von den Behörden und den Arbeitgebern **der weitgehendste Schutz gewährt werden.**

Die Fabriken sollen, **wenn nur irgend möglich**, und auch dann eröffnet werden, wenn nur ein teilweises Arbeiten in allen Abteilungen aller Fabriken durchführbar sein würde.

Ist die Wiederinbetriebsetzung aller Fabriken einmal möglich geworden, so wird auch weiter gearbeitet werden. Die Arbeitswilligen hätten dann keine Wiederentlassung zu befürchten.

Crimmitschau, den 17. Oktober 1903.

Der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie
Ortsgruppe Crimmitschau und Umgebung.
Lucas Schmidt, Vorsitzender.

Die Ausgesperrten haben darauf mit mehreren Flugblättern geantwortet und es als eine elende Feigheit bezeichnet, wenn man jetzt ohne Lösung der Zehnstundenfrage an die Arbeit ginge.

Für den Montag waren fünf Textilarbeiter-Versammlungen einberufen, welche sich mit der neuen Situation beschäftigten. Die Versammlungen waren völlig überfüllt. Die Genossen Goldstein, Seeger, Grenz, Reinhold und Wagner waren herbeigeeilt, um die Textilarbeiter zum Ausharren im gegenwärtigen Augenblick zu begeistern. Die Stimmung in den Versammlungen war großartig. Mit Entrüstung wurde die Zumutung der Fabrikanten zurückgewiesen und einstimmig die folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erblickt in dem Vorgehen der Fabrikanten den letzten Versuch, die Arbeiter zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Das Interesse und die Ehre der Arbeiterschaft erfordert entschiedene Abwehr dieses Versuchs. Es ist deshalb Pflicht der ohne Grund aufs Pflaster geworfenen Textilarbeiterschaft, auch für die Zukunft unentwegt in dem aufgezwungenen Kampf auszuharren. **Die Versammlung weist es weit von sich, jene, den Arbeitern von den Fabrikanten zugedachte, alles moralische Empfinden tief verletzende Rolle der Verräterei zu übernehmen.** Das Versprechen der Geheimhaltung des Verrats muß der Arbeiterschaft zeigen, welche niedrige Meinung man von der Arbeiterschaft in den Kreisen der Urheber der veröffentlichten Aufforderung hat. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, welcher die persönliche Ehre höher steht als das Wohlwollen der Fabrikanten, wird es deshalb als Ehrensache betrachten, vereint mit den übrigen Arbeitsbrüdern und -Schwestern den Kampf fortzusetzen bis ans Ende. Die Versammlung erblickt in dieser gegenwärtigen Phase eine entscheidende Wende des Kampfes und verspricht in diesem entscheidenden Augenblick **treu der Parole des Verbandes zu folgen und die Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen abzulehnen.** Das Schreiben von Briefen an die Fabrikanten ist als **Verrat** zu betrachten und deshalb zu unterlassen.

Es kommt nun in diesem entscheidenden Augenblicke darauf an, daß die kämpfenden Textilarbeiter in Crimmitschau von der Arbeiterschaft Deutschlands in ausreichender Weise unterstützt werden, um zu verhindern, daß noch im letzten Augenblicke der Hunger sie in die Fabriken hineinzwingt!

Arbeiter! Gedenkt der Wackeren in Crimmitschau, die seit neun Wochen unerschrocken im Kampfe gegen das Unternehmertum stehen!

Ausland.

Die Gipser in Zürich streiken um einen minimalen Stundenlohn von 60 Cents und zweijährige Festlegung des Tarifs. Die Unternehmer wollen den Minimallohn „in der Regel" zahlen, ein Seitenstück zu dem „Normallohn" der Genfer Bauunternehmer.

Sociales.

Aus dem Geschäftsbetriebe der Musterkrankenkassen. Wegen Beleidigung einer Musterkrankenkasse, der „Dresdener Krankenversicherungskasse" stand wieder einmal ein Redakteur vor Gericht. Der Genosse Feldmann in Langenbielau, Redakteur des „Proletarier aus dem Eulengebirge", hatte die genannte Kasse, mit der sich im Anfang dieses Jahres ein großer Teil der Presse beschäftigte, kritisch beleuchtet und sie als Schwindelkasse und ihr Gebahren als Gaunerindustrie bezeichnet. In der Verhandlung vor der Strafkammer in Schweidnitz, vor die der Staatsanwalt auf Antrag des sich beleidigt fühlenden Kassenvorstandes die Sache gebracht hatte, führte Feldmann einen umfangreichen Beweis. Er hatte vom Stadtrat in Dresden die Auskunft eingeholt, daß gegen die Kasse in einem Vierteljahr sieben Ermittelungsverfahren anhängig waren, weil sie unter nichtigen Vorwänden Mitgliedern das Krankengeld verweigert hatte. Der amtliche Kontrolleur der Krankenkassen in Dresden hat bekundet, daß die Kasse im Jahre 1902 **85 Prozent** ihrer Einnahmen für Verwaltungsausgaben verbraucht hatte, davon 78 Prozent für persönliche Ausgaben. Auch bei der Polizei in Langenbielau sind nach amtlicher Auskunft viele Beschwerden über die Kasse eingegangen. Ein als Zeuge und Sachverständiger vernommener Arzt in Langenbielau sagte, es sei die höchste Zeit gewesen, daß gegen die Kasse öffentlich vorgegangen wurde.

Auf Grund dieser Beweisaufnahme billigte das Gericht dem Angeklagten für die objektiv beleidigenden Ausdrücke den Schutz des § 193 zu und sprach ihn frei.

Noch einige Beleidigungsklagen solcher Musterkassen, die sich gewisse Mängel des Hilfskassen-Gesetzes zu Ruhe machen, dürften zur Aufklärung der Oeffentlichkeit erheblich beitragen. Es wird auch versucht werden müssen, ihnen auf gesetzlichem Wege beizukommen.

Gemeinnütziger Bauverein und Umsatzsteuer. In Misburg war der gemeinnützige Bauverein mit 1164 M. zur Umsatzsteuer herangezogen worden, nachdem er in der Gemeinde verschiedene Grundstücke erworben hatte. Auf seinen Antrag beschloß der Gemeindeausschuß (Gemeindevertretung), ihm mit Rücksicht auf seine gemeinnützigen Zwecke die Summe zurückzuerstatten, auf den Steueranspruch zu verzichten. Der Gemeindevorsteher beanstandete demnächst diesen Beschluß als gesetzwidrig, worauf der Gemeindeausschuß gegen ihn im Verwaltungsstreit-Verfahren klagte und die Außerkraftsetzung der Beanstandung verlangte. Die Klage wurde jedoch in erster und zweiter Instanz abgewiesen. Der Bezirksausschuß führte begründend aus: Es sei ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, daß eine Verzichtleistung auf Steuern unzulässig sei, wo keine gesetzliche Ermächtigung dazu bestehe. Eine solche fehle hier, denn die Umsatzsteuer-Ordnung von Misburg enthalte keine Vorschrift, wonach die Umsatzsteuer der gemeinnützigen Baugesellschaft hätte erlassen werden können. Der Steuererlaß sei unstatthaft, wenn er hier auch billig und zweckmäßig wäre wegen der gemeinnützigen Zwecke des Bauvereins. Der Gemeinde-Ausschuß legte Revision ein und das Ober-Verwaltungsgericht hob die Vorentscheidungen auf und setzte die Anfechtungsverfügung des Gemeindevorstehers außer Kraft. Die Steuer darf also zurückgezahlt werden.

Landesversicherungs-Anstalten und Tuberkulosebekämpfung.

Die Bekämpfung der Tuberkulose als Volksseuche ist zur Zeit eine Frage von allgemeinstem Interesse. Socialpolitiker, Aerzte und Hygieniker wie Gesetzgeber widmen ihr die größte Aufmerksamkeit und in anerkennenswerter Weise nehmen sich auch die Landesversicherungs-Anstalten der Sache an. Unter diesen Umständen verdient die Klage eines Badearztes in Bad Lippspringe, Dr. med. Rohden, Beachtung, die er über bureaukratische, der Krankenbehandlung hinderliche Einschränkungen durch Landesversicherungs-Anstalten erhebt. Er schreibt, wie wir einem Artikel der Bielefelder „Volkswacht" entnehmen, in dem Lippspringer Badeblatte:

„Der Arzt behandelt keine Krankheiten, sondern Kranke. Hieraus geht für den Arzt, welcher einen Schwindsüchtigen mit begründeter Aussicht auf Erfolg behandeln will, das Erfordernis vollständiger Freiheit in seinem Handeln, besonders in Bezug auf Dauer der Kur und Wahl der ihm passend erscheinenden Mittel hervor. Einengungen, wie man von seiten einiger Landesversicherungs-Anstalten Lippspringer Aerzten in der Wahl der Kurmittel auferlegt, sie denselben sogar den Gebrauch wissenschaftlich als wertvoll erkannter hervorragender Kurmittel und von Autoritäten anerkannter, in Klinik und Praxis durch tausendfältige Erfahrungen bewährter Medikamente, die der Arzt zur raschen Heilung seiner Kranken als nötig erachtet, direkt untersagt, bieten einen bemerkenswerten Beweis mindestens sehr einseitiger Auffassung der Bekämpfung der Tuberkulose zum Zwecke der Volkswohlfahrt. Man scheint in der That an bestimmten Stellen immer mehr Neigung zu verspüren, auch aus den sich freier Forschung hingebenden wissenschaftlich vorwärtsstrebenden Badeärzten bureaukratisch zu zügelnde folgsame Heilmaschinisten züchten zu wollen. Bei einer kontinuierlichen Beschneidung naturwissenschaftlichen Denkens und auf Erfahrung gestützten ärztlichen Handelns würde man unter Umständen die Behandlung der kranken Arbeiter auch irgend einem Heilgehilfen oder gefügigen Sekretär anvertrauen können."

Wir können die Berechtigung dieser Klagen nicht nachprüfen, möchten aber die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie lenken.

Gegen den Alkoholmißbrauch der Brauerei-Arbeiter. Die Arbeiter in den Brauereien bemühen sich schon längst um die Ablösung des sogenannten Freitrunks durch Geldlöhnung. In diesem Bestreben kommt ihnen jetzt der württembergische Landesverband des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke zu Hilfe. Er hat an sämtliche württembergischen Brauereien dieses Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr! Da auf Grund zahlreicher und einwandfreier Beobachtungen der Stand der in Brauereien beschäftigten Arbeiter ungemein große Erkrankungs- und namentlich Sterblichkeitsziffern aufweist, so erlaube ich mir im Namen des Württembergischen Landesverbandes des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke Sie zunächst auf diese Ihnen vielleicht nicht genügend bekannte, aber gerade für Sie höchst bedeutsame Thatsache hinzuweisen, und, falls auch Sie ähnliche Beobachtungen gemacht haben sollten, Sie zu bitten, mit uns auf ihre Beseitigung hinzuwirken.

Nach der Ansicht aller Sachverständigen sind nämlich gewisse Erkrankungen und der frühe Tod vieler in Brauereien beschäftigter Arbeiter durch den mißbräuchlichen Genuß von oft geradezu unglaublichen Mengen alkoholischer Getränke bedingt. Dieser Mißbrauch aber wird entschieden gefördert, wenn nicht wesentlich bedingt durch den sogenannten Freitrunk und durch die teilweise Auszahlung der Arbeiter mit Biermarken.

Wenn diese Behauptungen, woran nicht zu zweifeln ist, zutreffend sind, so liegt ihre Abstellung selbstverständlich in erster Linie in Ihrem eignen, dann aber auch im allgemeinen Interesse, und ich erlaube mir daher im Namen obigen Verbandes, folgende Bitten an Sie zu richten:

1. Es mögen den Angestellten des Morgens passende warme Speisen (wir nennen nahrhafte Suppen, Milchkaffee u. dergl.) gereicht bezw. zugänglich gemacht werden.

2. Es mögen für die Biermarken in bestimmtem Betrage Speisen verabfolgt werden.

3. Es möge die vollkommene Ablösung der Biermarken durch Geld in eingehende Erwägung gezogen werden."

Es ist sowohl im Interesse der socialen Lage der Brauerei-Arbeiter wie im Interesse ihrer Gesundheit zu wünschen, daß diese Bestrebungen Erfolg haben.

Krankenkassen und Aerzte. Wie anderwärts, haben auch die Kassenärzte in Hof erhöhte Honoraransprüche erhoben. Sie wollen vom 1. Januar an von allen Fabrikkassen per Kopf der ledigen Mitglieder 3 Mark und per Kopf der verheirateten 6 Mark Pauschale neben Extrabezahlung für chirurgische und geburtshilfliche Leistungen, sowie für auswärtige Besuche. Die Kassen haben sich noch nicht geäußert.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteigenossen!

Heute sind es 25 Jahre, daß das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie" in Kraft trat. Jenes Schandgesetz, bestimmt, die aufstrebende proletarische Bewegung zu erdrosseln. Es hat allerdings das Gegenteil von dem bewirkt, was es bewirken sollte. Die Socialdemokratie hat seine Urheber überdauert und steht heute trotz allen Verfolgungen stärker denn je auf dem Plan. Diesem Tage sind am heutigen Mittwoch 14 Volksversammlungen gewidmet, in denen die Erinnerungen an die socialistengesetzliche Zeit aufgefrischt werden sollen. Es wird gebeten für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Den Genossinnen und Genossen diene zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 28. Oktober im Lokale des Herrn Thiel eine öffentliche Versammlung stattfindet. Näheres siehe Annonce am Sonntag.

Die Vertrauensperson.

Schöneberg. Heute, Mittwochabend, findet bei Obst, Meiningerstraße 8, eine Volks-Versammlung zur Erinnerung an das vor 25 Jahren in Kraft getretene Socialistengesetz statt. Tagesordnung: „Nach 25 Jahren". Referent: August Bebel.

Weißensee. Heute abend 8½ Uhr findet im „Prälaten", Lehderstraße 122 eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Albrecht Fülle spricht über: „Erinnerungen an 1878." Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vertrauensmann.

Rummelsburg-Boxhagen. Heute, **Mittwoch**, abends 8½ Uhr, **Versammlung** im Lokal von Weigel, Türrschmidtstr. 45. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht. (Siehe Annonce in heutiger Nummer.)

Britz. Ueber die bevorstehende Landtagswahl spricht Genosse Zubeil Donnerstagabend 8½ Uhr in Püschels Saal, Chausseestr. 97.

Stralau. Sonntagnachmittag 1½ Uhr findet im Lokal „Alte Taverne", Alt-Stralau 26, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: Auf zur Landtagswahl! Referent Reichstags-Abgeordneter Stadthagen. Ferner folgt: Aufstellung der Wahlmänner. Die Genossen werden ersucht, für regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Zossen. Am Mittwochabend 8 Uhr bei Rüffer findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter andrem: Bericht des Vorstandes und Kassierers. Es wird zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet.

Lokales.

Am Vorabend der Schande.

Als es feststand, daß das Socialistengesetz vom Reichstag angenommen würde, da hatten die führenden Parteigenossen die Pflicht, sich in die neuen Verhältnisse einzurichten. Allerdings war die Frage, wie das geschehen solle, um so schwerer zu beantworten, als niemand sich über die Wirkung des Socialistengesetzes ein Urteil zu bilden vermochte. Einig waren die Parteigenossen sich nur darin, daß das Gesetz nicht loyal, wie die Lasker und Stauffenberg und andre seiner parlamentarischen Väter versicherten, sondern mit äußerster Schärfe angewendet würde. Es war kein Zweifel, daß man sich auf Schriftenverbote und Vereinsauflösungen einrichten müsse und so wurden denn von den Parteigenossen das mit der Expedition der „Berliner Freien Presse" verbundene Schriftenlager in den letzten Zeiten so ziemlich ausgekauft. Brackes Broschüre „Rieder mit den Socialdemokraten" fand in wenigen Monaten einen Absatz von über hunderttausend Exemplaren und von den meisten Lassalleschen Broschüren war bei der Publikation des Gesetzes kein Exemplar mehr vorhanden. Unser Berliner Lokalblatt suchte sich so gut es ging in die neuen Verhältnisse zu fügen. Die letzten Nummern der „Freien Presse" enthielten in beträchtlichem Umfange Betrachtungen theoretischer Natur oder Artikel über Fragen, die außerhalb des Gebietes der Tagespolitik standen. Daneben wurden Verhaltungsmaßregeln für die kommenden Zeiten veröffentlicht, so z. B. die gesetzlichen Bestimmungen, die bei Haussuchungen in Betracht kommen. In der Nummer vom 20. Oktober, also einen Tag vor Annahme des Socialistengesetzes, erschien ein Aufruf: **„An die Abonnenten der „Berliner Freien Presse"**, worin es hieß:

Nicht kann es unsere Absicht sein, nunmehr die Flinte ins Korn zu werfen, es dem blinden Zufall oder den demagogischen Umtrieben gewisser Hofprediger zu überlassen, wer in Zukunft die Führung des vierten Standes übernehmen soll. Eine gründliche Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse kann nur durch die unausgesetzte Thätigkeit der Arbeiter selbst herbeigeführt werden. Wenn es uns auch nicht möglich sein wird, für die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise im demokratischen Sinne zu wirken, so ist es doch durch das Ausnahmegesetz nicht verboten, für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu den Kommunal- und Landtagswahlen zu wirken. Vereine, in denen socialdemokratische, socialistische oder kommunistische Bestrebungen zu Tage treten, sind nach dem Ausnahmegesetz zu verbieten und deren Mitglieder zu bestrafen, nirgends ist jedoch die Agitation für freies Vereins- oder Versammlungsrecht als ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen bezeichnet.

Dasselbe gilt von der Presse. Die Preßfreiheit soll nach den Ausführungen der nationalliberalen Redner im Reichstage erhalten bleiben. Zeigen wir unsren Gegnern, daß wir auch im Rahmen des Ausnahmegesetzes noch im stande sind, die Wahrheit sagen zu können. Es wird sich ja bald herausstellen, ob die Urheber des Gesetzes, durch den Erfolg ermutigt, hinausgreifen in die übrig gebliebenen Reste unsrer politischen Rechte, um auch diese zu vernichten. Das deutsche Volk mag dann entscheiden, wo die Untergraber des Staates zu suchen sind.

Es wird dann in dem Aufruf das Programm aufgezählt, das die „Freie Presse" sich unter dem Ausnahmegesetz zur Richtschnur nehmen wollte. Das Augenmerk sollte auf den Ausbau der Volksschule, der Gewerbegesetzgebung und besonders auf die kommunalen Angelegenheiten gelenkt werden. Die Veröffentlichung schloß mit den Worten:

Die Wahrheit wird sich durchbohren und trotz aller entgegenstehenden Hindernisse wird der Tag kommen, an dem Freiheit und Gerechtigkeit ihre Triumphe feiern.

Am Dienstag, 22. Oktober, veröffentlichte die „Freie Presse" die Bekanntmachung des socialdemokratischen Central-Wahlkomitees zu Hamburg, worin dieses anzeigte, daß es sich bei der Behörde abgemeldet habe und folglich der Rest einer centralistischen Partei-Organisation in Deutschland verschwunden sei.

Unterzeichnet war die Veröffentlichung von Hartmann, Brasch, Derossi und Geib. Weiter ist aus dieser Nummer ein Bericht über eine Versammlung des Vereins zur Wahrung der werkthätigen Interessen der Bevölkerung Berlins erwähnenswert, die abgehalten war, damit der Verein sein Programm dem Socialistengesetz anpassen könne. In dieser Versammlung wurde unter andern der Beschluß gefaßt, in die Agitation zu den Kommunalwahlen einzutreten.

Am Mittwoch, 24. Oktober, erschien die letzte Nummer des Blattes. Sie brachte die Mitteilung, daß der „Reichs-Anzeiger" am Abend vorher das Socialistengesetz publiziert habe, das somit am 28. Oktober, nachmittags 4 Uhr in Geltung getreten sei. Auf der letzten Seite der Beilage befand sich folgender von Karl Anders, August Baumann, Otto Fischer und Wilhelm Körner unterzeichneter Aufruf:

An die Gesinnungsgenossen in Berlin.

Immer näher rückt die Stunde heran, in der durch das Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie alle die Bestrebungen, denen wir bis jetzt im Interesse der leidenden Menschheit huldigten, tödlich getroffen werden sollen; immer größer werden die Gefahren, denen die als Socialdemokraten bekannten Genossen ausgesetzt sind.

Jetzt schon sitzen nicht weniger als vier unsrer Freunde in der Villa am Pötzensee, einer in der Stadtvogtei, und drei sind gegen Kaution vorläufig aus der Untersuchungshaft entlassen; gegen mehrere andre Genossen sind überdies noch politische Prozesse im Gange, welche ebenfalls zu längeren Freiheitsstrafen führen dürften. Das ist vor dem Ausnahmegesetz.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind alle Arbeitervereinigungen, ist die gesamte freisinnige Presse auf das äußerste gefährdet. Es bleibt also nur die Privatthätigkeit, die Privathilfe für die Märtyrer einer freien, selbständigen Ueberzeugung.

Freunde, vergeßt die leidenden und unglücklichen Familien unsrer im Kampfe für die gerechte Sache der Arbeit verfolgten Brüder nicht!

Am selben Tage noch wurde die „Berliner Freie Presse" verboten. Die Polizei hatte mit diesem Schlage die Ersparnisse zahlreicher Arbeiter vernichtet, die Associations-Druckerei, in der das Parteiblatt hergestellt wurde, mußte liquidieren und die Anteile der Genossenschafter gingen verloren. Denn alle Bestrebungen, die Druckerei in Thätigkeit zu halten, mißlangen. Der Versuch, ein farbloses Blatt, die „Berliner Tagespost", herzustellen, wurde an dem Redakteur und dem Verleger schlimm gesühnt; in einem Prozeßverfahren verurteilten die Richter beide wegen Fortsetzung einer verbotenen Zeitschrift zu je 500 Mark Geldstrafe. Die dann erschienenen „Berliner Nachrichten" wurden als Fortsetzung des verbotenen Blattes in der Frühe konfisziert; nach diesen Gewaltthaten blieb kein Zweifel mehr, daß die Polizei ein von Socialdemokraten für Socialdemokraten geschriebenes Blatt unter keinen Umständen dulden werde.

Mittlerweile war außer allen Gewerkschaftsblättern auch die gesamte Broschüren-Litteratur der Socialdemokratie verboten worden. Ebenso eine Reihe Arbeitervereine. Das erste vom Polizeipräsidium erlassene Verzeichnis verbotener Schriften enthielt 33 Nummern, an deren Spitze in einem Anfall von Selbstironie Leopold Jacobys Gedichtsammlung „Es werde Licht" gestellt war. Das Polizeipräsidium hatte recht. Die Nacht war über Deutschland hereingebrochen.

Herr Hermann Sudermann wehrt sich im „Tag" gegen die Angriffe, die von liberaler Seite gegen sein neuestes Drama „Sokrates, der Sturmgesell", geführt worden sind. Das Stück verspottet jene Achtundvierziger, die sich im Alter an hohlen Phrasen gesättigt haben und an den Ideen neuerer Zeit verständnislos vorübergegangen sind, und dieser Spott hat dem Dichter in der „Voss. Ztg." den Vorwurf des Renegatentums eingetragen. In seiner Abwehr hiergegen sagt Sudermann:

„Was ich in meiner Komödie „Der Sturmgeselle Sokrates" einem nachdenklichen Lachen preisgebe, ist, wie sich von selbst versteht, nicht die Demokratie, die den Reichsgedanken schuf, die unsre Staatsverfassung und unsre spärlichen Freiheiten erzwang, sondern der Niedergang und die Auflösung der Demokratie, wie die siebziger Jahre sie mit sich brachten, jene Entartungs- und Umwandlungsprozesse, die unter der erdrückenden Uebermacht Bismärckischer Ideen und Erfolge in den Gemütern sich vollzogen und die — im einzelnen von vielfältiger Form — in ihrer Gesamtheit einen Zusammenbruch darstellen, dem sich an Tragik vielleicht nur das Ausgemerztwerden des heutigen Freisinns aus dem — an sich freisinnig gearteten — Volksbewußtsein an die Seite

stellen läßt. Wie aber konnte es geschehen, daß, wenn ich Ereignisse von tragischem Werte als Material aufschöpfte, sich unter meinen Händen Vorgänge von drastischer Komik daraus entwickelten? Weil die höchste Tragik, die ein Menschendasein kennt, der Niedergang zum Vandalen sich immer in komischen Formen abspielt."

Weiter schildert Sudermann die Petrefakten von Achtunddierzig:

„Und während draußen auf den Märkten, in den Zeitungen und von den Kathedern her der Rausch des Bismärkischen Liberalismus jubelte, dem bereits nach einem Lustrum der Katzenjammer folgen sollte, tranken sie weiter ihr Bier, hielten Brandreden, kitzelten die Kellnerin und versimpelten mehr und mehr. Wie sie dahingingen, wie diejenigen aussehen, die heute, ein Vierteljahrhundert später, auf denselben Bänken sitzen, ich weiß es nicht.

„Aber schon tauchte ein Bote künftiger Stürme in dem weltfremden Neste auf. Ein Socialist — das Wort klang seltsam und vielverheißend in unsre heilsbegierigen, jungen Ohren — mit Namen Lampe — er hieß Lampe wie in meinem Stück — hielt übelberufene Versammlungen ab, und dort, inmitten schmieriger Kittel und kokettischer Gesichter fühlte ich andächtig zum erstenmal den Odem neuer Zeiten mich umwehen.

„Aus den seelischen Kämpfen und Erschütterungen jener heißblütigen Jugendzeiten ist mein Stück entstanden, das ich lange Jahre mit mir herumtrug, ehe ich es niederschrieb, und dessen traurig-lustige Helden ich nun gegen Verkennung und Verlästerung in Schutz nehmen muß."

Gefahren für die Religion. In Berlin tagt gegenwärtig die fünfte ordentliche Generalsynode. Wer noch nicht weiß, daß die Herren von der Kirche den neuen Dingen, die sich im socialen Leben vorbereiten, hilflos und verständnislos gegenüberstehen, der betrachte sich folgenden vom Grafen Hohenthal-Dölkau bei Merseburg gestellten Antrag, der die Bekämpfung der von der Socialdemokratie drohenden Gefahren zum Ziele und etwa folgenden Inhalt hat: Im Hinblick auf das fortschreitende Anwachsen der Socialdemokratie und den damit verbundenen Abfall der Massen von der Kirche erkennt die Generalsynode die Notwendigkeit an, von neuem in Beratung der Maßnahmen zu treten, welche vom evangelisch-kirchlichen Standpunkte geeignet erscheinen, den von der Socialdemokratie drohenden Gefahren entgegen zu treten. Als geeignete Mittel bringt der Antrag in Vorschlag: 1. Verstärkung der seelsorgerischen Kräfte in den Großstädten und den großen Industriebezirken; 2. Förderung der Stadtmissionen, sowie Bestellung anderweiter Helfer für die Geistlichen an den besonders bedrohten Punkten zur Unterstützung der seelsorgerischen Thätigkeit. 3. Organisation von Wandervorträgen durch besonders befähigte vorgebildete Männer geistlichen und weltlichen Standes; 4. Schaffung von Einrichtungen, durch welche die theologischen Studierenden auf der Universität, die Kandidaten in den Seminarien und die in social bewegten Städten und Landesteilen angestellten Geistlichen durch Kurse in die notwendige Kenntnis der socialen Verhältnisse und Probleme eingeführt werden; 5. Erweiterung der Thätigkeit auf dem Gebiete des evangelischen Preßwesens und der Kolportageliteratur; 6. thunlichste Förderung der auf evangelisch-christlicher Grundlage beruhenden socialen Vereinigungen zum Zwecke einer volkstümlichen christlichen und monarchischen Gegenbewegung gegen die Socialdemokratie; 7.) Bereitstellung von landeskirchlichen Mitteln für die unter 1—4 bezeichneten Zwecke.

Unser Programm erklärt bekanntlich die Religion zur Privatsache und demzufolge hätten die Vertreter der Religion an sich keine Ursache, sich über die Socialdemokratie den Kopf zu zerbrechen. Daß die Herren aber dennoch von Gefahren reden, die durch die Socialdemokratie drohen sollen, beweist, daß sie sich nicht nur als Anhänger des Mannes fühlen, dessen Reich nicht von dieser Welt ist, sondern die Religion, die sie vertreten, mit dem Bestand der heutigen Gesellschaftsordnung verquickt wähnen. Und indem sie der Meinung nachhängen, daß sie diese nun einmal dem Untergang gewählte Ordnung zu stützen haben, bringen sie ihre Religion bei allen denen in Mißkredit, die von der Notwendigkeit einer Umgestaltung der Dinge im socialistischen Sinne überzeugt sind. Klüger wäre es daher gewesen, auf der Generalsynode über die Gefahren, die der Religion von kirchlicher Seite drohen, zu reden. Es sei bemerkt, daß der Antrag einer Kommission überwiesen wurde.

Vom Berliner Krankenkassenwesen. Die 55 Berliner Ortskrankenkassen hatten im Jahre 1902 einen durchschnittlichen Bestand von 240 953 männlichen und 159 025 weiblichen, zusammen 399 978 Mitgliedern. — Die 46 Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen hatten durchschnittlich 79 635 und zwar 64 257 männliche und 15 378 weibliche Mitglieder. — Die Innungs-Krankenkassen, deren Zahl 20 betrug, wiesen einen Durchschnittsbestand von 43 844 männlichen und 17 207 weiblichen (zusammen 61 051) Mitgliedern auf. — Auf die Gemeinde-Krankenversicherung entfielen nur 55 (21 männliche und 34 weibliche) Versicherte. Die sämtlichen, der Aufsicht der Gewerbe-Deputation des Magistrats unterstellten Krankenkassen hatten demnach einen durchschnittlichen Bestand von zusammen 540 718 (349 074 männlichen, 191 644 weiblichen) Mitgliedern.

Beseitigung der jetzigen Gewichtskontrolle durch Einführung der obligatorischen Nachaichung. Dieses Thema beschäftigte den Verein Berliner Kolonialwarenhändler in seiner letzten Sitzung. Nach einem eingehenden Referate des Vorsitzenden, Handelskammer-Mitgliedes Richard Riel, durch welches die unhaltbaren Zustände der jetzigen Revision klargelegt wurden, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Verein richtet an den Herrn Handelminister die Bitte, bei der bevorstehenden Regelung der Maß- und Gewichtsordnung die Einführung einer periodischen Nachaichung in Vorschlag zu bringen." Gleichzeitig wird der Vorstand beauftragt, in dieser Angelegenheit mit den hiesigen Handelsvertretungen Fühlung zu nehmen.

Die städtische Gewerbe-Deputation hat das Ersuchen der Berliner Tischler-Innung, die Benutzung der Schulräume in der Strahlmannstraße zur Abhaltung von Meisterkursen zu gestatten, mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Absicht bestehe, von seiten der Stadt zum April 1904 Meisterkurse einzurichten. Zu den Beratungen sollen sechs Mitglieder der Innung, die dem Kuratorium angehören, hinzugezogen werden; auch die Handwerkskammer Berlin beabsichtigt solche Kurse einzurichten.

Zu der zweiten deutschen National-Konferenz zu internationaler Bekämpfung des Mädchenhandels, die am 27. und 28. Oktober im Rathause stattfindet, liegen bereits so zahlreiche Meldungen sowohl seitens der Provinzial-Komitees als auch aus Berlin vor, daß Teilnehmer-Karten nicht mehr ausgegeben werden können. Wie wir erfahren, wird bei der Konferenz auch die Regierung, die Stadt Berlin und das Polizeipräsidium vertreten sein. In den Verhandlungen gelangen zur Besprechung: 1. Der Stand der Frage zur Bekämpfung des Mädchenhandels; 2. Organisationsfragen des National-Komitees; 3. Vorschläge, betreffend die strafrechtliche Bekämpfung des Mädchenhandels und zwar unter besonderer Berücksichtigung von a) Ausdehnung auf Fälle der Einwilligung, b) Ausbeutung der Notlage, c) Strafbarkeit des Versuchs, d) Ausdehnung der Anzeigepflicht, e) Beschränkung der Freizügigkeit der Prostituierten. Ferner wird verhandelt werden über die Fragen: Mädchenhandel und Kunst und Herbergerecht der Vermietungs-Bureaus.

Straßenräubern zum Opfer gefallen ist ein Kellner T., der von auswärts nach Berlin kam und sich in angetrunkenem Zustand am Lehrter Bahnhof aufhielt. Zu ihm gesellten sich fünf junge Burschen, denen seine Unbeholfenheit aufgefallen war. Sie erboten sich in der zuvorkommendsten Weise, den Betrunkenen nach seiner in der Marienstraße 25 belegenen Wohnung zu geleiten und machten sich auch gleich auf den Weg. Natürlich konnte man nicht auf einmal die weite Strecke zurücklegen, sondern mußte in einem Wirtshaus Rast machen. Dort bemerkten die freundlichen Begleiter, daß T. viel Geld bei sich hatte. Als sie später den Heimweg fortsetzten, fielen am menschenleeren Alexander-Ufer vor Nr. 2 die jungen Leute über den wehrlosen Kellner her, warfen ihn zu Boden, mißhandelten ihn und beraubten ihn seiner Barschaft in Höhe von 200 M. Dann entfernten sie sich schleunigst und überließen den betrunkenen Mann seinem Schicksal.

Gegen die Theatervereine ergreift die Polizei immer strengere Maßregeln. Es wird von einem Vorfall berichtet, der sich in der Nacht zum Montag in den neuen Musiker-Vereins-Festsälen in der Kaiser Wilhelmstraße 18 ereignet hat und der erkennen läßt, daß die Polizei selbst vor dem äußersten nicht zurückschreckt in dem Kampfe gegen angebliche Auswüchse im Theatervereinsleben. In den genannten Festsälen veranstaltete am Sonntagabend ein Theaterverein „Wallenstein" ein Vereinsvergnügen, das durch eine Theatervorstellung eingeleitet wurde. Es war eine große Anzahl von Gästen erschienen, die durch Mitglieder des Vereins eingeführt waren. Während der Vorstellung erschien ein Herr an der Kontrolle und verlangte eine Eintrittskarte gegen Bezahlung. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Billets an Fremde nicht verkauft würden, er möge sich aber, wenn er als Gast an dem Vergnügen teilnehmen wolle, an die Garderobenfrau wenden, an die zu diesem Zweck einige Eintrittskarten abgegeben worden seien. Von dieser erhielt der Herr auch eine Einlaßkarte, für die er den von allen andern Gästen gleichfalls erlegten Betrag von 30 Pf. bezahlte. Die Vorstellung war beendet und der Tanz hatte kaum begonnen, als ein Polizeilieutenant mit vier uniformierten Schutzleuten und dem vorerwähnten Herrn in Civil, einem Kriminalbeamten, im Saal erschien, die Veranstaltung wegen des einen an den Beamten verkauften Billets als eine öffentliche erklärte, die er inhibieren müsse. Die Beamten räumten den Saal trotz des erhobenen Protestes und, wie von den Beteiligten behauptet wird, in einer Form, wie sie sonst einer anständigen Gesellschaft gegenüber nicht angewendet zu werden pflegt. Von dem Vereinsvorstande ist zunächst an die höheren Instanzen Beschwerde gerichtet worden.

Ein großer Brand, der anscheinend auf eine Benzinexplosion zurückzuführen ist, wütete gestern nachmittag in der Niederwallstr. 33 in der Kurbelstickerei und Posamentenfabrik von M. Schmidt. Die im dritten Stock belegenen Arbeits- und Lagerräume brannten total aus, so daß der verursachte Schaden recht beträchtlich ist. Glücklicherweise sind jedoch keine Personen verletzt worden. Gegen 2 Uhr befanden sich etwa 25 Arbeiterinnen in dem Arbeitssaale und in dem angrenzenden Comptoir. Plötzlich gab es im Nebensaale einen heftigen Knall. Fensterscheiben flogen auf die Straße und große Stichflammen schlugen heraus. Alle Personen stürzten in wilder Hast ins Freie. Das Feuer griff mit unheimlicher Schnelligkeit um sich. Kartons, Stickereien und Posamenten gaben ihm Nahrung, und als die infolge falscher Feuermeldung etwas spät eintreffende Wehr anlangte, brannten bereits drei große Säle. Die Wehr ging sofort von der Alten Leipzigerstraße wie auch von der Niederwallstraße aus über Treppen und eine mechanische Leiter hinweg mit mehreren Schlauchleitungen vor und brachte das Feuer bald zum Stehen. Ueber die Entstehungsursache des Brandes herrscht keine volle Klarheit, da bei Ankunft der Wehr das Feuer schon zu weit vorgeschritten war und in jenem Saale, in dem zweifellos der Brand auskam, augenblicklich sich keine Personen befanden. Es wird jedoch mit der Annahme einer Benzinexplosion gerechnet. In dem erwähnten Saale war ein eiserner Ofen angeheizt, und dessen Hitze soll Benzin, das zum Reinigen von Blusen diente, entzündet haben. Dutzende von neuen Näh- und Stickmaschinen, große Posten Posamenten und teure Stickereien sind durch die Flammen vernichtet worden.

Zu dem Todesfall des Schlächtergesellen Aust aus der Charlottenburgerstraße 113 zu Neu-Weißensee, der am 13. d. M. infolge einer Messerstecherei um das Leben kam, wird berichtet, daß die beiden Thäter nunmehr ermittelt werden konnten. Es sind der 21 Jahre alte Arbeiter Paul M. und der 22 Jahre alte Hausdiener Rudolf R., die beide in der Schönhauser Allee wohnen und noch nicht bestraft sind. Beide stellten bei ihrer verantwortlichen Vernehmung den Gebrauch eines Messers in Abrede, wollen sich vielmehr nur Schlüssel bedient haben. Sie haben ein Liebesverhältnis mit zwei Schwestern und befanden sich auf dem Wege nach der Wohnung der Mädchen, als sie mit den Schlächtern zusammengerieten. Sie schieben die Schuld den letzteren zu, von denen sie angerannt sein wollen. In ihrer Wohnung wurde zwar kein Messer vorgefunden, das beweist aber umsoweniger etwas für sie, als bei der gerichtsärztlichen Leichenöffnung als Todesursache „Stichverletzung des Gehirns" festgestellt wurde. Nun soll allerdings noch eine dritte Person bei der Schlägerei beteiligt gewesen sein, die ein Messer benutzt habe. Ob das zutrifft, bedarf noch näherer Ermittelungen. Die beiden Genannten sind von ihren Arbeitsstellen fort verhaftet und am Dienstag dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Das Lied vom braven Mann. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in der Bouchéstraße in Treptow. Daselbst wurde plötzlich ein Pferd des Pianofortefabrikanten Jaschinsky scheu und ging mit leerem Wagen durch. Um Unheil zu verhüten, stellte sich der Arbeiter Schönholz, Kottbuserdamm 7 wohnhaft, dem Gespann entgegen, um es aufzuhalten. Er wurde jedoch umgerissen und überfahren. Leider erlitt er dabei so schwere Verletzungen, daß er in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhause am Urban zugeführt werden mußte. Hier stellte man Rippenbrüche, Kopfverletzungen und eine schwere Lungenquetschung fest.

Mit einem Schuß in der Brust wurde gestern morgen der Lederhändler Leuschner aus Rixdorf auf dem Tempelhofer Felde hilflos aufgefunden. Wie sich herausstellte, hatte L. sich infolge des Ablebens seiner Mutter erschießen wollen, hatte sich aber nur eine schwere Verletzung beigebracht. Der Lebensmüde ward zunächst nach der Unfallstation XII und von dort nach einem Krankenhause gebracht, da die Kugel auf operativem Wege entfernt werden muß.

Der Berliner Lehrer-Gesangverein (Dir. Prof. Felix Schmidt) veranstaltet am nächsten Sonntag, den 25. d. M., mittags 12 Uhr, ein Volks- und Jugendkonzert im Cirkus Busch, den Herr Direktor W. Busch frei zur Verfügung gestellt hat. Die Hälfte der Platzkarten gelangt zur unentgeltlichen Verteilung an Kinder der Oberklassen der Gemeindeschulen, während zur Deckung der Kosten die übrigen zu niedrigsten Preisen (0,20 bis 1 M.) verkauft werden.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania, Taubenstraße 48/49, wird der bekannte Südpolarforscher Carsten Borchgrevink aus Christiania am Mittwoch, den 28. Oktober, einen einmaligen Lichtbildervortrag über „Das Südpolarland" halten. Borchgrevink ist im Jahre 1900 auf einer Expedition, die mit Hilfe des englischen Millionärs Sir Nevnes ausgerüstet war, bis zu den großen eisbedeckten Vulkanen Erebus und Terror und weiter über die große Eisbarriere mittels Schlitten bis zum 78. Grad 50 Minuten südlicher Breite vorgedrungen, hat also den südlichsten Punkt erreicht, der bis dahin von Menschen betreten worden ist. Der Bericht über seine gefahrvolle Expedition wird von größter Abwechslung und reich an merkwürdigen Naturereignissen und Erlebnissen sein. Der Forscher wird denselben durch ein außerordentlich großes Bildermaterial illustrieren. Eintrittskarten zu diesem Vortrag sind bereits von heute an an der Kasse der Urania zu beziehen.

Aus den Nachbarorten.

Ein Studentenheim wird anfangs der Woche in Charlottenburg, Schillerstraße 5, eröffnet werden, in einem eignen Hause. In ihm soll besonders den Nichtverbindungsstudenten ein Heim, ein geselliger Mittelpunkt gegeben werden, wo ein Lese- und Spielzimmer wie auch Speiseräume mit guter und billiger Bewirtung sich befinden, und wo des Abends wissenschaftliche und sonstige Versammlungen stattfinden sollen. Das Heim steht, im Gegensatz zu Vereinshäusern, jedem Studierenden der Königl. Technischen Hochschule ohne weiteres offen, aber auch wiederum nur diesen und deren Gästen. Hervorgegangen ist das Unternehmen aus der ja schon durch andre sociale Einrichtungen bekannten Charlottenburger Wildenschaft (Organisation der nichtinkorporierten Studierenden). Die Verwaltung als auch der weitaus größte Teil des Kapitals stammt aus der Studentenschaft. Man hofft, daß dieses erste studentische Unternehmen dieser Art in Deutschland Erfolg hat und von der Studentenschaft selbst recht stark frequentiert wird, damit es nicht nur selbst immer weiter ausgebaut werden kann, sondern in allen Hochschulstädten Deutschlands auch Nachahmung findet.

In Pankow ist gestern nachmittag im Amtsbureau eingebrochen worden. Die That muß bald nach Schluß der Bureaustunden verübt worden sein, wenigstens wurde der Diebstahl schon kurz nach vier Uhr bemerkt. Wie es heißt, haben die Diebe die Portokasse geleert; weitere Gelder scheinen nicht abhanden gekommen zu sein. Die kecke Diebesthat ist um so unerklärlicher als die Kassenzimmer im Amtsbureau mit einem selbstthätigen Alarmapparat versehen sind.

Der Prozeß wegen des Zusammenbruchs des Bankhauses Burghalter in Potsdam, welcher am 29. Oktober vor dem Potsdamer Schwurgericht beginnt und drei Tage dauert, warf bereits am Montag bei der Eröffnung der Schwurgerichtsperiode seine Schatten voraus. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Barchewitz, forderte nämlich diejenigen Geschworenen, welche durch den betrügerischen Bankrott des durch Gift aus dem Leben geschiedenen Bankiers Burghalter geschädigt sind, auf, sich zu melden, weil sie als Geschworene bei der Verhandlung gegen den Prokuristen Wilhelm Gladow, welcher der Beihilfe zu dem betrügerischen Bankerott angeklagt ist, nicht mitwirken können und deshalb das Gericht darauf bedacht sein müßte, eventuell Hilfsgeschworene einzuberufen. Etwas zögernd meldeten sich hierauf drei Geschworene. Wie groß aber die Zahl der durch den gewissenlosen Bankier geschädigten Personen ist, geht aus dem Umstand hervor, daß sich schon längere Zeit täglich derartige „Leidtragende" um Einlaßkarten zur Verhandlung bewerben. Die Gesuche können nicht berücksichtigt werden, da nur 60 Karten ausgegeben werden, über welche bereits verfügt ist. Es hat sich herausgestellt, daß der hochangesehene Bankier Burghalter schon seit 1873 mit den ihm anvertrauten Depots arbeitete.

Die Stadtverordnetenwahlen in Potsdam finden für die dritte Abteilung am 23. und 24. November von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, für die zweite Abteilung am 26. November von 10 bis 3 Uhr und für die erste Abteilung am 28. November von 11 bis 1½ Uhr statt. Die Angst vor der Socialdemokratie hat sämtliche bürgerlichen Vereine veranlaßt, sich zusammenzuschließen; unsre Parteigenossen werden daher einen heißen Kampf zu bestehen haben.

Bei der Vergebung städtischer Arbeiten in Potsdam sind recht unsaubere Dinge entdeckt worden. Es handelte sich um eine Rohrleitung in der Berliner Vorstadt, welche an den Mindestfordernden vergeben werden sollte. Unter den Bewerbern befand sich nun der Inhaber einer Firma, dessen Vater lange Jahre Stadtverordneter war und früher viele Straßenpflasterungen ausführte. Dieser stellte nun 7 Personen, welche sich gleichfalls um die Arbeit bewarben, Wechsel über je 500 Mark aus, die er ihnen zahlen wollte, wenn er die Arbeit bekäme und sie ihm nicht durch Herabdrückung des Preises dazwischen kämen. Die städtischen Arbeiten wurden aber an einen andren Unternehmer vergeben, welcher Stadtverordneter ist und die enttäuschten Wechselempfänger hielten nun nicht mehr reinen Mund, wodurch die Sache auch der städtischen Verwaltung bekannt wurde. In anerkennenswerter Weise hat man bei derselben jetzt den Beschluß gefaßt, in Zukunft den panamamistischen Unternehmer bei der Vergebung städtischer Arbeiten auszuschließen.

Vermischtes.

Ueber den gemeldeten Ausbruch acht schwerer Verbrecher aus dem Centralgefängnis in Halle berichtet die „Saale-Zeitung" unterm 19. Oktober: In der Nacht zum Sonntag etwa zwischen 3 und 4 Uhr war unser hiesiges Centralgefängnis am Kirchthor der Schauplatz einer schweren Meuterei. Acht Strafgefangene, die ein Komplott geschmiedet hatten, rotteten sich zusammen, knebelten zwei Aufseher und ergriffen die Flucht. Es handelte sich um eine besondere Abteilung in der Anstalt, die neuerdings erst eingerichtet wurde, um Verbrecher, die irrsinnig sind, auf ihren Geisteszustand zu untersuchen. Im hiesigen Centralgefängnis sind zur Zeit dreißig solcher Individuen aus allen möglichen Landesteilen untergebracht worden; Herr Professor Aschaffenburg, der bekannte Irrenarzt, hat die medizinische Leitung. In jenem Saal nun, wo die Meuterei entstand, befanden sich zehn Sträflinge, fast durchweg schwere Jungen, von denen einzelne Zuchthausstrafen von 12, ja von 15 Jahren zu verbüßen haben. Zwei von ihnen lehnten eine Beteiligung an der Revolte ab, wagten aber von dem schon langer Hand vorbereiteten Anschlag nichts zu verraten, da ihre Genossen sie mit Totschlag bedrohten. Gestern nacht nun begann die Ausführung des Werkes. Einige der Verbrecher beobachteten von dem Guckfenster aus den im Gange patrouillierenden Wärter, andre brachen Mauerwerk aus. Um 3 Uhr etwa durchstießen die Sträflinge in einem günstigen Moment vollends die Wand, schlüpften hindurch und fielen über den Aufseher her. Der Beamte wurde zu Boden geworfen; ein Stück von einer dicken wollenen Decke preßten ihm die Schurken auf Mund und Nase und banden dann ein breites Halstuch, wie die Gefangenen es tragen, sorgfältig darüber. Dann schleppten sie den Unglücklichen, den sie an Händen und Füßen gefesselt, in eine leere Zelle und schlossen ihn ein, nachdem sie ihm vorher nicht nur die Schlüssel abgenommen, sondern auch Portemonnaie, Messer und Uhr geraubt hatten. Danach drangen die Unholde in eine Wärterstube, wo der zur Ablösung bestimmte Hilfsaufseher auf dem Bett schlief. Auch er wurde geknebelt und ausgeplündert; selbst den Ring streiften sie ihm vom Finger und nahmen ihm auch seine Kleidung fort. Mit den Schlüsseln öffneten sie verschiedene Thüren und gelangten auch zu dem Raume, in dem Leitern angeschlossen standen. Auf diesen setzten sie, ohne daß jemand in der Strafanstalt von dem Vorgange etwas bemerkt hatte, nach dem Kirchthor über die Mauer und flüchteten. Die Wärter verblieben geraume Zeit in ihrer entsetzlichen hilflosen Lage; schließlich gelang es dem zweiten der Ueberfallenen, sich etwas aufzurichten und auf den in dem Thürrahmen angebrachten Knopf zur elektrischen Klingel zu drücken, die nun laut durch die Gänge und Korridore schallte und das Aufsichtspersonal alarmierte. Bei dem einen der Beamten kam jedoch Hilfe zu spät; er war bereits tot. Die Mordbuben hatten die Atmungswege so sorgfältig mit jenem Wollzeug verstopft, daß der unglückliche Mann, der erst seit wenigen Monaten verheiratet ist, der Aufseher Walter aus Giebichenstein, nach der Knebelung alsbald erstickt sein mußte. Bis zum Abend waren sämtliche Ausbrecher wieder eingefangen.

Witterungsübersicht vom 20. Oktober 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemde.	769	WNW	1	wolkig	5	Haparanda	768	N	2	heiter	—11
Hamburg	768	SO	2	Nebel	2	Petersburg	771	Still	—	bedeckt	—1
Berlin	769	N	1	wolkig	3	Cork	755	W	1	bedeckt	11
Frankf. a. M.	768	NO	1	wolkenl	2	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	768	SO	1	wolkenl	0	Paris	764	SO	1	bedeckt	7
Wien	768	NNW	3	wolkig	4						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. Oktober 1903.

Ein wenig wärmer, teilweise nebelig, sonst meist heiter und trocken bei schwachen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Versammlungen.

Kost- und Logiswesen im Barbiergewerbe. In einer am Donnerstag im „Englischen Garten" stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Barbier- und Friseurgehilfen Berlins sprach Etzkorn-Hamburg über die Frage: „Wie stellen wir uns zur Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber?" Er führte aus: Der Zwang des Kost- und Logiswesens ist ein Ueberbleibsel der alten patriarchalischen Arbeitsverhältnisse. Er bedeutet für Barbier- und Friseurgehilfen ebenso wie für andre Berufe die ungeschriebene Gesinde-Ordnung. Aus ihm resultieren die Niederhaltung der Lebenslage und schwere rechtliche, moralische und gesundheitliche Schädigungen. Die Meister behaupten, das Kost- und Logiswesen übe einen moralischen und erzieherischen Einfluß aus. Das Gegenteil ist der Fall. Nur die materiellen Interessen der Meister halten diese mittelalterliche Einrichtung noch aufrecht. Redner forderte zum Eintritt in die Organisation auf, damit hinter der Centralkommission, die sich zur Agitation für die Abschaffung des Kost- und Logiswesens gebildet hat, auch eine starke Gehilfenschaft stehe. In der folgenden lebhaften Diskussion, für welche die Redezeit auf 15 Minuten festgesetzt wurde, beklagte man allgemein die Lässigkeit der Kollegen. Der größte Feind der Gehilfen sei der Gehilfe selber. Nur die Stärkung der Organisation könne Abhilfe schaffen. Nach einem Schlußworte des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 15. Oktober im „Englischen Garten" tagende öffentliche Versammlung der Friseurgehilfenschaft Berlins, von circa 150 Gehilfen besucht, ist mit dem Referenten der Ansicht, daß das patriarchalische Verhältnis nur noch in dem ungerechten Zwang besteht, statt reinen Handlohnes Kost und Logis beim Meister nehmen zu müssen, daß dieser Zwang, in hohem Maße unmoralisch, in Widerspruch steht mit § 105 der Reichs-Gewerbe-Ordnung und schwere Schädigungen der rechtlichen, gesundheitlichen und socialen Interessen der Gehilfen darstellt. Die Versammlung erblickt in der Organisierung, dem Zusammenschluß aller Gehilfen, dann auch in der in Anregung gebrachten gemeinsamen Aktion aller beteiligten Berufsorganisationen die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des durch Gewohnheit und Profitgier geheiligten groben Unfugs des Kost- und Logiszwanges."

Charlottenburg. Als Einleitung zur Agitation für die bevorstehenden Landtagswahlen hielten die Charlottenburger Genossen am 15. Oktober im Volkshause eine Volksversammlung ab, in welcher Genosse Baake über die bevorstehenden Landtagswahlen referierte. In der Diskussion nahm von den zahlreich anwesenden Gegnern nur der Nationalsociale Pastor a. D. Herr Kötschke das Wort, und begrüßte es mit Freuden, daß die Socialdemokratie endlich den Kampf gegen den Herd der Reaktion aufgenommen habe. Wenn wir in Preußen keine nennenswerten Erfolge erzielt haben, so sei daran der Liberalismus schuld, der unfähig geworden, auch nur die geringste Besserung unsrer Verhältnisse herbeizuführen. An der weiteren Diskussion im Sinne des Referenten nahmen noch die Genossen Dr. Borchardt, Fricke u. a. teil. Der Vorsitzende Gehrke forderte die Anwesenden auf, die kurze uns noch zur Verfügung stehende Zeit zur Agitation tüchtig auszunutzen.

Im Schmargendorfer Wahlverein gab Brilke den Bericht von der Kreisgeneralversammlung, deren würdigen Verlauf bei der Berichterstattung vom Parteitage er hervorhob. Für berechtigt hielt er die erfolgte Kritik am „Vorwärts", der auch jetzt noch nicht die Massen für den Wahlkampf begeistert durch aufklärende und agitatorisch wirkende Artikel über die Begehungs- und Unterlassungssünden des Landtages in der letzten Legislaturperiode. — Als Wahlmänner wurden aufgestellt für den 1. Bezirk Guttbier und Wilke, für den 2. Bezirk Pudlitz und Brilke. Die nächste öffentliche Wählerversammlung soll am 27. Oktober im Restaurant „Sanssouci" stattfinden.

Marktpreise von Berlin am 19. Oktober 1903
nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut	D.-Ctr.	15,80	15,76	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	6,00	4,00
„ mittel	„	15,72	15,68	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	15,64	15,60	do. Bauch	„	1,50	1,10
*Roggen, gut	„	13,05	13,03	Schweinefleisch	„	1,80	1,00
„ mittel	„	13,01	12,99	Kalbfleisch	„	2,00	1,20
„ gering	„	12,97	12,95	Hammelfleisch	„	1,80	1,10
†Gerste, gut	„	14,50	13,40	Butter		2,60	2,00
„ mittel	„	13,30	12,20	Eier	60 Stück	5,00	3,00
„ gering	„	12,10	11,00	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
†Hafer, gut	„	15,80	14,80	Aale	„	2,60	1,40
„ mittel	„	14,70	13,80	Zander	„	3,00	1,00
„ gering	„	13,70	12,80	Hechte	„	2,00	1,00
Richtstroh	„	4,00	3,50	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,30	4,70	Schleie	„	3,20	1,40
Erbsen	„	40,00	25,00	Bleie		1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,00	25,00	Krebse	per Schock	15,00	3,00
Linsen	„	60,00	20,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Inserate für die **nächste Nummer** müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und **bis 4 Uhr** nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 21. Oktober.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Agnes Bernauer.
Deutsches. Rosenmontag.
Berliner. Das Käthchen von Heilbronn.
Lessing. Der Sturmgeselle Sokrates.
Westen. Die Fledermaus.
Renes. Salome. Vorher: Der Kammersänger.
Residenz. Das große Geheimnis.
Central. Bruder Straubinger.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Die Ehre.
Belle-Alliance. Madame de Pompadour.
Kleines. Nachtasyl.
Luisen. Das Käthchen von Heilbronn.
Carl Weiß. Die Maschinenbauer von Berlin.
Trianon. Biscotte.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Frühlingsluft. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Passage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Casino. Tolle Kadetten. Specialitäten.
Palast. Genießet das Leben. — Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. An den Seen Oberitaliens. Um 4 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Bruder Straubinger
Operette in 3. Akten von Ed. Eysler.
Freitag, den 23., Abonnements-Vorst.: „Boccaccio".
Sonnabend, 24.: Bruder Straubinger.
Freitags-Abonnements-Billets, II. Serie, für 5 Vorstellungen sind bis inkl. Freitag täglich an der Kasse von 10 bis 2 Uhr zu halben Preisen zu haben.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.
Salome.
Vorher: Der Kammersänger.
Anfang 7½ Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Böhme, Böckmann, Plättner, Schrader u. Eberino.)
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Ober-Italiens.
Um 4 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
(Kleine Preise.)

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Indianer-Riese Manko Karoo
Die zusammengewachsenen Lebend. Schwestern! Lebend.
Buren-Riese Andries Venter, ehemal. Leibsoldat des Präsidenten Paul Krüger von Transvaal.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.
Donnerstag zum erstenmal: Die Jüdin von Toledo.
Freitag: Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend: Krieg im Frieden.
Sonntagnachm.: Berlin bei Nacht.
Abends: Das Käthchen v. Heilbronn.
Montag: Krieg im Frieden.

Belle-Alliance-Theater.
Dir. Hofschauspieldir. Jul. Aug. Grube.
Abends 8 Uhr:
Madame de Pompadour.
Lustspiel in 3 Akten von Th. v. Trotha.
Donnerstag und Freitag: Die zärtlichen Verwandten.
Sonnabend, zum erstenmal: In Vertretung. Schwank in 3 Akten von Heinz Gordau.
Sonntag: In Vertretung. Nachm.: Die zärtlichen Verwandten.

Deutsch-Amerikanisches Theater
67/68 Köpnickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Abt. von Adolf Philipp.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Biscotte.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.
Lothringerstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7½.
Nur noch kurze Zeit!
9½ Uhr: Tolle Kadetten.
Vorher: „Diebesfalle" 2c.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Elternlos.

Apollo-Theater.
Zum 15. Male:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten von weiland Josef Strauss.
Im 3. Akt: Blütenhochzeit.
Ballett von Louis Gundlach.
Ferner:
Die glänzenden Specialitäten
und Messters Biophon.
Neue Bilder-Serie.
Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 2 Uhr: Matinee der Internat. Artisten-Loge.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Donnerstagabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Freitagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.

CIRKUS SCHUMANN.
Heute, Mittwoch, den 21. Oktober, abends 7½ Uhr:
Grosse Parforce-Vorstellung.
Frühling, Sommer, Herbst, Winter, feenhaftes Ballet-Divertissement.
Zoologisches Potpourri des Herren Karl Leb.
Sechs ungarische Jucker und die ektrischen Riesenterassen des Direktors Alb. Schumann.
Um 9 Uhr: 25 männl. Abessinier Löwen des Herrn Jul. Seeth.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Ballette. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7½ Uhr.
Das grosse Geheimnis.
Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.
Deutsch von Max Schönau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Lutti.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen:
Extra-Elite-Vorstellung.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Die Maschinenbauer von Berlin.
Posse mit Gesang in 6 Bildern von A. Weihrauch.
Anf. 8 Uhr. — Morgen: Dies. Vorst.
Sonnabendnachm. 4 Uhr: Die verzauberte Hirschkuh. — Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Schule des Lebens.

ELYSIUM
Landsberger Allee Nr. 40—41.
Jeden Mittwoch:
Harburger Sänger.
Jeden Donnerstag:
Zimmermanns Sänger.
Sonntag, Mittwoch, Donnerstag:
BALL
Anfang 8 Uhr. — Vorzugskarten 10 Pf.
Saal zu Festlichkeiten und Versammlungen unter coulanten Bedingungen zu vergeben. 29822*
Amt 7, 2617. Karl Eisermann.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der mit so großem Beifall aufgenommenen
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr:
Grosser Ball.
Jeden Dienstag und Freitag:
Gastspiel Berl. Volks-Theater.
Jeden Mittwoch:
Grosser Elite-Familienabend,
Norddeutsche Sänger u. Ball.
Entree 30 Pf. Sperrsitz 50 Pf.

Palast-Theater früher Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Nur noch kurze Zeit.
Genießet das Leben.
Alfons Geitke: Dir. Rich. Winkler.
Das unerreichte Oktober-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Steidl-Sänger
Linienstraße Ecke Friedrichstr. — Oranienburger Thor
Neues Programm! Zum Schluss:
Urkomisch! Der Novität!
großer Cohn!
Ulkburleske a. d. Tingeltangelleben von Fritz Steidl.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Vorv. 40 Pf.) Loge 1 M.

Etabl. Buggenhagen
Moritzplatz. Im Kaisersaal:
Künstler-Ensemble „Nordsterne"
unter Leitung d. Herrn Rudolf Schauss.
Anf. 7½ Uhr. Kassenöffnung 6½ Uhr.
Entree 50 Pf.
Bons hab. Gültigkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
In den unteren Sälen Dienstags und Donnerstags: Przyworski-Konzert.
Sonnabend u. Sonntag: Görisch-Konzert. Bons haben Gültigkeit.

Man kann es nicht ernst genug nehmen
mit seinem täglichen Getränk! — mit dem, was man gewohnheitsmäßig zu bestimmten Mahlzeiten immer und immer wieder genießt. Hier summiert sich stetig die heilsame oder schädliche Wirkung und unser ganzes leibliches und geistiges Wohlbefinden hängt nicht zum geringsten davon ab. Am besten ist nach ärztlichem Urteil jedenfalls derjenige aufgehoben, der sich vor dem gefährlichen Uebermaße anerkannter Gifte, wie Alkohol, Koffein usw., hütet und ein wirklich erprobtes, wohlbekömmliches Getränk wie Kathreiners Malzkaffee ständig und täglich zu sich nimmt. Immer gleiche, ungeschmälerte Lebens- und Arbeitsfreude wird ihn am schönsten dafür belohnen.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Mittwoch, den 21. Oktober cr., abends 7½ Uhr:
Mademoiselle de Holstein.
Berliner Winterfreuden.
Miss Claire Heliot,
Löwenbraut.
Paul Mündners
Schleifenfahrt u. Todessprung.
Eine Hirschjagd,
geritten mit 20 Voll- und Halbblutpferden.

Költzow-Theater
Unions-Brauerei
Hasenheide 22—31.
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Sensationelles Programm.
Mittwoch und Sonnabend nach der Vorstellung: 32/11*
Tanz-Kränzchen.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Olga Wohlbrück,
Spott- und Geisellieder.
Der Todessprung des Hundes.
14 erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Mittwoch, den 21. Oktober 1903:
Die beiden Harfenmädchen
oder:
Der Fluch des alten Geigers.
Original-Charaktergemälde m. Gesang in 4 Akten von E. Gallert.
Anfang 8 Uhr.

Germania-Prachtsäle
Chausseestr. 103a. Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Hamburger Sänger (Steff. Wolff)
Abgeblitzt.
Schwank von Wilh. Wolff.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

WINTER GARTEN
Saharet australische Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-Vorstellung vor Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II.
Smith u. Dorete — Excentrics
Therese Renz — Schulreiterin
Die drei Luppos — Reckturner
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa — russisches Sextett.
Die Agoust's — Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
O. K. Sato — komischer Jongleur.
Miss Emeline — Trapezkünstlerin.
Die Jahrmarktsprinzess — Ballett.
Der Biograph.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Ganz neues Programm.
Zum Schluß die Gesangs-Posse
ä g'teiltes Los.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Wer Stoff hat, fertige Anzug od. Paletot 20 M. beste Zutaten, für Sie gold. Med. Ludwig Engel, Prenzlauerst. 23, II. Alexanderplatz.

Steppdecken
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden.
B. Strohmandel, Berlin 14.
Illustrierter Preiskatalog gratis.

Möbel
sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen, reell und billig. Teilzahlung sehr coulant. Taschensofa 65,00, 75,00, Spinde 36,00, 45,00, 55,00, Bettstellen m. Matratze u. Kissen 36,00, 40,00, 50,00, 60,00.
A. Friese, Michaelkirchstr. 8.
27302* Gegr. 1885.

Warenhaus P. Rothenberg

Moabit, Turmstraße Nr. 31, Ecke Wilhelmshavenerstraße
Rote Ecke am Kleinen Tiergarten.

Jeder Käufer verlange Rothenbergs 5 % Sparbücher.

Ein Posten circa 500 Dtz. **Winter-Normal-Hemden** und **Hosen** 75, 100, 125 etc.

Ein grosser Posten gestrickte **Herren-Westen** in braun, mode, grün, zu Spottpreisen.

Ein Posten **Strümpfe, Handschuhe, Mützen** zu auffallend billigen Preisen.

Riesenposten in Chemisettes, Kragen, Manschetten, Krawatten staunend billig.

Von 3 Mark an freier Versand ins Haus.

Jeder Käufer verlange Rothenbergs 5 % Sparbücher.

Berlins grösstes Teppich-Specialhaus Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.
Stets Gelegenheitskäufe: Teppiche, Gardinen, Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken etc.
Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen gratis und franco.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau

Emilie Bartz
geb. **Ramthun**
am Dienstag früh 8½ Uhr gestorben ist. 2599b

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. Mts., nachmittags um 3 Uhr, von der Halle des Auferstehungs-Kirchhofes aus statt.
Um stilles Beileid bittet
Der trauernde Gatte **Gustav Bartz** nebst Kindern, Kochhannstr. 22.

Nach langen, schweren Leiden verschied der Metallschleifer

Oskar Peters
am Montag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr.

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Manteuffelstraße 21, aus statt. 2610b

Dies zeigt tiefbetrübt allen Freunden und Kollegen an
Anna Boldt.

Danksagung.

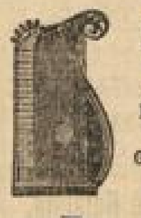
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines innigst geliebten Mannes, sage ich allen Bekannten, Freunden und Kollegen meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
26035 **Emma Baumert.**

Gegen Monatsraten von 2 Mk. an liefern wir

Musikwerke selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.

Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.

Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Bespielte und unbespielte Walzen Ia. Qualität.



Zithern aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Guitarre-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Möbelfabrik **Hellmundt & Co.**
BERLIN
Holzmarktstr. No. 11
Fabrikgebäude, Hof.
Der Einkauf direkt vom Fabrikanten bürgert sich immer mehr ein. Der Preisunterschied gegen Magazin-Preise ist auch sehr gross. Coulante Bedingungen. 2661L*
Paneel-Sofa
Satteltaschen, Plüsch Mk. 110,—.
Moderne Bettstellen
Matratzen und Kissen Mk. 40,—, 60,—, 70,—, 80,— etc.
Kleiderspinde, Vertikos
Mk. 48—60—70—80.
Garnituren, Diwans etc. etc.
Geöffnet bis 8½ Uhr **abends, Sonntag 8—10 und 12—2. Prachtkatalog kostenfrei.**

Elektromagnetische Therapie System Trüb
gegen nervöse und rheumatische Krankheiten.
Ausführlich gebildete Institute in allen grösseren Städten
Prospekte gratis durch Lüthi & Buhtz, Berlin, Friedrich-Str. 154
Institute in Berlin: Bülowstrasse 20, Oranienburgerstr. 14. Sprechstunden 12—2.

Reste
Enorm billig. Anzug- und Paletot-Stoffe.
Tuchfabrik-Niederlage
Damen-Kostüm-Stoffe.
Berlin C., Ross-Strasse 2. Koch & Seeland.
Reste

DAMEN
die viel Geld sparen wollen, können ihre **Paletots, Jacketts, Kostüme und Röcke** im Engrosgeschäft von **A. Schwarz** beziehen
Waßmannstr. 1, Ecke Landsbergerstraße, 1. Etage. 30482*

Danksagung.
Allen Genossen, Freunden, Verwandten und Bekannten, besonders Herrn Ludwig Krüger, Herrn Ernst Obst und dem Gesangverein „Rote Nelke" sagen wir für die rege Beteiligung beim Begräbnis meines lieben Mannes und unsres guten Vaters, des Maurers **August Grüneberg**, hierdurch unsren herzlichsten Dank. 2606b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.
47. Wrangelstr. 47, part.
Hochbahnhof Schlesisches Thor.
Reste von Kammgarn, Tuch, Seide etc.
Zuschnitt gratis!

Anfertigung feiner **Herren- und Damen-Garderobe, bessere Damenjacketts auf Lager.**
Eleg. Ausführung, gering. Teilzahlg.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47. II, direkt am Alexanderplatz.

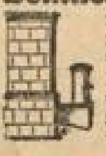
Wurm's MAGENDOCTOR ist das **Beste für den Magen**

Dankſagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unsres guten Sohnes und Bruders, sagen wir allen, insbesondere der Firma Elektrometallurgie G. m. b. H. unsren tiefgefühlten Dank.
Richard Böhm nebst Familie.

Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lokal von **Albert Grundmann** befindet sich jetzt **Pücklerstr. 18.** 30632*
Vereinszimmer bis zu 50 Personen noch einige Tage frei.

Lemkes Heiz-Apparat



mit Chamotte, in 5 Minut. warme Stube, Stück 4,50, Emaillierte 7,50, größere 10,00 Mark. **Emaillierte Stark-Heizrohre** für Küche 3,50. **Sebastianstraße 4**, am Moritzplatz.

Dietrichs Festsäle u. Garten
Dresdenerstr. 116.
Empfehle meine renovierten **Säle**, 75 und 200 Personen fassend, zu allen vorkommenden Festlichkeiten, Hochzeiten, Versammlungen 2c.
5 Vereinszimmer mit Pianino. — Restaurant mit Billard.
29942* **Oskar Pusch.**

Achtung! Vereine! Saal (ev. Bühne) bis 300 Personen ist zum Sonnabend den 14. November frei geworden.
29162* **Neues Club-Haus, Kommandantenstraße 72.**

Dr. Schünemann
Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.** ½12—½3, ½6—½8, Sonnt. 9-11

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für [28/10*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft in guter Lage ist sehr billig zu verkaufen. Näheres Annenstraße 36, IV bei Schumrich.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 18,00—38,00, Beinkleider 8—11 Mark. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 1908K*

Herrenanzüge und Paletots, extra gute und chice Maßarbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. 1854K*

(51) Yorkstraße, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Paletots, Riesenauswahl. Billigste Bezugsquelle, Zahlenauszeichnung. Goldsteins Frackverleihe. Eckladen. 1886K*

Winterpaletots spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 30/7*

Teppiche, Gardinen, Portieren spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Betten, Steppdecken, Regulatoren, Remontoiruhren, Uhrketten, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Spiegel, Bilder, Möbel, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 30/7*

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. †99*

Damenmäntel, auch für ganz starke Figuren, Reisemuster 2c. billig Kronenstraße 33, I. Etage links. 32/6*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Betten, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2560b*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Plüsch-Garnitur, noch neu, billig. Zu erfragen Schmaß, Bergstraße 2, Gastwirt. 2567b*

Metallbetten! Billiger wie Warenhäuser. Rappold, Markgrafenstraße 18.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Krankenfahrstühle für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Elsasserstraße 95. 87/16*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Stalitzerstraße 40. 1850K*

Nähmaschinen. Zahle bis zehn Mark, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, alle Systeme, Woche 1,00. Postkarte genügt. Borchert, Zorndorferstraße 50. 56/19*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstraße 6. SW. Belleallancestraße 78. N. Ackerstraße 113. †123*

Fennstraße 44, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, Riesenauswahl, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. [*

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark an und Langschiffchen von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 1897K*

Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. K*

Töpfersteine empfiehlt Sasse, Liesenstraße 12. 2495b*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Säulen-Paneelsofa spottbillig. Fräulein Gehler, Prinzenstraße 64. 33/4

Elektromotor, fast neu, jeden Preis, Weißenburgerstraße 3, Rausch.

Es hat sich herausgestellt, daß Schlesinger unter allen Umständen der billigste ist. Solche Paletots, Joppen, Hosen 2c. kosten wo anders viel mehr.

Vereinslokal, Kegelbahn, umständehalber sofort billig verkäuflich. (Brauerei hilft.) S. 44, Postamt 61.

Nur Handwäscherei. Wäsche jeder Art wird sauber gewaschen und geplättet zu den billigsten Preisen, Schmidtstraße 42, Plättanstalt. 2589b

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †98*

Nähmaschine verkauft billig Frau Wienant, Teltowerstraße 50. 2594b

Winterüberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch neue zurückgesetzte, kauft man am billigsten nur direkt beim Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15. III. 2607b

Betten, guter Stand, prachtvoller Teppich, Plüschtischdecke, Divandecke, Uebergardinen, zwei elegante Atlassteppdecken billig verkäuflich. Hoffmann, Naunynstraße 52. 2605b

Eckdestillation, Schöneberg, billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Bäumler, Martin Lutherstraße 51 (Zeitungsspedition). †33*

Comptoir-Schreibtisch, große Marmortoilette (18), Ausschauertisch verkauft Damrau, Wasserthorstraße 28.

Grünkramgeschäft zu verkaufen Thaerstraße 32b. †100*

Dame verkauft Möbel, Schlafzimmer und Wohnzimmer, ganz billig, Invalidenstraße 126, Hof I.

Nähmaschine, tadellos gut nähend, 14,00, Müncheberger straße 11, vorn IV. rechts. †142*

Verschiedenes.

Lesehalle, lesen fünf Pfennige, Chausseestraße 121. 2473b

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Rat in Patentsachen, Sprechstunden bis abends neun. 2443b*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Langjährige Erfolge! [2564b*

Rechtsbureau Falk, Brunnenstraße vierzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. 2572b*

Unfallsachen. Rechtsbureau Putzger, Steglitzerstraße fünfundsechzig. [1904K*

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1890K*

Rechtsbureau (Alexander-Platz)! Kurzestraße achtzehn! Gerichtssachen! Eingabengesuche! Raterteilung! 57/1*

Rechtsbureau, Gerichtsklagen, Strafsachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Petsch, Brunnenstraße 97.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Fahrradgesuch, auch defekt, Ratzlaff, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Vereine! Saal und Vereinszimmer noch Sonnabende frei. Klubhaus, Annenstraße 16. 2504b*

Vereinszimmer, großes, mit Bühne, noch frei, Invalidenstraße 146.

Vereinszimmer Simeonstraße 23.

Hund, jungen, kauft Feldsin, Blumenstraße 58 II. †100

Jüngers Variété, Manteuffelstraße 47, nahe Oranienstraße, täglich große Vorstellung. Eintritt frei, außer Sonnabend und Sonntag. †1*

Vermietungen.

Wohnungen.

Freundliche, sehr preiswerte Wohnung, bestehend aus Küche, Stube und Schlafkammer, ist umzugshalber zum 1. November zu vermieten. Schöneberg, Hauptstraße 30 I. 1965K

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle an 1 oder 2 Herren. Kalles, Beusselstraße 68, vorn II. †75*

Freundliche Schlafstelle für einen Herrn. Zimmer, O., Insterburgerstraße 4. 2593b

Freundliche Stube als Schlafstelle Elisabeth-Ufer 32, Hof IV rechts, Schönfeld. 2587b

Mietsgesuche.

Zwei Herren suchen möbliertes Zimmer als Schlafstelle, eventuell auch allein. Offerten mit Preisangabe unter E. S. 32, Lausitzer Platz, Vorwärts-Spedition. †1

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Geprüfter Maschinist, gelernter Maschinenschlosser, sucht Stellung. Offerten unter S. 8 erbeten Expedition dieses Blattes. 2590b

Schneiderin, junges Mädchen, sucht bei einer Schneiderin Beschäftigung, Nähe Schlesischer Bahnhof. Auskunft bei Tobias, Friedrichshagen, Scharnweberstraße 52. 2588b

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Prospekt gratis. Hermann Wolf, Zwickau, Reichsstraße 44. 2170b

Tüchtige Rahmenarbeiter sucht sofort R. Wagner Nachfolger, Bergstraße 40. 2598b

Versilberer, lediger, für Stockholm verlangt. Näheres Kristan, Kottbuser Ufer 32. 2583b

Gürtlerlehrling verlangt Kühnemann, Naunynstraße 55. 2600b

Lehrlinge sucht Kunstschmiede und Schlosserei, Boeckhstraße 25. 2595b*

Zwei tüchtige Bautischler für bessere Arbeit werden Reibelstraße 2 verlangt.

Tüchtige Farbigmacher verlangt E. Joers, Skalitzerstraße 28. †1

Tüchtige Farbigmacherinnen verlangt Goldleistenfabrik, Köpnickerstraße 21. 2609b

Aeltere Frau oder schulfreies Mädchen nachmittags kleine Kinder. Puhlmann, Waldemarstraße 57, S. II.

Kartonarbeiterin, geübte, verlangt Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 2585b*

Stehumlege-Plätterinnen verlangen Fersenheim u. Weinstein, Wäschefabrik, Landwehrstraße 11.

Achtung, Stockarbeiter!
Der **Zuzug** für Stockarbeiter aller Branchen ist **streng fernzuhalten** bei **Schmäling & Barta,** Thüringerstr. 18.
88/9 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Holzarbeiter!
Im Baugeschäft
A. Sonnenburg, Holsteiner Ufer 2,
haben sämtliche Bautischler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt; desgleichen die Kollegen der Bautischlerei von
Moll, Löwestr. 2 und 7.
Zuzug fernhalten. 87/16*
Die Ortsverwaltung.

Parteigeschäfte,
die einen tüchtigen und erfahrenen Parteigenossen beschäftigen wollen, der gelernter Buchdrucker, mit dem Zeitungswesen, Buchhandel und der Buchführung vertraut, auch seit mehreren Jahren rednerisch thätig ist, wollen ihre Offerten unter Chiffre **R. 8** der Expedition des „Vorwärts" einsenden. 2561b*

Arzt gesucht!

[61/9*]

Krankenkasse mit über 30 000 Mitgliedern sucht Vertrauensarzt. Anfangsgehalt 6000 Mark.
Gefl. Offerten mit Angabe ihrer bisherigen Thätigkeit unter F. B. an **Rudolf Mosse,** Berlin SW.

Geübte Schirmnäherinnen
finden bei uns lohnende und dauernde Beschäftigung. Wir zahlen für:

Janella-Schirme p. Dtzd.	2,30—2,60 M.
Gloria- „	2,40—3,05 „
Halbseid. „	3,00—3,60 „
Seidene „	3,60—4,80 „

Remak & Silber, SW., Krausenstraße 39. (Dönhoffplatz.)
25865

Verantwortlicher Redakteur: **Julius Kaliski** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.